

21. Jahrgang

Nr. 4

Dezember 2010

Sozialimpulse

Rundbrief

Dreigliederung
des sozialen
Organismus

Neues Denken, neues
Fühlen, neues Wollen

Was die Weltlage
heute von uns fordert

Paradigmen-
wandel

UNO-Konvention über die Rechte
von Menschen mit Behinderungen

Betrachtungen,
Berichte, Initiativen

Herausgegeben von der
Initiative Netzwerk Dreigliederung

Inhalt

Notiert - Aus dem Zeitgeschehen _____ 3

Neues Denken, neues Fühlen, neues Wollen

Was die Weltlage von uns fordert
(Nicanor Perlas, Zusammenfassung
Christoph Strawe) _____ 5

Paradigmenwandel

Ein Interview mit Roland Benedikter
(Thomas Stöckli) _____ 12

Das Menschenrecht, ein Rechtssubjekt zu sein

Zur UNO-Konvention über die Rechte von Menschen
mit Behinderungen
(Michael Ross, Zusammenfassung C. Strawe) _____ 17

Vertragliche Handlungsmöglichkeiten für Menschen mit besonderen Bedürfnissen

(Heidemarie Renk) _____ 24

Betrachtungen und Berichte

Das Eigenkapital der Banken (Michael Rist) _____ 29

Zur Staatsverschuldung (Helmut Creutz) _____ 26

Stimmen zum Weltklimagipfel in Cancún _____ 27

Klimawandel kontrovers _____ 28

Zum Tode von Hermann Scheer _____ 28

Schule in Freiheit (Michael Wilhelmi) _____ 29

WikiLeaks-Appell _____ 29

Aktion ELIANT: Über 1 Million Unterschriften _____ 30

Weiter gegen Stuttgart 21

Faktenschlichter fordern Bau- und Vergabestopp _____ 30

Literaturhinweise

Elisabeth Voß; Wegweiser

Solidarische Ökonomie _____ 32

Bernhard Steiner: Geld und Karma _____ 32

Ernst Christian Dehmisch/Klaus Rohrbach (Hrsg.):

Aspekte der Globalisierung _____ 33

Initiativen und Termine

Stuttgart Open Fair 2011 _____ 34

Dreigliederungsimpuls heute _____ 34

Zwei Seminare _____ 35

Die dritte Weltmacht _____ 35

Demonstration für gerechte Agrarpolitik _____ 36

Demokratische Bank _____ 36

Landwirtschaftliche Tagung _____ 36

Kosmos Rudolf Steiner _____ 37

Für faire Volksabstimmungen in Ba/Wü _____ 37

Veranstaltungen im Forum 3 _____ 37

Aufruf zum Kostenausgleich

Etat 2011 der Initiative

Netzwerk Dreigliederung (C. Strawe) _____ 38

Lieferbare Rundbriefe _____ 40

Editorial

Im vergangenen Jahr ist hierzulande vieles in Bewegung gekommen. Was in diffamierender Absicht die „Dagegen-Republik“ genannt wird, in der „Wutbürger“ ihren Frust ausleben, das ist in Wirklichkeit die Situation, dass große Teile der Bevölkerung - auch solche, die bisher kaum an Demonstrationen teilgenommen haben - Verantwortung ergreifen und sich engagieren. Sie wollen beteiligt sein und nicht arrogant bevormundet werden. Sie möchten positive Lösungen für gesellschaftliche Probleme voranbringen und nicht mit ihren Initiativen ausgebremst werden.

Die Idee der dreistufigen Bürgergesetzgebung hat Konjunktur und das ist gut so. Denn in der Demokratie muss das Volk als der Souverän das letzte Wort haben. Parteien sollen, so sagt es das deutsche Grundgesetz, an der politischen Willensbildung des Volkes nur mitwirken, nicht jedoch sie ersetzen! Direkte Demokratie meint öffentlichen Dialog, bei dem alle Fakten und Argumente fair und ausgewogen auf den Tisch kommen. Sie bedeutet auch eine neue Kultur des Kompromisses. Denn wo eigene Auffassungen nicht mehr durch trickreiche Finten oder Basta-Politik anderen übergestülpt werden können, muss ein Interesse entstehen, im Dialog Konsenslösungen zu finden, die für alle tragfähig sind.

Gesellschaftliche Veränderung und Selbstveränderung sind zwei Seiten derselben Sache. Das macht der Beitrag von Nicanor Perlas in diesem Heft deutlich. Soziale Erneuerung erfordert ein Mehr an sozialer Empathie, wie Michael Ross in seinem Beitrag zur UNO-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen betont.

Damit es auch im kommenden Jahr mit unseren Aktivitäten für mehr Freiheit, demokratische Gleichheit und Solidarität weitergehen kann, wird neben Initiativkraft und Ideenreichtum auch wieder Geld benötigt. Ich hoffe sehr, dass sich wieder genügend Freundinnen und Freunde finden, die sich „nach Vermögen und Ermessen“ an der Kostenumlage beteiligen. Was gebraucht wird, können Sie auf S. 38 und 39 im Heft nachlesen, wo der Etat erläutert wird. Allen, die im vergangenen Jahr wieder selbstlos geholfen haben, möchte ich von ganzem Herzen Dank sagen. Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern besinnliche Feiertage und alles Gute für das neue Jahr 2011!

Ihr 

Impressum

Sozialimpulse - Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus. Herausgegeben von der Initiative Netzwerk Dreigliederung, Libanonstr. 3, D-70184 Stuttgart, Tel. +49 (0) 711 - 23 68 950, Fax: 23 60 218, E-Mail: netzwerk@sozialimpulse.de, Internet: www.sozialimpulse.de. ISSN 1863-0480. Redaktion und Verwaltung: Prof. Dr. Christoph Strawe. Lektoratsberatung: Prof. Dr. Hellmut Fischmeister, Graz. Gestaltung: Marion Ehrsam. Logo: Paul Pollock. Druck: Offizin Scheufele, Stuttgart. Es erscheinen vier Hefte pro Jahr. Versand (Abo) auf Bestellung und gegen Kostenbeitrag (Richtsatz für das volle Jahr EUR 20,-/CHF 35,-). Zahlungen bitte durch Geldschein oder Überweisung auf Konto-Nr. 1161625, Treuhandkonto Czesla, Baden-Württembergische Bank, BLZ 60050101 (IBAN: DE 65 6005 0101 0001 1616 25, BIC/SWIFT-Code: SOLA DE 33). Bitte jeweils das Stichwort „Rundbrief“ angeben. Bezieher in der BRD können uns auch eine Abbuchungsermächtigung schicken (bitte genauen Betrag angeben). Redaktionsschluss jeweils Anfang März, Anfang Juni, Anfang September und Anfang Dezember. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Notiert: Aus dem Zeitgeschehen¹

Nachdem das Bundesverfassungsgericht eine Neuberechnung des Regelsatzes für Hartz-IV-Empfänger gefordert hatte, plant die deutsche Bundesregierung in einem Gesetzentwurf eine Erhöhung um 5 Euro. Zugleich soll ein „Bildungspaket“ für bedürftige Kinder geschnürt werden, das Zuschüsse für Bildungsaktivitäten im Wert von etwa 250 Euro im Jahr umfassen soll. Im Bundesrat, wo Schwarz-Gelb die Mehrheit verloren hat, scheitert das Vorhaben zunächst. Es wird nun der Vermittlungsausschuss angerufen +++ Amoklauf im baden-württembergischen Lörrach, vier Menschen sterben +++ Das deutsche Bundeskabinett beschließt, den Arbeitgeberanteil zur Krankenversicherung einzufrieren, Mehrbelastungen müssen zukünftig von den Versicherten allein getragen werden +++ Milleniumgipfel der Vereinten Nationen in New York. Die reichen Länder werden kritisiert, weil es ihnen nicht gelingt, die Entwicklungshilfe im versprochenen Maße zu steigern. Von den Empfängerländern werden auf der anderen Seite mehr Anstrengungen verlangt, zu einer sogenannten good governance zu kommen +++ Parlamentswahlen in Afghanistan, Beobachter äußern Bedenken hinsichtlich der Fairness der Wahlen +++ In Berlin demonstrieren 100.000 Menschen gegen die von der schwarz-gelben Regierung beschlossene Verlängerung der Laufzeit von Atomkraftwerken. Die Proteste erfassen weitere Schichten als in der Vergangenheit; SPD, Grüne und Linkspartei stellen sich hinter die Forderungen der Demonstranten +++ Machtkämpfe in Russland. Präsident Medwedjew entlässt den als korrupt geltenden Moskauer Bürgermeister Jurij Luschkow +++ Die Auseinandersetzungen um das Projekt Stuttgart 21 verschärfen sich. Im Stuttgarter Schlossgarten geht die Polizei brutal mit Pfefferspray und Wasserwerfern gegen Demonstranten vor, darunter Schüler und alte Menschen. Es werden über 100 Demonstranten verletzt, einige schwer. In der Nacht werden erste Bäume gefällt. Gegen den Polizeieinsatz und den Konfrontationskurs der Landesregierung demonstrieren bis zu 100.000 Menschen. Angesichts verheerender Ergebnisse von Meinungsumfragen, die nach den Landtagswahlen eine grün-rote Regierung erwarten lassen, schwenkt Ministerpräsident Mappus um und schlägt nun seinerseits den auch von der Gegenseite ins Gespräch gebrachten Heiner Geißler als Schlichter vor. Geißler fordert eine „Faktenschlichtung“. Während der Zeit der Schlichtung solle eine Friedenspflicht im Sinne eines weitgehenden Bau- und Vergabestopps herrschen. Die Schlichtung wird von Hunderttausenden Fernsehzuschauern mitverfolgt. Das Ergebnis bleibt problematisch, da Geißler sich nicht entschließen kann, einen Volksentscheid vorzuschlagen. Den Argumenten der Kritiker gegen S21 wird in der Form Rechnung getragen, dass die Bahn die Leistungsfähigkeit ihrer Planung in einem Stresstest nachweisen muss und durch Verbesserungen ein Konzept Stuttgart 21 plus umgesetzt werden soll +++ Der deutsche Bundespräsident Wulff warnt vor falscher

Konfrontation in der Integrationsdebatte. Auch der Islam gehöre inzwischen zu Deutschland +++ Bei einer Türkei-Reise fordert Wulff mehr Freiheiten für Christen im Land +++ An den Universitäten in Tübingen und in Münster wird man in Zukunft islamische Theologie studieren und zum Iman ausgebildet werden können +++ In Ungarn kommt es zu einer Umweltkatastrophe durch eine GiftschlammLawine nach Dambruch in einer Aluminiumfabrik +++ In Chile werden 33 verschüttete Bergleute nach mehr als zwei Monaten in 700 m Tiefe gerettet. Die Rettungsaktion hatte weltweite Aufmerksamkeit gefunden +++ Die IG Metall erkämpft in der Stahlbranche gleichen Lohn für Leiharbeiter und beendet damit deren Diskriminierung gegenüber den Stammbeschäftigten +++ Eine Gruppe alter Kader der Kommunistischen Partei Chinas setzt sich in einem Appell für eine behutsame Demokratisierung des Landes und mehr Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit ein +++ Der chinesische Menschenrechtler Liu Xiaobo erhält den diesjährigen Friedensnobelpreis. Er verbüßt derzeit eine elfjährige Haftstrafe wegen seines gewaltlosen Kampfs für die Bürgerrechte. Die chinesische Regierung protestiert lautstark gegen die Preisverleihung, sie lässt weder den Preisträger noch Verwandte oder Vertreter ausreisen, um den Preis in Empfang zu nehmen. Eine solche Unterdrückung gab es zuletzt, als dem von den Nazis im KZ inhaftierte Carl von Ossietzky der Friedensnobelpreis zugesprochen wurde +++ Auf ihrem Parteitag führt die bayerische CSU eine Frauenquote ein. Von den Bundestagsparteien hat nun nur die FDP noch keine Frauenquote +++ Deutschland wird für 2011/12 von der UNO-Vollversammlung als nichtständiges Mitglied in den Sicherheitsrat gewählt +++ Der Durchbruch im Gotthard-Basistunnel ist geschafft. Der neue Tunnel soll 2017 eröffnet werden +++ Die deutsche Bundesregierung rechnet mit einem Wirtschaftswachstum von insgesamt 3,4 Prozent im laufenden Jahr +++ Die offizielle statistische Arbeitslosenzahl in Deutschland ist unter 3 Millionen gesunken +++ Drastische Sparmaßnahmen der britischen Regierung. Unter anderem sollen knapp 400.000 Stellen im öffentlichen Dienst eingespart werden. Besonders heftig ist der Protest gegen die kräftige Erhöhung der Studiengebühren im Land +++ Streit über das Renteneintrittsalter in verschiedenen europäischen Ländern. Während in Deutschland die Regierung nach wie vor die Rente mit 67 anstrebt, kommt es in Frankreich zu heftigen Protesten gegen die Pläne, das Rentenalter von 60 auf 62 Jahre zu erhöhen +++ Der deutsche Bundestag stimmt den Plänen der Bundesregierung zu und beschließt eine Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke um im Schnitt zwölf Jahre. Das Sparpaket wird umgesetzt - Vergünstigungen bei der Ökosteuer entfallen, wenn auch nicht im ursprünglich geplanten Umfang. Dafür soll die Tabaksteuer erhöht werden. Auch wird eine Bankenabgabe beschlossen +++ Die Schweiz und Deutschland unterzeichnen ein Steuerabkommen, das die Bekämpfung von Steuerhinterziehung erleichtern soll +++ In Shanghai endet die Weltausstellung Expo +++ Bei den Kongresswahlen erleidet US-Präsident Barack Obama eine schwere Niederlage, im Repräsentantenhaus haben nun die Republikaner die Mehrheit. Obama sucht in der Folge den Kompromiss mit den Republikanern, teilweise gegen Vertreter

¹ 19. September bis 17. Dezember 2010

seiner eigenen Partei. So werden die Steuererlässe der Bush-Regierung für Reiche verlängert, im Gegenzug verzichten die Republikaner auf eine weitere Reduktion der Arbeitslosenunterstützung +++ Die deutschen Sicherheitsbehörden fangen ein Paket mit Sprengstoff aus dem Jemen ab, auch wird ein Anschlag auf das Kanzleramt verhindert. Innenminister de Maiziere gibt bekannt, dass sich Hinweise auf geplante Terroranschläge verdichtet haben. Als mögliche Ziele gelten Weihnachtsmärkte, aber auch öffentliche Gebäude wie der Reichstag +++ Deutschlands Steuereinnahmen werden von 2010 bis 2012 über 60 Milliarden höher sein als ursprünglich erwartet +++ Dilma Rousseff wird Präsidentin Brasiliens +++ Ein Transport von Castor-Behältern in das Zwischenlager nach Gorleben wird unterwegs immer wieder von Demonstranten aufgehalten. Insgesamt nehmen 50.000 Menschen an den Anti-Atom-Aktionen im Wendland teil +++ G-20-Gipfel in Seoul. Die Forderung der USA nach eine Regulierung der Exportüberschüsse setzt sich nicht durch, nicht zuletzt wegen des Widerstands aus Deutschland +++ Nach acht Monaten ergebnisloser Kontroversen kommt es im Irak endlich zur Einigung über eine Regierungsbildung +++ Neuer CDU-Vorsitzender in Nordrhein-Westfalen wird Bundesumweltminister Norbert Röttgen +++ Die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Deutschen Bundestag, Renate Künast, will für das Amt der Oberbürgermeisterin von Berlin kandidieren. Die Grünen finden sich in den Meinungsumfragen im ganzen Land im Aufwind und kommen auf über 20 Prozent. In Baden-Württemberg muss nach den Landtagswahlen im März mit einer grün-roten Regierung gerechnet werden, die von einem grünen Ministerpräsidenten geführt wird +++ Die Militärjunta in Birma lässt die Oppositionsführerin und Friedensnobelpreisträgerin Sun Kyi aus dem Hausarrest frei, sie ruft zur Einheit der demokratischen Kräfte auf. Vorangegangen war eine Wahl, bei der keine fairen Bedingungen gegeben waren und von der Kyi ausgeschlossen worden war +++ Regierungsumbildung in Frankreich +++ Mit der Aussetzung der Wehrpflicht fällt in Deutschland auch der Zivildienst weg. Um einen weiteren Notstand in der Pflege etc. zu verhindern, soll nun ein freiwilliger Zivildienst geschaffen werden +++ Angriff Nordkoreas auf eine südkoreanische Insel, 4 Menschen kommen ums Leben. +++ Nach Griechenland muss jetzt auch Irland Hilfen der EU, der EZB und des IWF in Anspruch nehmen, nachdem das Land durch Kreditgarantien für seine Banken in Schieflage geraten ist. Die Euro-Länder fordern von Irland einen strengen Konsolidierungskurs. Es kommt zu einer heftigen Kon-

troverse über die Strategie zur Euro-Stabilisierung innerhalb der EU. Während der Luxemburger Jean-Claude Juncker sogenannte Eurobonds vorschlägt, europäische Staatsanleihen, die von allen Euro-Ländern gemeinschaftlich garantiert werden und die darum einheitliche moderate Zinssätze aufweisen, hält die deutsche Kanzlerin dagegen, dass damit die unsolide wirtschaftende Staaten belohnt würden, während solide wirtschaftende wie Deutschland mehr zahlen müssten. Im Bündnis mit dem französischen Präsidenten setzt sich die Kanzlerin mit ihrer Forderung nach einem dauerhaften Krisenmechanismus im EU-Vertrag durch. Ein EU-Gipfel lehnt die Eurobonds ab, die EU-Staaten einigen sich schließlich darauf, einen ständigen Rettungsfonds einzurichten, der den jetzigen 2013 endenden „Rettungsschirm“ ersetzen soll. Der Umfang des Fonds bleibt zunächst offen. Deutschland hält das bisherige Volumen für ausreichend, während andere Länder auf eine Erweiterung drängen +++ In der Schweiz wird in einer Volksabstimmung die sogenannten Ausschaffungsinitiative beschlossen: „Kriminelle Ausländer“ sollen ohne Möglichkeit rechtlicher Überprüfung außer Landes geschafft werden. Möglicherweise wird der Beschluss vor dem europäischen Gerichtshof für Menschenrechte angefochten werden +++ In Hamburg zerbricht die schwarz-grüne Koalition, Neuwahlen werden nötig +++ Die Koalitionsspitzen in Berlin vereinbaren Maßnahmen zur Vereinfachung des Steuerrechts in Deutschland +++ Ein ‚Runder Tisch Heimerziehung‘ fordert einen Entschädigungsfonds in Höhe von 120 Millionen EUR für ehemalige Heimkinder, die Misshandlungen ausgesetzt waren +++ Ein Terroranschlag in Stockholm misslingt, die Stadt entgeht nur knapp einer Katastrophe +++ Die Internet-Plattform WikiLeaks veröffentlicht geheime Unterlagen der US-amerikanischen Diplomatie. Peinliche Bewertungen von Politikern anderer Länder werden enthüllt. WikiLeaks Chef Julian Assange wird von Schweden mit Vergewaltigungsvorwürfen belegt, er selbst spricht von einem Komplott der USA, um ihn auszuschalten. Assange wird in Großbritannien inhaftiert, kommt aber schließlich auf Kautions frei. Es wird Druck auf Kreditkartenfirmen ausgeübt, Zahlungen an WikiLeaks zu stoppen. Aus Protest werden im Gegenzug die Internetseiten solcher Firmen lahmgelegt +++ Italiens Ministerpräsident Silvio Berlusconi übersteht knapp ein Misstrauensvotum im Abgeordnetenhaus und eine Vertrauensabstimmung im Senat. Es wird vermutet, dass hierbei durch Stimmenkauf nachgeholfen wurde. Vorausgegangen war die Abspaltung der Fraktion von Gianfranco Fini von der Regierungspartei Popolo della Libertà +++ Tod des Sondergesandten der USA für Afghanistan und Pakistan, Richard Holbrooke. Er hatte maßgeblich das Abkommen von Dayton ausgehandelt, das den Bosnienkrieg beendete +++ Der 16. Weltklimagipfel in Cancún/Mexiko bringt bescheidene Fortschritte. Zwar kann noch kein Nachfolgevertrag für das Kyoto-Protokoll vereinbart werden, das 2012 ausläuft. Jedoch bekennt sich die Weltgemeinschaft erstmals offiziell zu dem Ziel, die Erderwärmung auf zwei Grad Celsius zu begrenzen. Verabredet wird auch ein besserer Schutz der Regenwälder und die Schaffung eines Fonds, der arme Länder bei Klimaschutzmaßnahmen unterstützen soll +++ Angesichts katastrophaler Umfragewerte für die FDP mehren sich in der Partei Forderungen nach einem Rücktritt des Parteivorsitzenden Guido Westerwelle +++

Korrigenda

Im letzten Heft muss es auf S. 20 im vorletzten Absatz der linken Spalte heißen „bis 2020“ (statt „2029“), im letzten Absatz der rechten Spalte muss es heißen „37 Milliarden DM“ (statt „Millionen“). Im Aufsatz „Stuttgart 21“ wurde versehentlich auf S. 46 ein Buchhinweis nicht abgedruckt: Karl-Dieter Bodack: *Sich selbst entdecken - Andere verstehen; Schritte zu Selbstentwicklung und erfolgreicher Zusammenarbeit*, 4. Auflage, Aachen, 2010. In der E-Mail-Adresse fehlt ein Punkt: Es muss heißen kd.bodack@gmx.de

Neues Denken, neues Fühlen, neues Wollen

Was die Weltlage heute von uns fordert

Nicanor Perlas

Vortrag und Gespräch am

23. September 2010 im Forum 3 in Stuttgart

Zusammengefasst von Christoph Strawe

Dem Stuttgarter Aufenthalt von Nicanor Perlas war ein Treffen Alternativer Nobelpreisträger in Bonn und ein Aufenthalt in Frankreich vorausgegangen. Ulrich Morgenstaler, der Perlas herzlich willkommen hieß und den Vortrag übersetzte, erinnerte am Anfang daran, wie in der Vergangenheit im Zusammenhang mit Besuchen von Perlas in Stuttgart Initiativen erwachsen waren. So entstand bei TeilnehmerInnen vor 4 Jahren die Idee eines sozialen Trainings für junge Menschen, woraus sich eine seither jährlich stattfindende Jugendtrainingswoche entwickelte. 2003 wurde am Rande einer Veranstaltung die Idee der Gründung des Stuttgarter Wasserforums geboren. Es schrieb sich die Forderung auf die Fahne, dass die Stadt Stuttgart ihr Wasser, das sie an einen privaten Investor verkauft hatte, zurückkaufen müsse. In diesem Jahr nun hat sich das Wasserforum mit seiner Forderung durchgesetzt. Bei seinem ersten Besuch in Stuttgart 1999 hatte Perlas über die Philippinische Agenda 21 berichtet, ein Teilnehmer hatte damals unter dem Eindruck dieses Arbeitsansatzes in Kernen im Remstal ein gemeinsames Organ von Zivilgesellschaft, Geschäftswelt und Kommunalverwaltung initiiert. So war man auf den Vortrag wieder besonders gespannt. Im Folgenden findet man eine freie Zusammenfassung von C. Strawe, die auch Teile des anschließenden Gesprächs mit umfasst. Es wurde versucht, den Duktus des mündlichen Vortrags wenigstens teilweise zu erhalten.

Der Schwarze Schwan - oder: Das Unerwartete für möglich halten

Diese Veranstaltung findet in einem sehr spannenden Moment für diese Stadt und ihre Geschichte statt. Als ich von Frankreich kommend hier ankam, traf ich auf eine beeindruckende Energie. Es scheint, dass etwas sehr Tiefes wachgeworden ist. Ich hatte die Gelegenheit, auf Einladung von Sabine Wandelt-

Vogt die Parkschützer zu besuchen und mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Sie haben mich über die Auseinandersetzung um Stuttgart 21 informiert. Es ist wirklich unglaublich, was hier vor sich geht. Die Augen der Welt sind im Moment auf Stuttgart gerichtet. Aus der Perspektive des alten Denkens wäre es gar nicht möglich gewesen, dass so etwas in einer als recht konservativ geltenden Gegend Deutschlands passiert. Dass so viele Menschen zusammenkommen, seit so vielen Wochen, das ist in der Tat etwas Ungewöhnliches. Das zeigt die Kraft eines neuen Denkens, Fühlens und Wollens. Denn das, was hier geschieht, hat seine Auswirkungen auf die politische Situation in Deutschland. Aus verständlichen Gründen blickt die Merkel-Regierung auf Stuttgart, denn Aufwachprozesse, wie sie hier und anderswo in Deutschland und in der Welt stattfinden, können zu politischen Erdbeben führen und letztlich sogar Regierungen um ihre Macht bringen. Die Energie, die ich gestern Abend im Park spürte, war sehr ähnlich der Stimmung bei unserer „People Power 2“-Bewegung von 2001, bei der es darum ging, den korrupten Präsidenten Joseph Estrada zum Rücktritt zu bringen. Ob aus den gegenwärtigen Ereignissen eine neue Demokratiebewegung in Deutschland hervorgeht, das muss noch abgewartet werden. Aber ganz deutlich ist, dass hier eine Energie wirksam ist, die vom alten Denken nicht vorhersehbar war. Da regt sich etwas sehr Tiefgreifendes, das Gefühl, dass man von den Herrschenden nicht gehört wird, dass die Forderungen der Betroffenen mit Füßen getreten werden. Ich werde das ab jetzt verfolgen und es auch in das Forum der Alternativen Nobelpreisträger bringen. Ich erlebe in Deutschland eine große Offenheit für diese Menschen, und wenn die Betroffenen es wünschen, könnte ihr Wort in dieser Sache hilfreich sein und die Autoritäten veranlassen, darauf zu reagieren.

Dies als Einleitung in unser Thema. Es zeigt sich, dass durch neues Denken, Fühlen und Wollen Dinge möglich werden, die man für unmöglich hielt. Viele, mit denen ich gesprochen habe, haben dergleichen ihr Lebtag lang nicht erlebt. Es gibt ein Buch mit dem Titel „Der schwarze Schwan“.¹ Was wirklich Geschichte schreibt, das sind die schwarzen Schwäne, die unerwarteten Ereignisse. Die Menschen hier dachten, alle Schwäne seien weiß, bis sie schwarze Schwäne aus anderen Kontinenten kennenlernten. Das ist ein Bild für ein Denken, das das Unerwartete nicht für möglich hält, für das die Dinge halt so sind, wie sie sind - und das auf diese Weise mit seinen Überzeugungen in einer gegenüber neuen Erfahrungen abgeschotteten Black Box gefangen ist. Heute ist die Wissenschaftstheorie der Auffassung, dass es immer einen Fall geben kann, der etwas falsifiziert. Etwas kann Jahrzehnte richtig sein, und trotzdem heißt das nicht, dass es die einzige Wirklichkeit ist. Immer kann eines Tages ein schwarzer Schwan auftreten.

¹ Nassim Nicholas Taleb: Der schwarze Schwan. Die Macht höchst unwahrscheinlicher Ereignisse. Dtsch. Ausgabe München 2010. Ursprünglich stammt das Bild des Schwarzen Schwans aus Karl-Raimund Poppers Werk „Logik der Forschung“ von 1920, wo es zur Begründung seiner Kritik der Verifikationstheorie wissenschaftlicher Aussagen zugunsten einer Falsifikationstheorie dient: „Der Satz alle Schwäne sind weiß“ ist falsifizierbar durch das Auftreten eines einzigen schwarzen Schwans.

Wir haben es heute mit vielen schwarzen Schwänen zu tun. Ich fange mit den bedrohlichen Exemplaren an. Ein solcher schwarzer Schwan ist der sogenannten „Peak Oil“, die Produktionsspitze der Erdölförderung. Bis zum Jahr 2000 hatte man eine Einschätzung, wie viel Öl noch vorhanden ist, aber das ist überholt. In Zukunft braucht man mehr Öl, als man fördern kann. Selbstverständlich ist das nur eine annähernde Rechnung. Denn wenn man noch größeren Aufwand treibt, kann man noch tiefer bohren und eine Weile Öl fördern, notfalls auch minderwertigeres. Ein anderer schwarzer Schwan ist die Weltfinanz- und Wirtschaftskrise, die immer noch nicht überwunden ist. Sie kam für die meisten völlig unerwartet und unvorhergesehen. In den mathematischen Gleichungen derer, die sich für die Experten der Erforschung der Weltwirtschaft hielten, war sie nicht aufgetaucht. Allein die USA haben bisher bereits 8 Billionen Dollar in ihre Wirtschaft gesteckt, um mit der Krise fertig zu werden, und auch Europa wird weiterhin von ihr betroffen und ein Ende ist nicht in Sicht. Bisher halten China, aber auch Japan und Taiwan eine große Menge an US-Schatzbriefen. Es ist nicht abzusehen, was passiert, wenn sie diese abstoßen. Die USA produzieren eine Menge Geld, das heißt, sie drucken dieses Geld. Das Geld hat immer weniger Beziehung zur Realwirtschaft. In diesem Kreis hier ist das gut bekannt, aber in breiten Teilen der Bevölkerung immer noch nicht.

Ein anderer schwarzer Schwan ist die globale Erwärmung, die von einigen bereits in den 80er Jahren vorausgesehen wurde. Seit der gescheiterten Kopenhagen-Konferenz gibt es eine besorgniserregende Kehrtwende. Jetzt ist endgültig die Stunde des „Geo-Engineering“ angebrochen. In anderen Worten gesagt, weil die Regierungen sich auf keine gemeinsame Handlungslinie einigen können, soll jetzt die Wissenschaft und Technik die Sache in die Hand nehmen. In einigen Wochen treffen der Top-Vertreter des „Geo-Engineering“ in Kalifornien zusammen. Da geht es z.B. um solche Pläne wie die Düngung der Ozeane mit Nano-Partikeln von Eisen, wodurch Plankton CO₂ aus der Atmosphäre aufnehmen, binden und damit absinken soll. Ein anderer Ansatz besteht darin, die Aktivität der Vulkane zu kopieren. Man denkt daran, Metallrohre in die Erde einzuführen, so dass Sulfate entweichen können, oder sogar daran, einige Vulkane zum Ausbruch anzuregen. Das alles in der Hoffnung, dass dadurch letztlich eine Abkühlung bis zu 2 Grad eintritt, und zwar im Norden des Planeten. Denn einige dieser Untersuchungen zeigen, dass als Folge auch mit Dürren in Afrika und Asien zu rechnen ist. Wo der Monsun wichtig ist, wird dessen Rhythmus durch solche Eingriffe gestört.

Es ist interessant, dass Anfang der 1990er Jahre derartige Vorschläge noch als absurd und unrealistisch angesehen wurden, nicht zu reden von den immensen Gefahren, die sie mit sich bringen. Heute ist es aber ein Thema geworden, das „seriöse“ Wissenschaft den Regierungen auf dem Silbertablett serviert. Die Regierungen haben es in Kopenhagen nicht geschafft, die Bürger zu bewegen, ihren Lebensstil zu ändern. Lebensstile sind verbunden mit Mustern des Denkens, Fühlens und Wollens. Und natürlich

ist es viel einfacher, statt die Art des Denkens und Handelns zu verändern, eine technische Lösung zu implementieren.

Verändere Dich oder stirb!

Die Lebensweise zu ändern, ist schwierig. Es gibt ein interessantes Buch, es heißt: „Change or Die“ (Ändere Dich oder stirb!)². Da geht es unter anderem auch um das Gesundheitssystem in den USA. Die Verantwortlichen - Ärzte, Krankenhausmanager, Politiker etc. - haben sich darüber klarzuwerden, wie sie mit den über 2 Billionen Dollar Gesundheitskosten in den USA umgehen sollen. Eine schockierende Erkenntnis lautet, dass 95% aller Krankheiten im Land durch eine Änderung des Lebensstils vermieden bzw. geheilt oder wenigstens gemildert werden könnten. Aber z.B. ändern Menschen, die mehrfach Bypass-Operationen durchmachen mussten, den Lebensstil nicht - und so bekommen sie mit hoher Wahrscheinlichkeit irgendwann den nächsten Herzschlag, der tödlich ist. Das ist wie gesagt nur ein Beispiel dafür, dass wir - wenn wir uns nicht ändern - letztlich die Gesellschaft und den Planeten zerstören werden. Themen, die mit dieser Zerstörungsgefahr zusammenhängen und die wir noch gar nicht erwähnt haben, sind die Nano-Technik und die Gentechnik.

Die entscheidende Frage für die Veränderung ist aber, wie ein neues Denken, Fühlen und Wollen entstehen kann. Dieser Frage wenden wir uns jetzt zu.

Nehmen wir als Beispiel - es trifft auch für andere Themen zu - wieder das Thema Gesundheit. Wie kommt es, dass Menschen bestimmte Ansichten zu diesem Thema haben? Nun, in der Gesellschaft gibt es bestimmte Strukturen, die Themen in eine bestimmte Richtung schieben. Führende Menschen in der Wirtschaft tendieren dazu, Gesundheitsarbeit nicht als intime Beziehung zwischen Arzt und Patient zu sehen, sondern als Geschäftszweig. Es ist ein Geschäft geworden, wie auch die Erziehung. Davon zeugt z.B. das Abkommen der Welthandelsorganisation WTO über den Handel mit Dienstleistungen. Auf diesem Dienstleistungsmarkt geht es um Billionenbeträge. Daher drängen die Konzerne auf bestimmte Entscheidungen. Und die Regierungen werden diese Entscheidungen so fällen, weil es machtvolle Lobbys gibt. In der Geschichte der pharmazeutischen Industrie gibt es viele Beispiele dafür, dass bestimmte Mittel, die längst hätten verboten werden müssen, weiter verkauft werden, weil die Politik nicht durchgreift. In der Kultursphäre haben wir eine medizinische Wissenschaft, deren Denkweise ebenfalls problematisch ist. Ich habe selbst Verwandte, die als Ärzte arbeiten. Ich fragte sie, welche Idee der Gesundheit die heutige Medizin hat. Die Antwort: Es gibt keine, wir haben nur einen Begriff der Krankheit. Besonders in den USA kennt man nur biochemische Prozesse im Körper - und Krankheiten sind Fehlfunktionen dieser Prozesse. Das heißt die Art der Ökonomie, Politik und Kultur und ihrer Wechselbeziehungen bildet eine Struktur, die das alte Denken, Fühlen und Wollen in Bezug auf das Thema Gesundheit aufrecht erhält.

2 Alan Deutschmann: Change or Die: The Three Keys to Change at Work and in Life. New York 2007.

Der Widerstand des Bestehenden und die Kraft der Initiative

Deshalb erweist es sich als schwierig, wenn vereinzelte Individuen versuchen, diese Strukturen zu verändern. Man sieht bei Stuttgart 21, wie es funktioniert. In diesem Sinne habe ich auch verstanden, dass es hierbei auch um massive Wirtschaftsinteressen geht. Der massive Polizeieinsatz einschließlich der Präsenz sogenannter Sondereinsatzkommandos (SEK) zeigt, dass offenbar Furcht erregt werden soll. Wir haben gerade in den Philippinen erlebt, dass Zehntausende Menschen während des Präsidentschaftswahlkampfes protestiert haben, als deutlich wurde, dass es Wahlfälschungen gegeben hat. Auch hier hat die Regierung Sondereinsatzkräfte ausgesandt. Ich hatte Verhandlungen zu führen, die sie von ihrer Absicht abbringen sollten, die Demonstranten zusammenzuknüppeln. 14 Stunden haben wir verhandelt, während immer weitere Polizeieinheiten herangeführt wurden.

Der Punkt ist, dass die herrschenden Strukturen Widerstand leisten, wenn die Menschen Veränderungen wollen. Über diese Wirksamkeit müssen wir uns klar sein, wenn wir ein neues Denken, Fühlen und Wollen entwickeln möchten. Wenn man genauer hinschaut, wie dieser Widerstand entsteht, dann trifft man auf einzelne Menschen, die das Bestehende verteidigen. Die Strukturen sind nichts Abstraktes, sondern menschengemacht. Daher sind sie auch nicht als vollkommen fest zu betrachten. Es handelt sich vielmehr um ein Geflecht menschlicher Beziehungen. Die Struktur ist immer Ergebnis einer Strukturierung, einer aktiven Strukturbildung. Das heißt aber auch, dass Strukturen prinzipiell veränderbar sind. Die Frage ist einzig, ob Menschen innerhalb der bestehenden Strukturen in die Lage versetzt werden, ein neues Bewusstsein zur Verfügung zu haben. Man muss durchaus nicht alle Menschen innerhalb der bestehenden Struktur überzeugen. Es genügt, Schlüsselpersonlichkeiten zu finden und sie zu Veränderungen anzuregen. Wir sind z.B. oft gefragt worden, wie wir es auf den Philippinen geschafft haben, 32 Pestizide durch die Regierung verbieten zu lassen. Dies obwohl die Pestizid-Industrie Millionen von Pesos in entsprechende Kampagnen gepumpt hat, obwohl an den Universitäten die Agrarwissenschaft an der Notwendigkeit von Pestizideinsatz festhielt und obwohl die ganze Landwirtschaftspolitik in der gleichen Richtung wirkte. Von außen gesehen schien es unmöglich, diesen Schaden für die Natur und für Millionen MitbürgerInnen abzuwenden.

Was geschah? Wir haben eine Konferenz über zukunftsfähige Landwirtschaft veranstaltet. Dazu hatten wir den stellvertretenden Landwirtschaftsminister eingeladen. Wir saßen gemeinsam in einem Podium und er hörte, was ich ausführte. In der Nacht erhielt ich einen Anruf von ihm. Er sagte, sein Anruf komme sicher unerwartet, da wir uns ja nicht näher kennen, aber er denke, wir könnten zusammenarbeiten. Er war offenbar besorgt darüber, dass sich das Landwirtschaftsministerium in der Hand der Pestizid-Industrie befand. Wir konnten dann innerhalb weniger Monate das Verbot durchsetzen, trotz massiven Widerstands der Lobby. Wir

Offener Brief von TrägerInnen des Alternativen Nobelpreises und anderen AktivistInnen der globalen Zivilgesellschaft zu Stuttgart 21

2. Oktober 2010

To / an Angela Merkel, chancellor of the Federal Republic of Germany, Bundeskanzleramt, Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin // Stefan Mappus, Minister-President of the federal state of Baden-Württemberg, Staatsministerium Baden-Württemberg, Richard-Wagner-Str. 15, 70184 Stuttgart // Wolfgang Schuster, Mayor of Stuttgart, Rathaus, Marktplatz 1, 70173 Stuttgart

Sehr geehrte Bundeskanzlerin Merkel, sehr geehrter Herr Ministerpräsident Mappus, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schuster,

Wir, aktive Bürgerinnen und Bürger, Organisationen der Zivilgesellschaft und soziale Bewegungen aus der ganzen Welt sind tief besorgt über die jüngsten Ereignisse in Stuttgart bezüglich der Kontroversen um das Infrastruktur-Projekt „Stuttgart 21“. Wir sind schockiert zu hören, dass die Polizei Wasserwerfer, Pfeffer-Spray und Schlagstöcke gegen friedlichen zivilen Ungehorsam ausübende Bürgerinnen und Bürger einsetzte und dabei hunderte Personen verletzte, darunter viele Schulkinder. Deutschland hat den Ruf, eine Demokratie zu sein, die aktiven Bürgerinnen und Bürgern dafür zu danken hat, dass sie 1989 im Angesicht staatlicher Unterdrückung auf die Straße gingen. Wir sind sehr verstört zu erfahren, dass in diesem Land heute Polizeigewalt gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt wird, um ein hoch umstrittenes Projekt durchzusetzen.

In Anbetracht, dass - der Park „Mittlerer Schlossgarten“ und seine Bäume der Stuttgarter Bevölkerung ans Herz gewachsen sind, - Meinungsumfragen zeigen, daß 54% der Bürgerinnen und Bürger das Projekt ablehnen, - es eine zunehmende Anzahl von Berichten gibt, die auf mögliche technische Schwierigkeiten und Kostenunsicherheiten hinweisen, über die selbst in der internationalen Presse berichtet wird (s. The Independent vom 09. August 2010), - bereits viele Menschen schwer verletzt wurden und eine weitere Erzwingung nur zu einer Eskalation führen würde, rufen wir Sie auf, den Einsatz von polizeilicher Gewalt zu beenden, ein Moratorium über das Projekt zu verhängen und die Bevölkerung Stuttgarts selbst entscheiden zu lassen.

Wir würden es sehr begrüßen, wenn Deutschland ein Beispiel für eine friedliche und demokratische Konfliktlösung geben würde, bei der die Sorgen der Bevölkerung im Mittelpunkt stehen.

Mit freundlichen Grüßen

Nicanor Perlas (Right Livelihood Award 2003, Präsidentschaftskandidat 2010, Philippinen) // Dr. Rosalie Bertell (Right Livelihood Award 1986, Canada) // Tony Clark (Right Livelihood Award 2005, Polaris Institute, Canada) // Prof. Dr. h.c. Manfred Max-Neef (Right Livelihood Award 1983, Chile) // Angie Zelter (Right Livelihood Award 2001, Trident Ploughshares, UK) // Maude Barlow (Right Livelihood Award 2005, Council of Canadians, Canada) // Vandana Shiva (Right Livelihood Award 1995, Navdanya, Indien) // Pater Shay Cullen (Menschenrechtspreis Weimar 2000, PREDA, Philippinen) // Ute Craemer (Bundesverdienstkreuz, Brasilien) // Susan George (Autorin, Ehrenpräsidentin von Attac-Frankreich) und weitere UnterszeichnerInnen aus 19 Ländern. (Right Livelihood Award = Alternativer Nobelpreis)

erhielten Unterstützung von verschiedenen Seiten. So wurden uns die unter Verschluss gehaltenen Ergebnisse eines Forschungsinstituts vorgespielt. Die gesamte Struktur wurde nachhaltig geändert, die Verbote gelten bis heute. Dies geschah, weil einige Schlüsselpersonlichkeiten entschlossen handelten. Gleichzeitig mobilisierten wir die Medien - wobei uns damals das Internet noch nicht zur Verfügung stand.

Gesellschaftliche Strukturen prägen uns

Wir haben es also mit zwei Seiten der Bildung von Denken, Fühlen und Wollen zu tun. Auf der einen Seite prägt die Gesellschaft das Individuum. Es ist wichtig, das hervorzuheben, weil wir uns meist nicht genügend verdeutlichen, wie sehr wir durch gesellschaftliche Wertvorstellungen programmiert sind. Unsere Prägung beginnt im Mutterleib. Wir können uns nicht dagegen wehren, wenn unsere Mutter raucht. Bruce Lipton hat versucht zu belegen, dass sich Glaubensüberzeugungen bis in die DNA hinein auswirken können („Die Biologie des Glaubens“³). Was wir denken, was wir glauben, wie wir handeln, das prägt uns und überträgt sich teilweise auf die nächste Generation. Solche Erkenntnisse stehen in direktem Gegensatz zu Paradigmen der darwinistischen Theorie. An der Prägung ist die Familie beteiligt, aber auch Schule, Kirche und Medien. Die Werbeindustrie unterzieht uns einer förmlichen Gehirnwäsche, für die die Konzerne jedes Jahr Aberhunderte Millionen Dollars ausgeben.

Wir verhalten uns in bestimmter Weise, weil ein Denken der Vergangenheit Strukturen geschaffen hat, die uns bestimmen. Viele junge Menschen leiden, weil sie anders denken, nämlich anormal vom Gesichtspunkt der herrschenden Normalität in der Gesellschaft her betrachtet. Aber Normalität ist etwas Relatives. In der Gesellschaft ist zum Beispiel Korruption normal geworden. Der Ehrliche dagegen gilt als anormal. Es gilt offensichtlich als anormal, eine getroffene Regierungsentscheidung entschieden abzulehnen, wie im Fall von Stuttgart 21. Das ist ein Machtkampf. Die Regierungsvertreter sagen, wir sind die legitimierten Repräsentanten, wer seid ihr, dass ihr alles wieder in Frage stellt? Diese Attitüde ist Ausdruck einer weltweiten Demokratiekrise. In Frankreich, wo ich zuletzt war, sind viele Menschen empört, wie Sarkozy mit den Roma umgeht, wie Korruption um sich greift und der Präsident gleichzeitig versucht, der Presse einen Maulkorb umzuhängen.

Die Menschen sind entsetzt darüber, wie die Regierungen die Banken mit Abermilliarden aus einer Krise retten, die diese selber verursacht haben, aber die Proteste weitgehend ignoriert werden. Die theoretische Basis der neoliberalen Wirtschaftstheorie ist komplett gescheitert. Nobelpreisträger der Ökonomie vertreten inzwischen ganz andere Thesen, sprechen von einer institutionellen Ökonomie. Die Regierungen aber machen im alten Stil weiter, und Millionen leiden darunter. Aber wer die ausgetretenen Wege nicht verlässt, verhindert notwendige Veränderungen. Wer einfach mittritt, füttert das System und erhält den Status quo. Es kommt

zu einer „Massenproduktion“ von Menschen, die im alten Denken, Fühlen und Wollen und damit im alten Lebensstil und den alten Paradigmen verharren.

Eines der problematischsten Paradigmen ist die vorherrschende Überzeugung, dass wir nur biochemische Maschinen sind. In dem Maße, wie Menschen das glauben, erfahren sie das Alter als Lebenseinschränkung, gegen die man sich mit technologischen „Anti-Aging“-Maßnahmen wehrt. Man versucht, die Intelligenz durch Hirndoping zu beeinflussen und mit Glücksdrogen die Menschenmaschine zu optimieren, statt das eigene Denken, Fühlen und Wollen aktiv zu verändern. Heilerwartungen sind beispielsweise mit der Nano-Technik verbunden. Als ich vor einigen Jahren drüber hier sprach, waren zwischen 300 und 500 Produkte auf dem Markt, die Nano-Technik enthielten. Heute sind es über 5000 und wir wissen nicht, was wir da benutzen. Die Technik findet sich in Getränken, in Kleidern usw. Eines ihrer fundamentalen Probleme besteht darin, dass sich die Eigenschaften ändern, wenn ein Partikel immer kleiner wird. So ist Gold normalerweise unschädlich, in Nano-Dimensionen jedoch giftig. Wer damit in der Produktion umgeht, benötigt Raumanzüge zum Schutz.

Handeln aus der Zukunft - der Eintritt in das individuelle Schöpfertum

Wie kommen wir aus dieser Situation heraus? Wie entsteht das Neue? Es kann etwas eintreten, was nicht aus der Vergangenheit, sondern aus der Zukunft kommt. Wir kennen das Erlebnis, dass uns plötzlich ein Licht aufgeht, dass unser Bewusstsein kreativ wird. Studien überall in der Welt belegen, dass Kreativität nicht nur auf das Denken beschränkt ist, sondern das ganze Bewusstsein umfasst. Bei Kreativitätserfahrungen ist der ganze Mensch beteiligt, wir spüren ein höheres Niveau von Energie und innerer Beweglichkeit. Auch wenn wir 99 Prozent unserer Zeit programmiert sind: wir wissen, dass es Momente des Aufwachens gibt. Die Stuttgarter Ereignisse sind so ein Moment. Wenn viele aufwachen, wird für andere das Aufwachen einfacher. Wenn man der einzige ist, fühlt man sich unnormal. Viele junge Menschen wachen auf, aber sie werden gerade deshalb als abnormal angesehen, obwohl in ihnen die Keime der Zukunft leben.

Ich lernte einmal eine junge Frau kennen, die von ihrer Umgebung als psychotisch eingestuft worden war. Ihre Mutter hatte sie zu verschiedensten Therapien geschickt, sie war aber immer depressiver geworden. Eines Tages hatte ich ein langes Gespräch mit ihr. Dabei sah ich, dass ihre Depression nichts damit zu tun hatte, wie sie selber aufgewachsen war. Vielmehr trug sie in sich eine Fähigkeit der zukünftigen Menschheit, die Fähigkeit tiefer Empathie, tiefen Mitleids jenseits der Grenzen ihres Selbstes. Sie fühlte den Schmerz der Welt mit. Als sie selbst das bemerkte, entkam sie ihren alten Programmierungen und trat in einen neuen Zustand ein. Sie ist heute einer der kreativsten jungen Menschen, die ich auf den ganzen Philippinen kenne. Generell haben die Philippinos eine Begabung zur Empathie, was auch mit unserer Sprache zu tun hat. Wir haben 100 Worte, die mit „berühren“ zu tun haben, verschiedene Arten des Berührens, oberflächliche oder tiefe. Und das erlaubt

3 Bruce Lipton: The Biology of Belief: Unleashing the Power of Consciousness, Matter and Miracles (San Rafael 2005).

uns manchmal einen stimmigen Zugang zu dem, was Menschen in einem Raum fühlen und darüber hinaus. Wenn man das nicht versteht, kann man sich für verrückt halten, denn man nimmt Emotionen wahr, die nicht die eigenen sind - die Furcht eines ganzen Landes, den Schmerz der Welt. Das alte Denken sagt, das ist unmöglich. Man folge einfach einer eigenen Erfahrung! Wenn ich ihr traue, auch wenn die Gesellschaft das Gegenteil sagt, dann weiß ich, dass ich zu meiner Erfahrung stehen kann.

Falls wir an einer authentische Erfahrung, die wir in uns tragen, zweifeln, töten wir etwas, was Zukunft sein kann. Wenn ein Mensch eine derartige Erfahrung macht, die sich in Stufen, fein und zart oder dramatisch äußern kann, dann ist es ein Angriff auf das etablierte System. Gesellschaft ist ein immunes System. Alles Neue, das dem Alten irgendwie fremd ist, wird zunächst irgendwie unterdrückt. Deshalb braucht man eine Bewusstheit und innere Aufmerksamkeit für das Neue, wenn es in einem auftritt. Man darf es nicht verdrängen, muss dem Willen, es in die Wirklichkeit zu bringen, in sich Raum geben. Der erste Schritt besteht oft in einer Frage. Ohne Fragen zu entwickeln ist man der Programmierung ausgeliefert. Jugend ist nicht unbedingt eine Frage des Lebensalters. Es gibt Menschen, die biologisch jung, aber mental alt sind. Wenn wir uns selbst das Fragen und kritische Denken verbieten, fügen wir uns widerstandslos in den Kreislauf der Unterdrückung ein. Vom Gesichtspunkt des Schöpferischen bedeutet Jung-Sein das Neue, das werden will, zuzulassen, sich von ihm bewegen zu lassen, um dann - anknüpfend am Bestehenden - dieses schöpferisch zu verwandeln und in das Neue zu überführen. So strömen kreative Kräfte in unser ganzes Wesen, in unsere Existenz, unser Leben. Wer das vermag, kann biologisch alt sein, ist aber jung in seiner ganzen Wesensart. Und natürlich gibt es auch biologisch junge Menschen, die zugleich mental jung sind. Die etablierten Kräfte sind natürlich darauf aus, alles Jugendliche in einen abgeschlossenen Kasten zu sperren. Denn sie fühlen sich durch das Neue bedroht.

Das Schöpferische ist der Gegenpol zur Programmierung des Individuums durch die Gesellschaft. Der schöpferische Mensch prägt die Gesellschaft, statt von ihr geprägt zu werden. Das Schöpferische in uns bleibt immer jung. Es ist die Zukunft, die werden möchte. Und wenn wir den Mut haben, dem Neuen in uns Einlass zu gewähren und den Willen fassen, uns in dieses Neue hineinzustellen, dann kann der schöpferische Akt sich vollziehen. Im globalen Kontext ist das eine Art Wettlauf: Wie viele Menschen sind im Kreislauf der Programmierung gefangen? Sind es mehr als diejenigen, die sich befreien und von sich aus die Welt gestalten? Die letzteren sind unterwegs zum neuen Denken, Fühlen und Wollen. Dieses vollzieht sich nicht im Modus unseres programmierten Bewusstseins. Es zeigt sich, dass es in uns einen Teil gibt, der begrenzt und bestimmt ist, fast mechanisch, aber auch einen Teil, der eigentlich unendlich ist. Dieser Teil hat Zugang zu einem Existenzbereich, der nicht zum Leben gehört, wie es aus der Vergangenheit eingerichtet ist, sondern der die Kraft hat, das Leben neu zu gestalten. Der große Erfinder Thomas Edison wurde einmal gefragt, wo er die Quelle seiner Kreativität sehe. Vieles, was uns heute technisch nützt, ist ja nur eine Weiterentwicklung Edison'scher Erfindungen

- der iPod ist die Weiterentwicklung des Grammofons usw. Er sagt, er wisse es nicht genau, aber im kreativen Prozess fühle er sich mit einer alles durchdringenden Intelligenz verbunden.

Etwas sehr Wichtiges ist zu beachten bei der Verwandlung des Alten in das Neue: Nämlich, dass wir uns selbst verwandeln müssen dabei. Wir müssen uns reinigen von allem, womit wir uns selbst Hindernisse in den Weg legen, von allem Selbstsüchtigen, Machtgierigen in uns. In dem Maße, in dem wir teilhaben wollen am Schaffen des Neuen, muss in uns die Bereitschaft zur Wandlung unserer eigenen Natur wachsen.

Der Kampf um die kreativen Fähigkeiten

Es ist spannend zu beobachten, dass größtes Interesse an der Nutzung der kreativen Kräfte gerade bei den Konzernen vorhanden ist. Warum sind sie an schöpferischen Fähigkeiten derart interessiert? Sie wollen sie in selbstsüchtiger Weise nutzen. Ein neues kreatives Denken soll die alten Ziele der Profitproduktion fördern, die Herrschaft über die Zeit - durch immer größere Produktivität - vermitteln. Kreatives Bewusstsein hat Zugang zur Zukunft. Wenn wir ein tieferes Verständnis der zukünftigen Entfaltung der Welt erlangen und wir uns nicht gleichzeitig verändert haben, aber über eine große Machtfülle gebieten, dann werden wir die Zeit zu Geld machen und mit dem Geld Herrschaft ausüben. Das ist ein noch komplizierterer Kampf, der sich da entwickelt hat. Vor 20 Jahren war der Kampf für eine bessere Welt noch einfacher. Damals hatten die Konzerne den schöpferischen Prozess noch nicht richtig verstanden. Aber auch zivilgesellschaftliche Aktivisten verstanden - und verstehen - das oft nicht. Inzwischen findet der Kampf auf höherem, Zusammenhänge umgreifenden Niveau statt.

Einige von Ihnen kennen Ken Wilber. Ich bin nicht sicher, ob der Gedanke von ihm stammt, denn er ist jemand, der oft die Gedanken anderer zusammenträgt. Jedenfalls findet man bei Wilber folgenden Gedanken: Wenn wir eine höhere Erfahrung machen und dann zurückgehen zum alltäglichen Bewusstsein, dann werden wir das übersinnliche Erlebnis nach den Kriterien unseres alltäglichen Bewusstseins interpretieren. Daher ist es wichtig, sein eigenes Wesen auf die Höhe dieser Erfahrungen heraufzuheben, statt die Erfahrungen auf die Alltagsebene herunter zu ziehen. Die Folge solcher Degradierung kann sein, dass man dann an den eigenen Erfahrungen zu zweifeln beginnt, weil man nicht versteht, dass das Neue dabei ist, in das Alte einzudringen. Die erste Erneuerungsaufgabe liegt im Verwandeln des Trägers des Neuen. Und der Träger ist die Individualität. Ohne Individualität kann es keine erfolgreiche gesellschaftliche Arbeit geben. Denn das Alltags selbst bleibt ein von der Gesellschaft programmiertes. Daher kann man Fortschritte machen und doch zurückfallen. Da gibt es biografische Tragödien.

Das Schmetterlingsprinzip und das Zusammenwirken für die soziale Erneuerung

Ich möchte das Entwickelte in einem Bild zusammenfassen: Die Raupe verpuppt sich und wird zum Schmetterling, zu etwas Neuem. In der Natur geht dieser Prozess

von selbst vor sich, aber das neue Denken, Fühlen und Wollen entsteht nicht ohne unser Tun. In der Puppe tritt eine Chaotisierung und Verflüssigung ein, in diesem Chaos liegt die Möglichkeit der Veränderung. Auch das alte Denken, Fühlen und Wollend kommt in einen chaotischen Zustand, wenn wir in das Neue eintreten wollen. Interessant ist es, dass neue Zellen in der Puppe entstehen. Man nennt sie imaginale Zellen, das ist kein poetischer, sondern ein durchaus wissenschaftlicher Ausdruck. Es sind die Zellen des künftigen Schmetterlings. Und nun geschieht etwas hoch Spannendes: die alten Zellen versuchen die neuen zu töten, versuchen das Neue zu unterdrücken. Und das Neue versucht durchzukommen. Über 95% der imaginalen Zellen der ersten Generation werden vernichtet. Die zweite Generation hat dann die Fähigkeit, das Immunsystem so zu verändern, dass weitere Zellen gebildet werden können. Und in dem Maße, in dem die alten Zellen die neuen nicht mehr zerstören können, gruppieren sich die neuen Zellen. Wenn die Zellgruppen groß genug sind, bilden sie das Gewebe des künftigen Schmetterlings, es bilden sich Organe und Organsysteme und schließlich sprengt der Schmetterling die Puppenhülle.

Das ist ein beeindruckendes Bild für gesellschaftliche Veränderungen. Das neue Denken, Fühlen und Wollen gestaltet sich so aus, dass es am Ende die Kraft hat, die Gesellschaft zu verändern. Wir haben es sozusagen mit „imaginalen Individuen“ zu tun. Es sind die Menschen, die Initiativen ergreifen, die die Zukunft bereits in der Gegenwart anwesend sein lassen. Es gibt Millionen solcher Individuen, aber sie haben noch nicht das Geheimnis des Zusammenkommens gelernt, um imaginale Gewebe miteinander zu bilden. Es ist ja klar, dass jemand, der der Programmierung entkommen ist, eine starke Individualität sein muss. Menschen mit einem starken Ich haben oft nicht sogleich die Fähigkeit sozial zu sein, mit anderen zusammenzuarbeiten. Sie müssen sie erst erwerben. Insofern muss das neue Denken, Fühlen und Wollen seinerseits bewusst verwandelt werden in ein neues soziales Gewebe hervorbringendes Denken, Fühlen und Wollen. Jede Mobilisierung, jeder Aufruf, jede Vernetzung ist mit dieser Frage verbunden. Wenn diese Fähigkeit des wirklichen Zuhörens, Mitfühlens und Vertrauens zueinander sich ausbreitet, dann kommt die zweite Generation imaginaler Zellen hervor.⁴

So können weltweite Vernetzungen und Bewegungen entstehen. Manche Beispiele hierfür gibt es schon. Ich denke zum Beispiel an die Entwicklung des Internationalen Kodex für die Vermarktung von Muttermilchersatzprodukten. Er wurde nach vielfältigen Bemühungen aus der Zivilgesellschaft in aller Welt 1981 von der Weltgesundheitsversammlung verabschiedet. Dieser Kodex verlangt, dass der Verkauf von Muttermilchersatzprodukten eingeschränkt wird, um die Mütter nicht vom Stillen abzuhalten. Ersatzprodukte dürfen die Gesundheit von Säuglingen nicht gefährden. Man kann auch an die Bewegung gegen das Rauchen denken. Als ich das erste Mal in Deutschland war, wurde noch überall gequalmt. Heute ist das anders. Der öffentliche Raum auf den Philippinen ist nahezu tabakfrei. Das

⁴ Vgl. Nicanor Perlas: Der „Schmetterlingseffekt“ und die gesellschaftliche Umgestaltung. In: Sozialimpulse 1/2006. Auch unter www.sozialimpulse.de/pdf-Dateien/Schmetterlingseffekt.pdf.

alles wurde durchgesetzt gegen die Tabaklobby und ihre Millionen-Werbung. Eine Verhaltensänderung in großen Umfang ist also möglich. Man darf auch daran erinnern, dass es immer wieder gelungen ist, trotz der Lobbymillionen, die der Monsanto-Konzern eingesetzt hat, Verbote etwa für die Verwendung von sogenannten Terminator-Genen zu erreichen, durch die die Bauern von Monsanto-Saatgut abhängig gemacht werden sollen.

Die Mächte des Bestehenden sind stark, dennoch ist die Zukunft der Welt völlig offen. Niemand kann vorhersagen, wieviele Menschen an jedem neuen Tag ihre schöpferischen Möglichkeiten entdecken werden. Niemand konnte die Bewegung gegen Stuttgart 21 so prognostizieren. Und so ist es für viele Dinge in der Welt. Auf den Philippinen haben wir eine nationale Bewegung auf den Weg gebracht, deren Grundlage dieses Verständnis ist. Wir streben nach echter Verwandlung der philippinischen Gesellschaft. Ehrlichkeit soll wieder normal werden, Friede soll normal sein. Wir haben gelernt, dass die neue Welt nur entstehen kann, wenn einzelne Menschen wach werden wollen und wenn sie zugleich den Wunsch entwickeln, sich mit denen zusammenzutun, die in ähnlicher Weise für ihre Verantwortung erwachen. Die Geschichte zeigt, dass, wo immer so etwas geschieht, nicht einmal ein Imperium der Kraft der Menschen widerstehen kann. Die Zukunft ist das, was wir von ihr glauben, dass sie sein kann. Glauben wir an das Alte, dann wird es bleiben. Wenn wir aber verstehen, dass in uns selbst die schöpferischen Möglichkeiten liegen, dann haben wir die Kraft, die Welt zu verändern. Das ist meine Hoffnung. Zusammen können wir die Welt schaffen, von der wir alle träumen. Der Kampf ist noch lange nicht vorbei und der Ausgang liegt in der Zukunft, aber er ist abhängig davon, was wir heute tun.

Ergänzungen aus dem Gespräch

Auf die Frage, ob die Erderwärmung nicht eine Fiktion sei, die von interessierter Seite propagiert werde:

Die Evidenz ist ziemlich deutlich: Schmelzen der Polkappen, Austritt von Methangase im Permafrostbereich in Russland, der Anstieg des Meeresspiegels würde auf den Philippinen verheerende Auswirkungen haben. Ich habe Diskussionen mit Fischern gehabt, die mir jetzt schon von Überschwemmungen berichtet haben. Einige Urlaubsgebiete stehen bereits unter Wasser. Wir hatten 5 Superstürme im letzten Jahr, früher ereignete sich so etwas alle 7 Jahre einmal.

Auf die Frage nach Erläuterungen zur „institutionellen Ökonomie“:

Zu nennen ist z.B. der indische Ökonom Amartya Sen. Er zeichnet ein ganz anderes Bild als der Neoliberalismus: Institutionelle Ökonomie heißt, dass ein Markt nur richtig funktionieren kann, wenn die Institutionen der Gesellschaft in Politik und Kultur in gesunder Weise eingerichtet sind. Denn sonst ist der Markt eine Fiktion. Dem Marktgedanken liegt die Annahme zu Grunde, dass Tausende Firmen miteinander wetteifern. 70% des Welthandels spielt sich aber zwischen globalen

Konzernen ab. In vielen Ländern kontrollieren 3 oder 4 Konzerne 95 Prozent der Industrie. So kann ein freier Markt nicht aufkommen. Auch die Annahme, jeder habe den gleichen Informationszugang, ist faktisch falsch. Es gibt ein spannendes Buch mit dem Titel „The Death of Economics“ von Paul Ormerod. Der Autor hat nach 20 Jahren Forschung seinen Posten bei der Zeitschrift „Economist“ aufgegeben. Er erklärt den freien Markt für eine Fiktion, es gebe keine „unsichtbare Hand“, die einzige sichtbare Hand sei die der großen Konzerne, die die Regierungen kontrollieren. Die „institutionelle Ökonomie“ sagt, dass wir Einrichtungen schaffen müssen. Viele der früheren Verteidiger der marktfundamentalistischen Theorie haben eine Wende vollzogen. Die bekanntesten sind Joseph Stiglitz und Jeffrey Sachs. Sachs war Berater in Afrika und nach der Wende in Osteuropa. Ich hatte zweimal Gelegenheit, mit ihm zu diskutieren. Er hat später ein Buch geschrieben, welches „Das Ende der Armut“ heißt. Es stellt eine vernichtende Kritik der neoliberalen Ökonomie dar und verteidigt die institutionelle Ökonomie.

Auf die Frage, wie das mit Beherrschung der Zeit gemein sei:

In den Konzernen gibt es Konjunktur für Fortbildungsseminare über Kreativität. Millionen Dollars werden bezahlt, für Leute, die einfach da sind und sich etwas einfallen lassen. Mein Bruder hat einmal den Firmensitz von Google besichtigt. Er berichtete mir, dort sei alles in beeindruckender Weise auf ein kreatives Umfeld ausgerichtet. Aber das ist eine Kreativität in bestimmtem Kontext. Man will durch sie Wettbewerbsvorteile erkaufen, Marktanteile gewinnen usw. Der kreative Zustand ist ein Zugang zur Zukunft. In der Quantenphysik spricht man von „Nicht-Lokalität“, im kreativen Raum müsste man von nicht-dualem Bewusstsein sprechen. In beiden Zuständen spielt Zeit keine Rolle.

Auf die Frage nach der Denkart Ken Wilbers:

Seine Methode ist der Zen-Buddhismus. Wilber erlebt seine Erfahrungen, wenn ich ihn richtig verstehe, mehr als ein allgemeines Gefühl. Deshalb muss er sie mit Hilfe der Einsichten anderer Forscher erschließen. Um ein Buch zu schreiben, muss er 500 Bücher lesen. Seine Fähigkeit besteht darin, fremden Inhalt in kreativer Weise zusammenzustellen. Aber er kann den Inhalt nicht so erfahren, dass er diese Bücher nicht alle erst lesen muss. Die Kreativität ist mit der eigenen Frage verbunden, sonst bleibt sie kraftlos und ohne Zusammenhang. Wilber kann spirituelle Einsichten vermitteln, aber nicht aus sich selbst heraus. Er hat das Gefühl, dass es eine andere Realität gibt, deren Eigenart und ihre Beziehung zur irdischen Realität bleibt offen. Er arbeitet an vielen Fragen. Aufgrund seiner Fähigkeiten findet er schnell in Inhalte hinein und gewinnt aus ihnen Einsichten. Dabei stützt er sich aber leider oft auf Werke, deren Theorie fehlerhaft ist; daher sind die von ihm formulierten Einsichten oft selbst ein Problem. So stützt er sich beispielsweise auf den Neodarwinismus, obwohl sich dieser in einer tiefen Krise befindet. Es ist ganz wichtig, dass wir die Implikationen unserer Ausgangsfrage nicht vergessen, um daraus die Kraft zu ziehen, aus höheren Einsichten die Konsequenzen für die Wirklichkeit zu ziehen.

Auf die Frage nach dem Zusammenwirken der Zivilgesellschaft:

Man darf nicht mit fertigen Meinungen und Absichten in den Dialog gehen. Es braucht ein wirkliches Zuhören bei den verschiedenen Gesichtspunkten, die auftreten. Meist gibt es eine Reihe von Gesichtspunkte, die sich oft ausschließen. Dann ist der Ausgleich sehr schwierig, doch jede Auffassung hat ein Stück Wahrheit in sich. Leute sind leidenschaftlich für diesen Aspekt engagiert. Wer hat die Fähigkeiten, Menschen zusammenzubringen? Mindestens einer muss so zuhören können, dass er die zukünftigen gemeinsamen Möglichkeiten dieser Aspekte ahnen kann. Ein Beispiel aus meiner Erfahrung. Es gab einen Konflikt bei einer globalen Konferenz. Es ergab sich mir, dass der Schlüssel zur Einigung die zeitliche Reihenfolge der Aspekte war, die Synthese ergab sich dadurch, dass alles richtig war, aber nicht gleichzeitig, sondern nacheinander.

Es kann aber auch eine andere Form der Synthese richtig sein. Bei „People Power 2“, der Bewegung gegen den korrupten Präsidenten Estrada, gab es zwei Ansichten über die Strategie, die fast zur Krise geführt hätten. Die meisten Teilnehmer wollten am Versammlungsort bleiben, wo sich das Organisationszentrum der Bewegung befand. Man hatte Angst, dass sonst die Polizei den Ort besetzen und die Basis der Bewegung zerstören würde. Ein einflussreicher Kardinal sagte, seine Leute gingen nicht fort, weil ihnen der Ort heilig sei. Eine andere Gruppe war der Meinung, man solle zum Präsidentenpalast marschieren, da sich dort sonst Gegner sammeln und uns angreifen würden. Die Debatte ging bis 4 Uhr morgens. Am Morgen war eine Pressekonferenz angesetzt - und wir wollten sicherstellen, dass dort nicht zwei Meinungen aufeinanderprallten, was die Bewegung geschwächt hätte. Meine rettende Idee war dann die: Wer bleiben will, soll bleiben, die anderen marschieren im Auftrag der ganzen Bewegung zum Palast. Die Angst, dass würden zu wenige sein, erwies sich als unbegründet. 5.000 marschieren los, weit über 100.000 blieben. Aber dem Marsch schlossen sich andere an, so dass schließlich 300.000 Menschen zum Palast marschierten, während im Stadtzentrum sich 1 Million Menschen versammelt hatten. Die einheitliche Strategie auf der Pressekonferenz hatte dazu geführt, dass sich der Aufruf zur Aktion über die Medien schnell verbreitete. Man sieht: Wenn man Verständnis und Interesse entwickelt für das Wollen der anderen, dann findet man den gemeinsamen Zusammenhang.

Nicanor Perlas

* 1950, Agrarwissenschaftler. 1978 Emigration aus den Philippinen wegen seiner Anti-AKW-Arbeit. Nach dem Ende der Marcos-Diktatur Rückkehr. Begründung des Center for Alternative Development Initiatives (CADI). Gilt als führender Umweltaktivist der Philippinen, aktiv in der globalen Zivilgesellschaft, Begründer des Global Network of Social Threefolding. 2003 Alternativer Nobelpreis, gemeinsam mit Walden Bello und Ibrahim Abouleish. Kandidat für die philippinischen Präsidentschaftswahlen 2010. Bekannteste Veröffentlichung ist das Buch: Die Globalisierung gestalten. Zivilgesellschaft, Kulturkraft und Dreigliederung. Deutsche Ausgabe Frankfurt am Main 2000, <http://www.nicanor-perlas.com>

Paradigmenwandel

Ein Interview

Roland Benedikter

Was sind und wie wirken Grundüberzeugungen in unserer Zeit? Über „Paradigmen“ und „Paradigmenveränderungen“ in der heutigen politischen und sozialen Sphäre - und die Folgen. Ein Gespräch mit Roland Benedikter, Stanford Universität. Die Fragen stellte Thomas Stöckli MA, Direktor des Instituts für praxisorientierte Forschung Solothurn, Schweiz.

Frage: Beobachter, Kommentatoren, Wissenschaftler und Medien sprechen heute immer öfter von einem Paradigmenwandel: in der Politik, der politischen Kultur, der zugrundeliegenden sozialen Sphäre. Von einem solchen Paradigmenwandel ist für die Gesellschaften Europas die Rede, aber auch im Hinblick auf das Verhältnis zwischen Europa und den USA seit dem Amtsantritt von Barack Obama im Januar 2009. Das Wort „Paradigmenwandel“ wird dabei sowohl sehr allgemein wie auch ganz konkrete Einzelfragen betreffend gebraucht, wobei der Zusammenhang zwischen großen, mittleren und kleinen Dimensionen nicht immer ganz durchsichtig ist. Der „Paradigmenwandel“ wird außerdem auch ganz unterschiedlich terminisiert; manche setzen ihn (oder Teilaspekte) mit den Terroranschlägen des 11. September, manche mit den Reformen der Schröder-Ära, andere wiederum mit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007-10 an.

Benedikter: Ja. Wir haben gegenwärtig sowohl eine synchrone Schichtung des Begriffs wie eine diachrone Streuung. Sehr allgemein wird das Wort gebraucht für aktuelle Systemveränderungen 1. in der Wirtschaft nach der Finanzkrise 2007-10, wo manche das Ende des bisherigen Leitparadigmas, des Neoliberalismus gekommen sehen; 2. im Bereich der Politik, wo mit der Entstehung einer multipolaren Welt der „wettstreitenden Modernitätskonzepte“ („competing modernities“) und dem Auftreten neuer Weltmächte wie China und Indien das Ende der von den USA ausgerufenen „Neuen Weltordnung“ naht; 3. im Bereich der Kultur, wo mit dem Auftreten neuer Idealismen und Essentialismen das bisherige Leitparadigma des Westens, die „Postmoderne“ an ein Ende zu kommen scheint; und 4. im Bereich der Religion, wo Bewegungen in Richtung mehr Demokratie, aber auch innere Richtungskämpfe in praktisch allen Weltreligionen, die bis an Spaltungstendenzen reichen (zum Beispiel in der anglikanischen Kirche,

aber auch in Teilen des Islam) und bisherige Paradigmenformationen preiszugeben scheinen. Detailliert für unterschiedlichste Einzelfragen gebraucht wird der Begriff zum Beispiel für den „Paradigmenwechsel“ der internationalen Diplomatie nach Wikileaks; für Großbritannien nach der Machtübernahme der Tories von David Cameron; für den Bewusstseinswandel in Umweltfragen der USA nach dem Ölleck im Golf von Mexiko; für das angeblich schleichende Ende der europäischen Sozialstaaten; für die globale „Renaissance der Religionen“, seit einigen Jahren auch in Europa; aber auch für Obamas globalpolitische Orientierungsänderung, nämlich sein Umsteuern des US-Schiffes vom Atlantik in den Pazifik. Der Begriff wird also sowohl für ökonomische, politische, kulturelle und religiöse Veränderungen benutzt, wobei der Zusammenhang nicht immer klar wird: Handelt es sich um eine große, zusammenhängende und in ihren Einzelaspekten (wenn auch komplex) vernetzte Systemveränderung, oder sprechen wir von relativ unabhängigen Entwicklungen auf verschiedenen Gebieten, die unterschiedliche Geschwindigkeiten, „Tiefen“ und Wirkungen aufweisen?

Frage: In der Tat: Meist bleibt die Rede vom „Paradigmenwandel“ anregend, insgesamt aber eher diffus. Klären wir also zunächst das Grundsätzliche. Was versteht man eigentlich unter „Paradigma“? Und was wäre also ein „Paradigmenwandel“?

Benedikter: Ein Paradigma ist ein erkenntnisleitendes Vorurteil einer bestimmten Zeit, das die Kraft hat, gesellschaftliche Klassen und Gruppen auf gemeinsame minimale Grundüberzeugungen hin auszurichten, sowie grundlegende Diskurs- und Ordnungs-Sphären wie Wirtschaft, Politik, Kultur, Wissenschaft und Religion einer bestimmten Gesellschaft zu einem bestimmten Zeitpunkt auf kleinstem gemeinsamem Nenner in ihrer Grundausrichtung und in wichtigen Aspekten ihres Basiskonsensus zu vereinigen. Ein „Paradigma“ ist also in gewisser Weise der Zeitgeist in der Gestalt eines meist nicht formalisierten oder institutionalisierten, sondern „schweigenden“ Konsenses, der darüber befindet, was als politisch, sozial, kulturell oder wissenschaftlich korrekt gilt. Weil dieser Konsens schweigend ist, ist ein „Paradigma“ etwas Kulturelles. Es ist ein Aspekt der Kulturdimension, das alle anderen Dimensionen wie Wirtschaft, Politik und Religion in sich aufnimmt, sich aus ihnen ergibt, und umgekehrt sie alle dann rückwirkend beeinflusst. Wenn man heute von einer Paradigmenveränderung spricht, dann meint man damit, dass sich das zuletzt verbindliche erkenntnisleitende Vorurteil in der Kultur ändert - so wie es sich in den europäischen und westlichen Kulturen ja mittlerweile alle paar Jahre ändert. Insofern ist ein Paradigmenwandel nichts Einmaliges oder Außergewöhnliches, sondern im Gegenteil etwas, das immer wieder und auch immer häufiger vorkommt.

Frage: Inwiefern?

Benedikter: In den Sozialwissenschaften herrscht heute weitgehend Übereinstimmung darüber, dass die Zeit zwischen Paradigmenänderungen immer kürzer wird, weil sich - nicht zuletzt durch den wachsenden Einfluss

von Wissenschaft und Technik - das Innovationstempo von Kultur und Gesellschaft ständig erhöht. Damit verkürzt sich die Geltungsdauer von allgemein kulturprägenden Grundüberzeugungen. Der Schweizer Wissenschaftsphilosoph Hermann Lübbe hat dafür einmal den (zugegebenermaßen nicht sehr schönen) Ausdruck der „Gegenwartsschrumpfung“ geprägt. Auf diese antworten die „postmodernen“ europäischen und anglo-amerikanischen Gesellschaften mit einer „zivilisatorischen Selbsthistorisierung“ - das heißt mit dem musealen Festhalten und Erforschen von, aber auch mit dem (nicht selten ironischen) Spielen mit vergangenen „Paradigmen“ oder allgemeingültigen erkenntnisleitenden Vorurteilen, das heißt mit Kultur- und Geltungsmodellen, die in ihnen früher einmal das Zentrum des Selbstverständnisses bildeten.

Frage: Das Interesse an einer solchen „zivilisatorischen Selbsthistorisierung“ ist in den vergangenen Jahren geradezu explodiert - man denke nur an den kulturwissenschaftlichen Trend, die 1970er, 1980er oder 1990er Jahre Revue passieren zu lassen, zum Beispiel in Musik, Mode, Wissenschaftsdebatten, Kunstwerken, Büchern, welche die Unterscheidung zwischen „Dazugehörigen“ und „Außenseitern“ thematisieren.

Benedikter: Ja. Denn die „zivilisatorische Selbsthistorisierung“ hat viele Erkenntnisvorteile. Wenn man in die Vergangenheit schaut, dann sieht man relativ leicht, wie künstlich und zeitbedingt viele „paradigmatische“ Grundüberzeugungen waren - und demnach auch heute sind, jedenfalls aus der Sicht derjenigen, die nach uns kommen werden. Eben solche kontextbedingten Grundüberzeugungen aber konstituieren das „erkenntnisleitende Vorurteil“ ihrer jeweiligen Zeit. Paradigmen sind etwas nicht völlig Rationales, sondern leben im Grunde auch viel von Irrationalem, aber es gibt sie zu jeder Zeit. Sie ergeben sich aus dem Zusammenwirken der wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und religiösen Konstellation an einem bestimmten Ort zu einer bestimmten Zeit für eine bestimmte Dauer.

Frage: Als aus der Gesellschaft hervorgehende Grundüberzeugungen prägen sie umgekehrt aber auch ihrerseits die Gesellschaft?

Benedikter: Richtig. Paradigmen stehen mit ihrer Zeit immer in einem Wechselverhältnis. Sie wirken dabei ähnlich wie Mythen: Sie bestätigen und stabilisieren dasjenige, was ist. Paradigmen sind nicht Motoren der Veränderung, sondern Garanten des Gleichbleibens der Verhältnisse. Die Verhältnisse ändern sich aber zwangsläufig. Daher müssen „Paradigmen“ früher oder später immer neuen, anderen Paradigmen weichen - und seien sie auch noch so tief in einer Zeit, einer Kultur oder einer Gesellschaft verankert. Das widerspricht eigentlich ihrem Anspruch, das zu definieren, was Geltung beanspruchen darf, und das auszuschließen, was keine Geltung beanspruchen darf. Insofern ist ein „Paradigma“ auch immer etwas Paradoxales: Es beansprucht, richtig und falsch zu definieren, und wird doch immer wieder von einem neuen „Paradigma“ abgelöst, das richtig und falsch (zumindest bezogen auf ihre Gesellschaftsvalenz, ihren Verbindlichkeitsgrad und ihre Praxisanwendung) wieder neu und anders definiert.

Frage: Was sind die Vor- und Nachteile von „Paradigmen“? Immerhin beruht ja die kulturelle Logik der westlichen Gesellschaften auf einer ständigen Abfolge neuer Paradigmen, die temporär herrschen und dann wieder verschwinden. In anderen, nicht-westlichen oder vor-modernen Kulturen wie zum Beispiel in Indien oder bei den Aborigines gibt es einen solchen Wandel nicht.

Benedikter: Das ist zumindest dann teilweise richtig, wenn wir das historisch sehen und die universale Technologisierung und Verwestlichung der vergangenen 200 Jahre ausklammern. Der Vorteil (wenn man dieses Wort hier überhaupt verwenden kann, denn es handelt sich um eine Tatsache eher als einen Vorteil) von „Paradigmen“ ist, dass man, wenn man sich mit ihnen beschäftigt, die Zeitbedingtheit von kulturellen Grundüberzeugungen erkennt, weil diese sich immer wieder wandeln. Der Nachteil ist, dass sich der Wahrheits- und Wissenschaftsbegriff, aber auch jede Wertevorstellung in Kulturgeschichte aufzulösen droht, wenn man sich einseitig an Paradigmen orientiert. Man hat dann früher oder später unweigerlich den Eindruck, dass letztlich nur künstliche, zeitbedingte kollektive Vorurteile als „Wahrheit“ gelten, die sich aber immer wieder, und in immer kürzeren Abständen, als bloße Vorurteile herausstellen. Gibt es also überhaupt keine „Erkenntnis“ oder gar „Wahrheit“, sondern nur die historische Abfolge von kulturellen Sichtweisen? Das kann das Ergebnis sein, und das führt zu einem Relativismus und Nihilismus in der Wissenschafts-, Kultur- und Gesellschaftsbetrachtung. Das würde ich als Problem ansehen, da es der Existenz eines gesunden Wertezentrums in einer Gesellschaft widerspricht. Eine Gesellschaft braucht jedoch meiner Meinung nach gewisse Werte, die nicht von vornherein als relativ oder zeitbedingt gelten, und auf die sich alle ihre Teilnehmer verlassen können, um stabil und fruchtbar zu bestehen. Das ist übrigens auch in der heutigen Kulturanalyse und Soziologie vergleichsweise unumstritten.

Frage: Zum Beispiel?

Benedikter: Zum Beispiel die Gesellschaftsform der Demokratie: sie braucht die „essentielle Überzeugung“ oder den „Werteabsolutismus“, dass Pluralismus, Vielfalt der Meinungen und Wettstreit der Ideen besser, produktiver und humaner sind als Hierarchie, Meinungsübereinstimmung und Durchsetzung einiger weniger „starker“ Ideen. Wenn man aber davon ausgeht, dass diese Werteüberzeugung eigentlich kein wirkliches Fundament im Wesen von Gesellschaft und Mensch hat, sondern eigentlich nur ein „Paradigma“, das heißt eben: ein zeitbedingtes Vorurteil einer bestimmten Gesellschaft zu einer bestimmten Zeit ist, dann hat Demokratie als solche eigentlich kein stabiles kulturelles Fundament. Und das kann ein Problem darstellen.

Frage: Ähnlich ist es wohl mit den Menschenrechten als Teil der weltanschaulichen und philosophischen Basis von Demokratie. Die wichtigsten Denker der „Postmoderne“ wie Jacques Derrida oder Michel Foucault haben in den 1980er und 1990er Jahren die Menschenrechte als rein „westliche Paradigmen“

interpretiert - sehr zur Freude von nicht-demokratischen Regimes wie China oder dem Iran.

Benedikter: Richtig. Wer davon ausgeht, dass die Menschenrechte nur eine „kulturelle Erfindung“ des Westens darstellen, aber eigentlich kein Fundament in einer „essentiellen“ Wirklichkeit haben, weil es eine solche „essentielle“ Wirklichkeit gar nicht gibt, wie die „Postmodernen“ behaupteten - und bis heute behaupten -, der hebt die Menschenrechte als Grundlage einer vernunftorientierten, humanen Politik eigentlich in ihrem Zentrum auf. Denn die Menschenrechte beruhen auf der Annahme, dass jeder Mensch einen unverletzlichen, „substantiellen“ Wesenskern besitzt, der seine unantastbare Würde jenseits aller Kulturen, Weltanschauungen und Zugehörigkeiten ausmacht. Das heißt, die Menschenrechte beruhen auf der Annahme, dass es „essentielle“, zeitüberdauernde und universale Dimensionen des Menschseins gibt, die sich der oben beschriebenen „Paradigmenlogik“ entziehen. Sie gehen davon aus, dass eben nicht alles nur ein Paradigma ist, sondern dass es zumindest in einigen Bereichen „substantielle“ Dimensionen der Wirklichkeit gibt. Die „postmodernen“ Denker zwischen 1968 und dem 11. September 2001 haben aber behauptet, alles bestehe nur aus Paradigmen. Damit haben sie die Menschenrechte faktisch ihres Geltungsfundaments beraubt - und in der Tat zumindest indirekt anti-individualistischen und anti-pluralistischen Gesellschaften wie zum Beispiel dem kommunistischen China in die Hände gearbeitet, das sich ja seit jeher notorisch gegen die Idee der Menschenrechte wehrt und diese immer schon als bloße westliche Kulturerfindung von nur temporärem Wert abgekanzelt hat.

Frage: Auch das ist paradox.

Benedikter: Ja, weil „postmoderne“ Denker wie Michel Foucault, Jean Francois Lyotard oder Jacques Derrida, welche ihre Zeit ja akademisch auf beiden Seiten des Atlantik im Hinblick auf ihre erkenntnisleitenden kulturellen Vorurteile (das heißt „paradigmatisch“) beherrscht haben, sich als liberale Befreier verstanden. Sie waren eigentlich Anarchisten, die jeden Geltungsanspruch hinterfragen, wenn nicht gar untergraben wollten, um für die „totale“ Befreiung des Individuums zu sorgen. Dazu wollten sie nicht nur das „individuelle Allgemeine“ der Menschenrechte abschaffen, sondern auch jede „allgemeine“ Existenz von „Substantiellem“ in der Welt überhaupt zum bloßen „Paradigma“ erklären. Aus heutiger Sicht wird immer klarer, dass dies gerade im Hinblick auf die wichtigsten „substantiellen“ Kernideen des Liberalismus selbst ein Eigentor war. Ein Großteil der europäischen Human- und Gesellschaftswissenschaften ringt aber immer noch mit diesem Paradoxon.

Frage: Worum geht es, wenn wir diesen Zustand produktiv weiterentwickeln wollen?

Benedikter: Es geht darum, eine Unterscheidung zu treffen, wo „Paradigmen“ tatsächlich wirken und wo man also, wenn man mit ihrer Hilfe die Dinge betrachtet, zu sinnvollen und zutreffenden Erkenntnissen kommt, und wo sie nicht wirken und man

mit ihrem Begriffs- und Anschauungsinstrumentarium eher an den Dingen vorbeigeht. Ich denke, diese Unterscheidung ist eine zentrale Voraussetzung, um die heutigen Kultur- und Gesellschaftswissenschaften weiterzuentwickeln. Wir brauchen diese Unterscheidung, um mehrdimensionaler und komplexitätsfähiger zu denken, das heißt um an die vielschichtige Gestalt unserer Zeit heranzukommen.

Frage: Wie können wir uns diese Unterscheidung vorstellen?

Benedikter: Ungefähr so: Paradigmen gibt es, und sie sind wirksam, auch im eigenen, individuellen Bewusstsein desjenigen, der ihnen kritisch gegenübersteht, und in seiner Sicht auf die Welt (so auch, wenn ich das jetzt sage, in meinem eigenen Bewusstsein hier und jetzt). Aber sie wirken nicht überall, und man kann mit ihnen nicht alles erklären. Wir müssen den irrationalen Glauben an die Universalität von Paradigmen, den die „Postmoderne“ in den vergangenen 30 Jahren etabliert und zum Maßstab akademischer, kultureller und zum Teil auch politischer Korrektheit gemacht hat, neu mit der empirisch nüchternen Identifikation von „Essenzen“ verbinden. Das bedeutet: Wir brauchen eine neue Verbindung von „Nominalismus“ und „Geistrealismus“ - in rationaler, aufgeklärter und wissenschaftsfähiger Weise. Dann kann sich ein „Paradigmen“-Verständnis entwickeln, wo man sieht: „Paradigmen“ wirken als Kulturfaktoren im weitesten Sinn, das heißt überall dort, wo die Realität vom Zusammenwirken von Menschen abhängt. Sie erreichen aber nicht die Ebene der Natur, und auch nicht die Ebene des „Wesens“ des Menschen oder der Gesellschaft als solcher. Wenn wir in solcher Blickrichtung uns fragen: Wo gehören Paradigmen eigentlich hin, sind wir auf dem richtigen Weg. Man wird dann weder leugnen, dass sie größten Einfluss haben (und weiterhin haben werden), noch sich dazu hinreissen lassen, sie als allgemeingültig und universal für alle Bereiche des Lebens zu erklären.

Frage: Ist das nicht ein wenig wie mit einem verwandten Beispiel, das mir dazu einfällt: Mit Goethes „anschauender Urteilskraft“? Sie wäre wohl das Gegenbeispiel zum „postmodernen“ Paradigmenfetischismus - ein Beispiel für die Überziehung von Geltungsansprüchen diesmal nicht aus „nominalistischer“, sondern aus „geistrealistischer“ Sicht.

Benedikter: Ich stimme dem voll und ganz zu. Manche behaupten, das damit beschriebene Methoden-Prinzip einer „nominalistisch-realistischen“ Anschauung der „Idee in der Wirklichkeit“ (beziehungsweise in der sinnlichen Wahrnehmung) sei universal, lasse sich also sowohl für die Betrachtung der Natur, als auch der Gesellschaft und des Menschen an sich anwenden. Ich bin der Meinung, Goethe hat dieses Prinzip nur für die Naturbetrachtung postuliert, nicht oder nur sehr eingeschränkt aber für die Gesellschafts- und Menschenbetrachtung, weil es dort kontraproduktiv, ja sogar schädlich wirken kann. Und vor allem, weil es dort eigentlich nicht hingehört seinem ganzen Grundcharakter nach. Weil heute beide Seiten: die nominalistische und die geistrealistische Seite gewisse

Schwierigkeiten haben, ihre je berechtigten Geltungsansprüche innerhalb vernünftiger Grenzen geltend zu machen, ist es wünschenswert für alle, vor allem aber für die Entwicklung eines ausbalancierten Gesamt-„Paradigmas“ für unsere Zeit, wenn wir versuchen, einen „Meridian“ zu bilden: Ein „mittleres“ Paradigma, in dem sich Nominalismus und Geistrealismus wirklichkeitsorientiert verbinden und sich dabei gegenseitig, soweit nötig, auch korrigieren.

Frage: Sie sprechen in Ihren Schriften davon, dass die „Postmoderne“ und damit auch ihr „Paradigmenfetischismus“ heute an ein Ende kommen. Inwiefern können wir heute für die europäischen und anglo-amerikanischen Gesellschaften von einem „Paradigmenwechsel“ sprechen?

Benedikter: Ich würde bewusst nicht von einem „Paradigmenwechsel“, sondern von einem „Paradigmenwandel“ sprechen. Paradigmen „wechseln“ nicht abrupt (wie das Wort nahelegt), sondern sie wandeln sich langsam und stetig. Oft überlagern sich Paradigmen auch, was dazu führt, dass für einen gewissen Zeitraum mehrere „Paradigmen“ gleichzeitig Geltung beanspruchen. Manchmal hat sich die Zeit längst weiterentwickelt, und ein Paradigma besteht immer noch hartnäckig weiter. Das heißt: Paradigmen folgen oft dem Gesetz der Zeitverschiebung mittels Inkubations- oder Antizipationszeiten: Sie kommen meist später als ihre Zeit, oder auch früher. Auch folgen sie dem Prinzip der Akkumulation: Sie integrieren so viel wie möglich, und schließen so wenig wie möglich aus, um länger Bestand zu haben und breitere Wirkung zu entfalten. Das trägt dazu bei, dass sich Teile oder Aspekte von ihnen verändern, andere aber weiterbestehen. Aus diesen Gründen würde ich von „Paradigmenwandel“ sprechen, und nicht von „Paradigmenwechsel“.

Frage: Einverstanden. „Paradigmenwandel“ also.

Benedikter: Mit der „Postmoderne“ kommt heute in Tat nicht nur ein Zeitabschnitt eines bestimmten „Paradigmas“, sondern möglicherweise auch der Paradigmenbegriff an sich, zumindest in der Totalität, mit der er die „postmoderne“ Epoche zwischen 1968 und 2001 beherrschte, an ein Ende. Seit dem weltpolitischen und weltkulturellen Wandel der Jahre 1989 bis 1991, und vor allem seit dem Symptondatum (nicht: Ursachendatum!) 11. September 2001 ist ein Abnehmen der Wirkmacht des universalen (De-)Konstruktivismus der „Postmoderne“ nicht nur in den westlichen Gesellschaften, sondern auch auf globaler Ebene zu beobachten. Diese Entwicklung geht mit der Suche nach neuen, „substantiellen“ Werten und Orientierungen einher. Die Auffassung von Wirklichkeit wird heute insgesamt vielfältiger, geschichteter. Während die wertvolle - und meiner Ansicht nach ebenso unhintergehbare wie unverlierbare - Einsicht der „Postmoderne“ in die „Konstruiertheit“ von Gesellschaft und kultureller Wirklichkeit zu Recht weiterbesteht, wird sie um Experimente mit kulturübergreifenden, „essentiellen“ Ich- und Geist-Erfahrungen ergänzt. Der Paradigmenbegriff zieht sich gegenwärtig dorthin zurück, wohin er gehört: In die Kulturgeschichte, während der Wahrheits- und Erkenntnisbegriff in den Wissenschaften und im allgemeinen Realitätsverständnis unserer Zeit

eine Wiederauferstehung feiert. Allerdings gibt es hier gewisse historisch bedingte Unterschiede: In den USA ist dieser „ausgleichende“ Trend in den Universitäten und in der allgemeinen Kultur sehr stark, während er in Zentraleuropa bislang schwächer ausgeprägt ist und langsamer voranschreitet.

Frage: Warum? Und was bedeutet es für die Entwicklung zwischen Europa und den USA?

Benedikter: Das hat vielfältige Gründe, und es hat auf beiden Seiten Vor- und Nachteile. In Zentraleuropa ist das Misstrauen gegen alle Art von „Essenzen“ aufgrund der historischen Erfahrung mit den Totalitarismen des 20. Jahrhunderts noch immer viel stärker ausgeprägt als in den historisch Idealismus-freundlichen und „essentialistisch“ ausgerichteten USA. Außerdem haben die USA das Humboldt-Modell der Universität bis heute weitgehend kultiviert, und damit eine transdisziplinäre und balancierte Idee des Verhältnisses zwischen „Paradigma“ und „Essenz“, während Europa diese Tradition, die es selbst erfunden hat, weitgehend über Bord geworfen hat. Europa ist meiner persönlichen Beobachtung konstanter und daher auch langsamer in seiner Kulturentwicklung, auch, weil es eine viel längere Geschichte im Hintergrund hat, während die USA schneller, dafür aber weniger stabil in ihren Richtungen sind.

Frage: Erwin Laszlo nennt den heutigen Wandel in den Ideengrundlagen der Zeit „Macroschift“, du „globale Systemverschiebung“. Was soll damit im Hinblick weniger auf die Gegenwart, als vielmehr im Hinblick auf die Zukunft gesagt sein? Mit anderen Worten: Welche Zukunft erwartet uns? Wie wird das Paradigma der Zukunft aussehen?

Benedikter: Das ist eine sehr schwierige, vielleicht auch im Kern unbeantwortbare Frage. Paradigmenverschiebungen kann man meist nur im Nachhinein feststellen und beurteilen, wenn sie auch manchmal bereits während ihres Geschehens gewisse Züge offenbaren. Ich bin immer sehr skeptisch, wenn sie als Element der Zukunftskennzeichnung gebraucht werden, als Mittel, um die Entstehung von etwas „ganz Neuem“ zu postulieren. Einen Paradigmenwandel herbeizureden war in den vergangenen Jahren oft ein Mittel der Progressiven und Alternativen, um eine „selbsterfüllende Prophezeiung“ zu generieren. Es ging oft gar nicht bewusst, sondern unbewusst darum, sozusagen zu behaupten es bestehe ein Paradigmenwandel mit Blick in die Zukunft, damit dieser sich dann auch ereigne, wenn nur genügend Menschen daran glaubten. Wir müssen hier vorsichtig sein, denn vieles davon war und ist notgedrungen Propaganda, wenn nicht gar Ausdruck der Verzweiflung an der Gegenwart. Also: Paradigmenanalysen sind als Vergangenheits- und manchmal auch als Gegenwartsinstrument der Anamnese und Analyse gut, als Zukunftsinstrument der Prognose problematisch. Natürlich kann man sie trotzdem dazu benutzen, aber man muss sich der damit verbundenen Probleme und Gefahren bewusst sein. Was ich einigermassen guten Gewissens sagen kann ist dies: Was heute im Gang ist, ist meines Erachtens eine durchaus globale Veränderung, die Einfluss auf alle Teile des Ganzen haben wird.

Frage: Sie haben eine Stiftungsprofessur in Santa Barbara und sind in Stanford engagiert. Wie erleben Sie von Kalifornien aus den gegenwärtigen Paradigmenwandel in den USA im Vergleich zu Europa? Inwiefern beeinflusst dieser Paradigmenwandel die Entwicklung des Politischen und Sozialen im Westen?

Benedikter: Zum Teil erheblich. Das gilt allerdings meines Erachtens wiederum stärker für die USA, weniger für Europa. Obama ist unter dem Slogan angetreten: „Wandel, dem man vertrauen kann“. Er meint damit offensichtlich nicht nur einen politischen, sondern auch einen kulturellen Wandel hin zu einer neuen Ausbalancierung von Idealismus und Pragmatismus, von Ideal und Wirklichkeit, von Paradigma und Essenz. Das haben seine visionären Reden zu Rasse, Globalisierung, Finanzwesen oder zur Außenpolitik gezeigt, und Obama hat den Anspruch auf „Paradigmenbalancierung“ auch immer wieder explizit vertreten und als den Kern seiner Amtszeit hervorgehoben. Obama will, dass ein inklusives Umdenken stattfindet. Das hat viele inspiriert und tatsächliche Änderungen hervorgerufen - im Gesundheitswesen, in der Außenpolitik der USA, in Abrüstungsfragen zwischen den USA und Russland. Andere Änderungen sind nicht gelungen, so zum Beispiel im Verhältnis zu China, dem Iran oder Nordkorea, wo Obama viel Zeit investiert hat, aber praktisch nichts erreicht hat. Daher hat er hier zuletzt auch wieder eine traditionellere, konfrontativere Gangart angeschlagen. Auch innenpolitisch ist der „paradigmatische Brückenschlag“ zwischen den Ideen von Progressiven und Konservativen, zwischen Demokraten und Republikanern nicht gelungen. Ganz im Gegenteil: der Graben zwischen den beiden Ideenformationen mit politischer Valenz ist tiefer denn je, und der Weltanschauungskampf wird erbitterter denn je ausgefochten. Hier ist von einem „Paradigmenwandel“ noch wenig zu spüren. Es findet in den heutigen USA unter Obama eher ein neuer „Paradigmen- und Weltanschauungskampf“ statt, der mit einer allgemeinen ideologischen Polarisierung der Gesellschaft verbunden ist.

Frage: In Europa ist all dies zumindest hinsichtlich der öffentlichen Sichtbarkeit weit weniger der Fall.

Benedikter: Ja. Führende Politiker wie Nicolas Sarkozy, Angela Merkel oder Silvio Berlusconi (um hier nur einige zentraleuropäische zu nennen) stehen eher für Stabilisierung denn für Wandel. Andere, wie etwa Gordon Brown, stehen in der Wahrnehmung der breiten Bevölkerungsmehrheit eher für das Alte denn für das Neue. Ich würde zusammenfassend sagen, dass in Europa derzeit eher ein Gefühl des „zu wenig“ an Paradigmenwechsel vorherrscht, während Obama in den USA eine starke, aber bislang auch stark polemisch und antithetisch bleibende Paradigmenbewegung ausgelöst hat.

Frage: Schließlich: Was kann die Zivilgesellschaft auf beiden Seiten des Atlantik zu einem positiven Paradigmenwandel beitragen? Kommt der Wandel weiterhin vorrangig „von oben“, oder kann er heute und künftig mehr und mehr auch „von unten“ kommen?

Benedikter: Die Zivilgesellschaft kann an der Ausbalancierung des Gegenwarts-Paradigmas zwischen Realismus und Idealismus mitwirken, weil sie selbst genau am Überschneidungspunkt zwischen diesen beiden Polen angesiedelt ist. Sie kann dazu beitragen, eine ausgewogene und gemäßigte „mittlere“ Anschauung zwischen Konstruktivismus und Neoessentialismus in der Gesellschaft zu verankern. Diese sollte ebenso nominalistisch-selbstkritisch sein, wie sie Ideale und humanistische Bestrebungen Ernst nimmt und als Wirklichkeiten auffasst. Damit kann sie dazu beitragen, die ganz ähnlichen Bestrebungen Barack Obamas, die „von oben“ kommen, „von unten“ zu unterstützen.

Thomas Stöckli

MA, Direktor des Instituts für praxisorientierte Forschung Solothurn, Schweiz.

Roland Benedikter

Prof. Dott. Dr. Dr. Dr., ist seit September 2009 Europäischer Stiftungsprofessor für Soziologie an der Universität von Kalifornien in Santa Barbara und Visiting Scholar 2009-13 am Europa Zentrum der Stanford Universität, USA. Mitarbeiter an Ernst Ulrich von Weizsäcker's Bericht an den Club of Rome 2003: Grenzen der Privatisierung - alle drei Fassungen: englisch 2005, deutsch 2006, chinesisch 2007 -; Autor und Herausgeber von 14 Büchern, Autor von mehr als 100 Einzelpublikationen in Fachzeitschriften des europäischen und anglo-amerikanischen Raums. Autorisierte Internetseiten: <http://europe.stanford.edu/people/rolandbenedikter/> und http://en.wikipedia.org/wiki/Roland_Benedikter. Kontakt: rben@stanford.edu oder r.benedikter@orfaleacenter.ucsb.edu.

Das Menschenrecht, ein Rechtssubjekt zu sein

Zur UNO- Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen

Michael Ross
Verschriftlichung: Christoph Strawe

Der folgende Text folgt in freier Form einem Vortrag, den Michael Ross am 5. November bei einem Seminar über „Gleichheit als Grundlage des Rechtslebens in der Gesellschaft“ gehalten hat. Inhaltlich ist der Vortrag eine Frucht der Vorbereitung und Durchführung eines Fach-Seminars in der Lebensgemeinschaft Bingenheim am 26./27. September (Menschen mit besonderen Bedürfnissen als Vertragspartner? Persönliches Budget: Ausgangspunkt neuer Lebens- und Zusammenarbeitsformen in Heilpädagogik und Sozialtherapie?).

1. Allgemeine Gesichtspunkte zum Gleichheitsimpuls

Wie bekommt man methodisch eine Urteilssicherheit in Bezug auf die vielfältigen Geschehnisse der Gegenwart? In R. Steiners Buch „Die Kernpunkte der sozialen Frage“ findet man die Aussage, das Denken vieler Menschen richte sich zu sehr nach den Tatsachen des Lebens, statt sich an den Urgedanken des Sozialen zu orientieren. Damit ist auf die Notwendigkeit verwiesen, Gesichtspunkte zu entwickeln, unter den man den empirischen Alltag anschaut und in ihn eingreift, ordnende Kriterien, um sich gegenüber der öffentlichen Meinung zu orientieren, statt sich einfach dem Geschehen zu überlassen.

Ein solcher großer Orientierungsgesichtspunkt ist die Emanzipation der Menschheit aus den Verhältnissen der alten Gemeinschaft, welche Normen und Handlungsinhalte vorgab. An die Stelle des dergestalt unselbständigen und geprägten Menschen tritt der ichhafte Mensch, der sich die Motive seines Handelns aus eigener Einsicht selbst zu bestimmen vermag. Das ist der Freiheitsbegriff der „Philosophie der Freiheit“, der nicht Wahlfreiheit meint - bei der das stärkste Motiv mich bestimmt -, sondern die Freiheit der Motivbildung. In dieser Fähigkeit haben alle modernen Menschen die gleiche Grundbegabung. Als Ich-Menschen sind wir eigene und einzige, aber gerade in dieser größten Unterschiedlichkeit sind wir auch gleich: wir schöpfen aus dem gleichen Geist. Gleichheit hat mit der gleichen Gotteskindschaft aller Menschen zu tun. Diese bedeutet, dass in jedem der Keim der Selbstgestaltung und Selbstbestimmung gelegt ist. In diesem Sinne ordnet R. Steiner die Gleichheit dem Geist zu, die Freiheit dagegen der Seele. Der Mensch muss einen seelischen Entwicklungsweg gehen, um zur Freiheit zu kommen. Die Brüderlichkeit hängt mit der Bedürftigkeit unserer leiblichen Existenz zusammen. In einer globalisierten Welt wirtschaftlicher Arbeitsteilung sind wir Geschwister, die sich gegenseitig versorgen müssen.

Die Gleichheit der Vergangenheit war nicht die der einzelnen individuellen Persönlichkeit, sondern gleich war man einander als Mensch des gleichen Sozialraums, als Mensch gleicher Herkunft, als Mitglied einer Sippe oder eines Standes. Das wurde in der Moderne nach und nach durch die Gleichheit vor dem Recht abgelöst. Gesetze gelten für alle gleich, unabhängig von der Herkunft. Immer stärker kommt der Gedanke zum Tragen, die Andersartigkeit des anderen in seinem wesenhaften Ausdruck anzuerkennen. Das ist das Zukunftsideal. Es gilt für jeden Menschen unabhängig von seiner Herkunft oder auch seiner Belastung durch eine Behinderung. Gleichzeitig gibt es immer die Gefahr eines Rückfalls in eine Normierung des Menschen. Man denke an die Neubemessung der Hartz IV-Sätze, wo die Politik darüber diskutierte, ob Bier und Zigaretten einzurechnen seien. Das Normale darf bemessen werden, das Individuelle nicht. Da wird das Einkommen nicht unter dem Aspekt von Freiheit und Gleichheit bemessen. Immer droht bei der Gleichheit der Rückfall in ein altes Denken, dass aus dem Durchschnitt des Üblichen in der Gesellschaft abgeleitet werden soll. So geht es an vielen Stellen unserer Gesellschaft. Im PISA- und Bologna-Prozess erleben wir, dass Leistungen, Lerninhalte und Abschlüsse unter Gesichtspunkten der Standortsicherung normiert werden und dass die Bildungsfähigkeit des einzelnen Menschen demgegenüber als Kriterium zurücktritt.

Wir ringen in der Rechtsentwicklung noch darum, dass die individuelle Persönlichkeit als absoluter Zentrierpunkt einer modern Gesellschaft anerkannt wird, wie es Artikel 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland fordert: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Vieles läuft diesem modernen Rechtsimpuls aber immer noch entgegen. Wenn der Gleichheitsbegriff die anderen Zentralbegriffe Freiheit und Geschwisterlichkeit überformt oder ganz verdrängt, dann findet in Bezug auf das geistige Leben eine Normierung des Fähigkeitswesens des

Menschen statt, in Bezug auf das Wirtschaftsleben und die materiellen Bedürfnisse des Menschen entsteht kommunistische Gleichmacherei.

Der neue Zentrierpunkt der Persönlichkeit ist in Bezug auf die Auffassung des Menschen als solcher noch nicht eindeutig. Begreifen wir Persönlichkeit als den Menschen, wie er geworden ist, oder als ein Wesen, dass seine Entwicklung selbst in die Hand nehmen und damit ein Immer-Weiter-Werdender sein kann? Das wird die entscheidende Kulturherausforderung sein, im Menschen den Werdenden zu sehen, den Blick für sein Potenzial zu entwickeln. Diesen Kern der Menschenwürde spricht Schiller im vierten seiner Ästhetischen Briefe mit dem Satz an: „Jeder individuelle Mensch, kann man sagen, trägt, der Anlage und Bestimmung nach, einen reinen, idealischen Menschen in sich, mit dessen unveränderlicher Einheit in allen seinen Abwechslungen überein zu stimmen die große Aufgabe seines Daseins ist.“

Die Leitidee der die Menschenwürde schützenden Menschenrechte lässt sich in drei Gesichtspunkte untergliedern: 1. Die individuellen Freiheitsrechte, die das Recht auf freie Gemeinschaftsbildung, die Bildung von Wirkensgemeinschaften einschließen. 2. Die demokratischen Beteiligungsrechte (aktives und passives Wahlrecht, Abstimmungsrechte usw.) 3. Die jüngste Ausformung der Menschenrechte sind die Sozialrechte. Niemand soll hungern, jeder soll teilhaben können am materiellen Reichtum der Gesellschaft usw. Der Kampf um die Menschenrechte dauert an, und in vielen Ländern gibt es nach wie vor massive Verletzungen sowohl der Freiheits- als auch der Beteiligungsrechte und der Sozialrechte.

Sind die Menschenrechte nur etwas Ausgedachtes oder eine real wirksame Kraft, die im aufrechten Gang jedes einzelnen Menschen lebt? Nur wenn Letzteres zutrifft, kann sich die Idee auf Dauer durchsetzen. Heute gibt es dazu ganz unterschiedliche Auffassungen. Wenn wir den Menschen gänzlich geprägt sehen durch Vererbung und Milieu, dann wären die Menschenrechte nur - im Sinne Kants - eine regulative Rechtsidee, eine für die Verhinderung und Bestrafung von Mord und Totschlag nützliche Fiktion. Weiter geht die Auffassung, dass der einzelne Mensch ganz substantiell Träger der Menschenrechte ist. Sie kommen als unverbrüchliche Rechte dem Menschen voll und ganz zu, eine Behinderung kann das nicht ändern.

Es gibt verschiedene Ebenen des Rechts: Da ist die Ebene der Gesamtmenschheit, die eigentliche Menschenrechtsebene. Dann gibt es die Ebene der Gesetzgebungen, die eigentlich staatliche Ebene. Und schließlich gibt es die Ebene des Vertragswesens, das Privatrecht. Wir können Verträge eingehen mit anderen, um Aufgaben zu realisieren. Hier können sich Menschen mit gleicher Motivstellung - auf der Grundlage der Menschenrechte und der Gesetzgebungen - finden. Das ist eine Gemeinschaftsbildung, die nicht von der Herkunft, sondern von der „Hinkunft“ bestimmt ist. In ihr lebt das Moment der Freiheit. Die Möglichkeit, mit anderen zusammen einen Weg zu gehen, schafft Pluralität, es können sich ganz unterschiedliche Aufgabengemeinschaften bilden.

2. Der Gleichheitsimpuls für Menschen mit besonderen Bedürfnissen

Wie setzt sich dieser Impuls der Gleichheit in der Menschheit real durch? Ein Beispiel dafür ist der Wandel im Empfinden und Verhalten gegenüber Menschen mit besonderen Bedürfnissen; schon dieser neue nichtdiskriminierende Wortgebrauch zeugt davon. Menschen mit besonderen Bedürfnissen sind die größte Minderheit der Menschheit. Man hat - wenn man alle Arten besonderer Bedürfnisse, körperliche, seelische, intellektuelle, einbezieht - mit etwa 650 Millionen Menschen zu rechnen, also fast 10 Prozent der Weltbevölkerung. Die Lebensrealität dieser Menschen war bisher weitestgehend durch das Prinzip der defizitbegründeten Entrechtung bestimmt. Sie galten als nicht normal und damit als nicht voll rechtsfähig. Daher bestand - ob gesetzlich geregelt oder durch Gewohnheitsrecht - eine stellvertretende Rechtsausübung durch Dritte: eine nahezu vollständige Entmündigung. In vielen Ländern wurden psychisch kranke Menschen weggeschlossen, ja unter unsäglichen Bedingungen eingepfercht und angekettet. Aus dem Defizit, der Nichtanerkennung des Hilfebedürftigen als Vollmensch, begründete sich die Ausgrenzung. Heime für solche Menschen erzeugten Ghettoisierung, sie waren Aufbewahrungsstätten, oft Orte der Verwahrlosung - abgesehen von pionierhaften Ausnahmen wie etwa den anthroposophischen Einrichtungen.

Dass mit der Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen der Vereinten Nationen 2006 ein bindender völkerrechtlicher Vertrag zu Stande kam, dessen Umsetzung von einem „UN-Ausschuss zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderungen“ begleitet wird, ist also ein großer Schritt in der Entwicklung des Rechts. Seit 26.3.2009 hat sie in Deutschland innerstaatliche Rechtskraft. Mit der Inkraftsetzung ist Deutschland die Verpflichtung eingegangen, die Rechtsbestimmungen der Konvention durch Gesetzgebung und Verwaltung zur Umsetzung zu bringen. Es gibt hier noch viel zu tun, auch weil das Denken vieler Menschen in den Verwaltungen noch nicht auf der Höhe der Konvention angekommen ist. Über Jahrzehnte wurde der distanzierte Blick auf die Defizite eingeübt, und es muss erst gelernt werden, einander in der empathischen Geste zu begegnen.

Die Konvention verlangt die volle Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen in das gesellschaftliche Leben, den Schutz vor Diskriminierung, die „Barrierefreiheit“ des gesellschaftlichen Umfeldes und die gleichberechtigte, selbstbestimmte Teilhabe in allen Lebensbereichen. Diese Menschen sollen also Rechte im gleichen Umfang haben wie jeder Mensch, die Zugänglichkeit von Toiletten, Treppen usw. ist hierfür nur eine äußere Voraussetzung. Es handelt sich nicht eigentlich um besondere Rechte, sondern um die Präzisierung der bereits anerkannten und statuierten Menschenrechte für einen Menschenkreis, in dem es einen Nachholbedarf in der Umsetzung gibt. So etwas geschah zuvor bereits durch die Kinderrechtskonvention der UNO. An der Ausarbeitung waren Menschen mit Behinderungen aktiv beteiligt. Man will die Betroffenen in die Umsetzung von Maßnahmen aktiv einbeziehen, nicht bürokratisch über die Köpfe hinweg agieren.

Insbesondere formuliert die Konvention drei zentrale Aspekte: den der Autonomie, den der Barrierefreiheit

und den der Inklusion. Das heißt Menschen mit Behinderungen sind vertragsfähig, haben Zugang zu gesellschaftlichen Veranstaltungen und sind voll einbezogen in die gesellschaftliche Realität. Teilhabe ist der Oberbegriff. Der Mensch mit Behinderungen ist angekommen als Rechtssubjekt, er ist kein Objekt der Verfügung mehr. Allerdings geht das allgemeine Verständnis im deutschen Rehabilitationsrecht und auch die „Internationale Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit“ (ICF) der Weltgesundheitsorganisation (WHO) immer noch von einem defizit-orientierten Menschenbild aus. Die ICF-Klassifikation gilt bis heute als länder- und fachübergreifende Nomenklatur zur Beschreibung des funktionalen Gesundheitszustandes, der Behinderung, der sozialen Beeinträchtigung und der relevanten Umgebungsfaktoren einer Person.¹

Hier werden Standards festgelegt in Bezug auf den Schweregrad der Behinderung, daraufhin, ab wann ein Mensch als behindert zu gelten habe usw. Derartige Schubladisierungen sind unverträglich mit dem Geist einer Konvention, für die der Mensch mit Behinderungen wie jeder Mensch durch sich selbst mit Rechten begabt ist. Die Konvention baut darauf, dass sich durch Akzeptanz und Anerkennung normalere Lebensbeziehungen einstellen werden, wobei diese „Normalisierung“ sogar zu einer Besserung der „Defizite“ führen kann, da Ausgrenzung und Entrechtung gerade zur Verstärkung von Behinderung führt. Es ist auch in der anthroposophischen Sozialtherapie eine Erfahrung, dass gerade die Beziehung einen wesentlichen Beitrag zu Heilung und Entwicklung leistet. Entrechtung, Entmündigung und Ausgrenzung haben das bisher vielfach verhindert. Jetzt wird das Motiv, das etwa im anthroposophischen Kontext schon lebte, nämlich bei den betreuten Menschen auf Entwicklung hinzuarbeiten, wie nach außen in die Gesellschaft gestülpt. Lebensfähig wird es sich in der Gesellschaft nur erweisen, wenn eine wirklich „empathische Zivilisation“ (Jeremy Rifkin)² entsteht. Nur durch das empathische Interesse am anderen Menschen entsteht umfassende Inklusion, nicht schon dadurch dass man in jede Kneipe gehen kann.

Die UN-Konvention unterscheidet nicht mehr zwischen Ursachen, Formen und Schweregrad von Behinderungen. Nach Art. 12 haben Menschen mit Hilfebedarf das Recht, überall als Rechtssubjekt anerkannt zu werden. Sie werden als gleichberechtigt mit anderen anerkannt, besitzen Rechts- und Handlungsfähigkeit. Und zwar gelten alle - über die ganze Spannweite körperlicher, psychisch-sozialer bis hin zu den umgangssprachlich als „geistig“ bezeichneten Behinderungen - als Träger von Rechten und Pflichten. Das heißt, dass sie geschäftsfähig sind, Verträge schließen können, dass sie einwilligungsfähig sind, somit auch in medizinische Maßnahmen einwilligen müssen. Man darf also nicht an ihnen experimentieren, ohne Einwilligung Gewebeproben entnehmen o.ä., was bisher ein Graubereich war. In der Folge gelten sie aber auch als deliktfähig und schadensersatzpflichtig für schädigende Handlungen. Die Rechtsfähigkeit impliziert auch das Recht auf freie Wahl des Aufenthaltsorts, was sich mit der

Zuweisungspraxis mancher Länder in Heime nicht verträglich. Schließlich bedeutet sie auch die freie Wahl der Wohnform, ob allein oder im Heim oder einer WG. Statuiert wird auch das Recht auf freie Meinungsäußerung und einen angemessenen Lebensstandard (Art. 21 und 28). Das war bisher nicht so.

Heute haben wir also einen radikalen Paradigmenwechsel durch die Anerkennung der rechtlichen Handlungsfähigkeit von Behinderten. Früher galten Menschen mit Hilfebedarf als geschäftsunfähig, mit der Folge, dass ihre Willenserklärung als nichtig galten. Im BGB findet sich das heute noch ganz oder teilweise als Relikt aus diesen Zeiten.

Artikel 12 der Konvention formuliert auch Schutzgedanken. Denn es ist natürlich so, dass Menschen mit Hilfebedarf nicht immer die Rechtswirksamkeit ihrer Handlungen voll überschauen. Man denke an Mobilfunk-, Kredit- oder Partnervermittlungsverträge. Das sind komplizierte Fragen, es gibt Tücken im Kleingedruckten usw. Daher regt sich Sorge, dass dem größten Unfug Tür und Tor geöffnet wird. Die Lösung, die die UN-Konvention für dieses Problem präferiert, ist nicht mehr die Entmündigung, sondern die „assistierte Selbständigkeit“. Früher sprach man von „substituted decision making“, jetzt redet man über „supported decision making“ (unterstützte Entscheidungsfindung). So etwas gibt es ja auch für Kinder und Jugendliche vor der Volljährigkeit. Für Menschen mit besonderen Bedürfnissen handelt es sich in diesem Zusammenhang um ein Zugangsrecht zu professioneller Unterstützung bei der Ausübung ihrer rechtlichen Handlungsfähigkeit (assistierte Autonomie). Es braucht also Betreuer, die den Betreuten fördern und unterstützen bei der Wahrnehmung der Selbstständigkeit, die ihm aus seinem Menschsein zukommt. Der Betreuer hat die Angelegenheiten des Betreuten so wahrzunehmen, wie es dessen Wohl entspricht, seinen Wünschen und Vorstellungen. Dazu ist die allergrößte Empathie und Liebefähigkeit nötig. Das ist eine große Entwicklungsherausforderung an die Betreuenden, wenn sie wirkliche Entwicklungshelfer sein wollen und nicht nur keine Vormünder bzw. bloß Erfüllungshelfen.

Es gibt heute immer noch Einschränkungen, die aber eigentlich der Konvention zuwiderlaufen: Bei Verträgen kann immer noch ein Einwilligungsvorbehalt formuliert werden. Es gibt Maßnahmen der Freiheitsentziehung (Einsperren, Anbinden usw.), die noch im BGB aufscheinen. Man sieht, wie sich eine Neuformulierung des Rechts auf der obersten Ebene erst noch in die Gesetzgebungen der verschiedenen Länder einleben und einformen muss.³

3. Das Menschenrecht, ein Rechtssubjekt zu sein, und die Realisierungsform durch das „Persönliche Budget“

Wie realisiert sich der Anspruch auf Rechtssubjektivität im Alltag? Hier wurde als wesentliches Instrument das persönliche Budget entwickelt. Ein Mensch mit Behinderung hat einen Rechtsanspruch, auf Antrag ein solches Budget

1 Vgl. <http://www.dimdi.de/static/de/klassi/icf/index.htm>

2 Jeremy Rifkin: „Die empathische Zivilisation“. Wege zu einem globalen Bewusstsein. Dtsch. Ausg. Frankfurt am Main 2010.

3 Vgl. Ina Krause-Trapp: „Gleiches Recht für alle?!“, in: Punkt und Kreis, Michaeli 2009, S. 8-11 und Ina Krause-Trapp: „Reformprojekt gerät ins Fahrwasser der Haushaltskonsolidierung“, in: Punkt und Kreis, Michaeli 2010, S. 30-33.

Auszüge aus dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen

Artikel 1 - Zweck

Zweck dieses Übereinkommens ist es, den vollen und gleichberechtigten Genuss aller Menschenrechte und Grundfreiheiten durch alle Menschen mit Behinderungen zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten und die Achtung der ihnen innewohnenden Würde zu fördern.

Zu den Menschen mit Behinderungen zählen Menschen, die langfristige körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, welche sie in Wechselwirkung mit verschiedenen Barrieren an der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft hindern können. [...]

Artikel 3 - Allgemeine Grundsätze

Die Grundsätze dieses Übereinkommens sind:

a) die Achtung der dem Menschen innewohnenden Würde, seiner individuellen Autonomie, einschließlich der Freiheit, eigene Entscheidungen zu treffen, sowie seiner Unabhängigkeit; b) die Nichtdiskriminierung; c) die volle und wirksame Teilhabe an der Gesellschaft und Einbeziehung in die Gesellschaft; d) die Achtung vor der Unterschiedlichkeit von Menschen mit Behinderungen und die Akzeptanz dieser Menschen als Teil der menschlichen Vielfalt und der Menschheit; e) die Chancengleichheit; f) die Zugänglichkeit; g) die Gleichberechtigung von Mann und Frau; h) die Achtung vor den sich entwickelnden Fähigkeiten von Kindern mit Behinderungen und die Achtung ihres Rechts auf Wahrung ihrer Identität.

Artikel 4 - Allgemeine Verpflichtungen

(1) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, die volle Verwirklichung aller Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle Menschen mit Behinderungen ohne jede Diskriminierung aufgrund von Behinderung zu gewährleisten und zu fördern. [...]

(2) Hinsichtlich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte verpflichtet sich jeder Vertragsstaat, unter Ausschöpfung seiner verfügbaren Mittel und erforderlichenfalls im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit Maßnahmen zu treffen, um nach und nach die volle Verwirklichung dieser Rechte zu erreichen, unbeschadet derjenigen Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen, die nach dem Völkerrecht sofort anwendbar sind.

(3) Bei der Ausarbeitung und Umsetzung von Rechtsvorschriften und politischen Konzepten zur Durchführung dieses Übereinkommens und bei anderen Entscheidungsprozessen in Fragen, die Menschen mit Behinderungen betreffen, führen die Vertragsstaaten mit den Menschen mit Behinderungen, einschließlich Kindern mit Behinderungen, über die sie vertretenden Organisationen enge Konsultationen und beziehen sie aktiv ein. [...]

(5) Die Bestimmungen dieses Übereinkommens gelten ohne Einschränkung oder Ausnahme für alle Teile eines Bundesstaats.

Artikel 5 - Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung

(1) Die Vertragsstaaten anerkennen, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind, vom Gesetz gleich zu behandeln sind und ohne Diskriminierung Anspruch auf gleichen Schutz durch das Gesetz und gleiche Vorteile durch das Gesetz haben.

(2) Die Vertragsstaaten verbieten jede Diskriminierung aufgrund von Behinderung und garantieren Menschen mit Behinderungen gleichen und wirksamen rechtlichen Schutz vor Diskriminierung, gleichviel aus welchen Gründen.

(3) Zur Förderung der Gleichberechtigung und zur Beseitigung von Diskriminierung unternehmen die Vertragsstaaten alle geeigneten Schritte, um die Bereitstellung angemessener Vorkehrungen zu gewährleisten.

(4) Besondere Maßnahmen, die zur Beschleunigung oder Herbeiführung der tatsächlichen Gleichberechtigung von Menschen mit Behinderungen erforderlich sind, gelten nicht als Diskriminierung im Sinne dieses Übereinkommens. [...]

Artikel 9 - Zugänglichkeit

(1) Um Menschen mit Behinderungen eine unabhängige Lebensführung und die volle Teilhabe in allen Lebensbereichen zu ermöglichen, treffen die Vertragsstaaten geeignete Maßnahmen mit dem Ziel, für Menschen mit Behinderungen den gleichberechtigten Zugang zur physischen Umwelt, zu Transportmitteln, Information und Kommunikation, einschließlich Informations- und Kommunikationstechnologien und -systemen, sowie zu anderen Einrichtungen und Diensten, die der Öffentlichkeit in städtischen und ländlichen Gebieten offenstehen oder für sie bereitgestellt werden, zu gewährleisten. [...]

Artikel 12 - Gleiche Anerkennung vor dem Recht

(1) Die Vertragsstaaten bekräftigen, dass Menschen mit Behinderungen das Recht haben, überall als Rechtssubjekt anerkannt zu werden.

(2) Die Vertragsstaaten anerkennen, dass Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen gleichberechtigt mit anderen Rechts- und Handlungsfähigkeit genießen.

(3) Die Vertragsstaaten treffen geeignete Maßnahmen, um Menschen mit Behinderungen Zugang zu der Unterstützung zu verschaffen, die sie bei der Ausübung ihrer Rechts- und Handlungsfähigkeit gegebenenfalls benötigen. (Fortsetzung S.23)

- in Form eines Geldbetrags oder von Sachleistungen zu bekommen. Bisher hatte man eine Objektfinanzierung: das Heim wurde finanziert. Jetzt hat der einzelne Mensch mit Hilfebedarf einen Rechtsanspruch auf die Geld- bzw. Sachleistung. Dadurch erhält er die Mittel, mit den Menschen Verbindungen einzugehen, mit denen er das möchte. Es gibt allerdings Bedingungen: So muss der Leistungsträger anerkannt sein, ein Qualitätsmanagement haben usw. Das ändert aber nichts an der Rechtssubjektivität des Budgetinhabers. Geregelt ist das im § 17 SGB 9 (SGB = Sozialgesetzbuch). Das Persönliche Budget ist keine eigenständige neue Leistung, es wird als eine neue Form der Leistungsausführung eingeführt. Dadurch ist es auch kein wirkliches Einkommen, sondern ist hergeleitet aus der Klassifikation der Hilfebedarfsgruppen. Bestimmte Hilfeleistungen sind bewertet und fließen in das persönliche Budget ein, andere nicht. Im Prinzip entscheidet der Budgetinhaber selbst, durch wen und wie sie eingebracht werden sollen. Er verwaltet sein Budget eigenverantwortlich alleine oder mit Assistenz, aber zugleich bleiben die Leistungen normiert und vorgegeben. Sie werden durch die Leistungsträger erbracht als sogenannte trägerübergreifende Komplexleistung - Krankenversicherung, Unfallversicherung, Pflegeversicherung und andere Einrichtungen spielen mit, die Krankenbehandlung, medizinische Rehabilitation, aber auch die Teilhabe am Arbeitsleben ermöglichen. Es wird ein breites Spektrum abgedeckt, allerdings ist die Voraussetzung, dass es sich um Leistungen des alltäglichen und wiederkehrenden und damit normierbaren Bedarfs handelt. Ganz individuelle nicht normierbare Bedürfnisse fallen durchs Raster. Die Höhe des Gesamtbudgets ist gedeckelt und soll die bisher erbrachten Leistungen nicht überschreiten. Der Kern ist die durch die ICF gegebene Klassifikation von Behinderung und Gesundheit. Das persönliche Budget weist also Elemente eines Grundeinkommens auf, allerdings ist eine vollkommene Bedingungslosigkeit nicht gegeben.

Ein Mensch mit besonderen Bedürfnissen hat nun mit dem Leistungsträger Zielvereinbarungen zu treffen. Leistungsträger sind die im SGB genannten Körperschaften, Anstalten und Behörden. Er soll also etwa zu einem Beamten gehen und Jahresvereinbarungen treffen: Was sind meine Bedarfe, was sind meine Ziele? Das ist schon für einen Menschen ohne besonderen Hilfebedarf nicht einfach. Und hier geht es um individuelle Förder- und Leistungsziele, Nachweise der Bedürftigkeit, nachgewiesene Qualitätssicherung und Kontrolle über die zweckmäßige Ausgabe der Mittel. In vielen Fällen ist das ohne Assistenz unmöglich. Und der Assistent muss ausgesprochen fit sein, um im Sinne seines Klienten tätig werden zu können. Der Behördenvertreter sieht sich vielleicht noch traditionell als Geldgeber, obwohl er ja das Geld nur weiterleitet. Wie sachgemäß agiert der Behördenvertreter, welches empathische Verhältnis entsteht da?

Nicht zu übersehen ist, dass das persönliche Budget als Geldbetrag im Sinne des Kaufens gemeint ist. Der Mensch mit Behinderung ist sozusagen Kunde, der Leistungen einkauft. Er begegnet dem Vertragspartner am „Point of Sale“. Damit schrumpft die Beziehung auf den punktuellen Austausch Ware gegen Geld, auf das Prinzip des Marktes. Der Mensch mit Behinderung kann Leistungen beauftragen, quasi als Arbeitgeber auftreten. Das ändert aber nichts an der Problematik der Grundfö-

gur des Verfügung über andere. Die Grundstruktur der Verwarenformung von Arbeit bleibt bestehen. Diese Entwicklung ist also durchaus ambivalent. Sie eröffnet Chancen, bringt aber auch die Gefahr mit sich, dass menschlich-beziehunghaft gestaltete Sozialräume, die bereits geschaffen wurden, verloren gehen. Dabei geht es gerade darum, die punktuelle Beziehung zu weiten, das punktuelle Interesse an erstellter Leistung und Geld zu erweitern in ein umfassendes Interesse am Anderen und seiner Lebenslage. Wie kann man so miteinander umgehen, dass Sozialräume miteinander gestaltet werden können, in denen dann der Geist der Konvention wirklich leben kann?

4 . Autonomie oder Teilautonomie? Zur Problematik der gesellschaftlichen Umsetzung

Problematisiert werden muss das Spannungsverhältnis zwischen der Konvention und der seit längerer Zeit sichtbaren Ökonomisierung sozialer Qualität, dem Marktfähigmachen sozialer und pädagogischer Leistungen, also von etwas, was bisher gesellschaftlich organisiert und als öffentliches Gut betrachtet wurde.

In den Kernforderungen der Konvention leben die drei Ideale der sozialen Dreigliederung⁴: das Ideal der Freiheit in der Autonomie, das der Gleichheit im gleichen Zugang, in der Barrierefreiheit, das Ideal der Brüderlichkeit in der Forderung vollständiger Inklusion. Der Verwirklichung dieser Ideale steht eine widerständige Kraft entgegen. New Public Management (NPM) nennt man die leistungsorientierte Neuordnung des Staatswesens, durch welche Leistungen markt- und wettbewerbsfähig gemacht werden sollen. Wenn man Markt will, braucht man Anbieter und Nachfrager. Das persönliche Budget ist insofern ein Steuerungsinstrument, um Leistungen marktfähig machen zu können.

1. Autonomie: Bedürfnisse sind Teil der Persönlichkeit, der Umgang mit ihnen Ausdruck des individuellen Freiheitsweges. Dass der Träger besonderer Bedürfnisse diese aber nicht individuell formulieren kann, sondern seine Bedürftigkeit katalogisiert, über ICF gesellschaftlich normiert und bestimmt wird, schränkt die Autonomie stark ein.

2. Barrierefreiheit: Unter der Voraussetzung des NPM zielt die Barrierefreiheit dann nur auf die Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt, wo Lohnarbeit geleistet werden soll, wobei Minderleistung im Unternehmen durch besondere Abgaben zu kompensieren ist. Aber kann in einer Zeit millionenfacher Erwerbsarbeitslosigkeit das Prinzip des herkömmlichen Erwerbslebens die Perspektive sein? Die soziale Relation des Anspruchs gründet hier in keiner Wirklichkeit.⁵

3. Inklusion: Die Bedürfnisbefriedigung muss durch Leistungen ermöglicht werden, das Geld steht als Mittler zwischen Bedürfnis und Leistung. Die Frage ist, welche Leistungen gesellschaftlich anerkannt sind, damit sie finanziell vergütet werden können? Es sind dies die

⁴ Vgl. Johannes Denger: „Welcher Geist lebt in der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen?“, in: Punkt und Kreis, Michaeli 2009, S. 4-6

⁵ Vgl. Manfred Trautwein: „Arbeit und Einkommen“, in: Punkt und Kreis, Michaeli 2009, S. 18f.

normierten, budgetfähigen Leistungen, die unter dem Druck der Rentabilität und des Benchmark stehen.

Durch das New Public Management werden diese Ideale in der praktischen Umsetzung der Konvention verdunkelt. Zwar gibt es an zentraler Stelle das Ideal der Selbstständigkeit, der Autonomie. Darüber aber schwebt der Bereich gesellschaftlicher Normierung der Bedürfnisse und Leistungen. Der Katalog der WHO legt fest, was Behinderung ist und wie sie bewertet wird, was budgetfähige Leistungen sind. Was als Norm gilt, das ist die strategische Ebene. Dort wird bestimmt, wohin die Reise geht. So gesehen ist die individuelle Autonomie eine durch die normgebende strategische Ebene gelenkte Autonomie, die auf der Durchführungsebene durch die Assistenz des Betreuers unterstützt wird. Diese braucht es, damit die vorgegebenen Ziele auch qualitätsgesichert erreicht werden können. Im schlechtesten Fall wird der Betreuer zum Wahlhelfer auf dem Behindertenmarkt, zum bloßen Umsetzungshelfer der strategischen Ebene. Das New Public Management kennt keine wirkliche Autonomie. Es zielt auf Teilautonomie bei der Umsetzung der Vorgaben durch die Institutionen der Gesellschaft. Nur im Wie der Umsetzung gelten Freiheitsgrade. Das gilt ganz allgemein für das Verhältnis von strategischer und operativer Ebene, speziell aber auch für die Rolle, die man Menschen mit Behinderungen im New Public Management zumisst. Das persönliche Budget ist so gedacht ein Steuerungsinstrument des NPM, das nur die Freiheit der Wahl zwischen vorgegebenen normierten Leistungen, nicht jedoch motivbildende Freiheit gibt.

Im Begriff der Teilhabe liegt auch, dass ich nur einen Teil habe und nicht das Ganze. Wie unterstützt man „Ganzwerdung“ im Sinne der Selbstbildung von Motiven? Kaufverträge sind zwar ein erster Punkt der Selbstständigkeit, aber die Frage ist, wie sich umfassendere Sozialräume öffnen können.

5. Lösungsansätze durch ein neues Vertragsverständnis

Bei der Antwort hilft ein erweitertes Vertragsverständnis. Wir brauchen Unterscheidungsvermögen für die Qualität von Vertragsbeziehungen. Was ist Kaufvertrag und wo ist er am Platz, wo geht es um „Zusammenarbeitsverträge“ und „Entwicklungsverträge“?

Beim Kaufvertrag ist der Inhalt fertig, der Geldbetrag steht fest. Der Vertrag ist erfüllt, wenn Ware und Geld ihre Besitzer gewechselt haben. Ich bin als Käufer an der Entstehung der Leistung nicht beteiligt, habe insofern nur „Wahlfreiheit“, kaum jedoch Gestaltungsmöglichkeiten. Ich begegne einem Endprodukt, dem ich als Betrachter gegenüberstehe und muss mich erst empathisch fragen, was dahinter steckt, um das abständige Verhältnis zu meinem Gegenüber zu überwinden und mich für seine Lebenslage, für das, was ihm die Leistung bedeutet, zu interessieren.

Ein zweiter Vertragstyp ist der Zusammenarbeitsvertrag. Bei der Zusammenarbeit gibt es eine gemeinsame Aufgabe, sie lebt davon, dass jeder Partner seine Kompetenz einbringt. Das Vertragliche besteht darin, dass man einen gemeinsamen Weg geht. Das Ziel ist ein Richtungsziel,

kein vorab definiertes und fertiges Produkt. Daher handelt es sich um einen halboffenen Vertrag: Die Richtung ist klar vereinbart, aber die Realisierung im einzelnen bleibt offen. Wir stehen uns hier nicht in Distanz gegenüber, sondern müssen uns wirklich aufeinander einlassen. Ohne Empathie entsteht kein gemeinsames Aufgabenverständnis und damit auch keine Zusammenarbeit. Hier sind wir nicht Kunden und Verkäufer, sondern Partner auf Augenhöhe. Daher kann auch nicht gelten: Wer zahlt, befiehlt. Wie werden Menschen mit besonderen Bedürfnissen zu Zusammenarbeitspartnern? Das braucht mehr als nur zu betreuen und zu behüten, das ist auch bei uns noch nicht wirklich erreicht.

Der Entwicklungsvertrag ist ergebnisoffen. Die Entwicklung des anderen Menschen kann ich nicht als vorgestelltes Resultat antizipieren, würde ich ihm doch damit meine Vorstellungen als Entwicklungsziel überstülpen. Die Zielvereinbarungen haben hier deshalb eine gesteigerte empathische Geste, man verpflichtet sich, einen gemeinsamen Weg zu gehen. Ein sozialtherapeutischer Kernprozess kann eben nicht eingekauft werden. Denn ich kann mich nicht stellvertretend für den anderen entwickeln. Ich kann ihn höchstens stützen, was eine ganz andere Geste ist. Da schaue ich auf die Potenziale, die Werdemöglichkeiten und nicht nur auf das, was geworden ist.

Wenn man die Hauptgesichtspunkte der Konvention auf das Vertragsthema bezieht, ergibt sich Folgendes:

1. Autonomie: Der Vertrag lässt die inhaltliche Bestimmung frei. Es gilt das „Ich will“. Hier geht es darum, wie mit Assistenz die Freiwilligkeit gesichert und ein Bewusstsein über Verpflichtungen und Selbstverpflichtungen gebildet werden kann. Nicht umsonst gilt ein Vertrag, bei dem erkennbar der Bindungswille fehlte, als nichtig.

2. Barrierefreiheit: Der Zugang zu einer Vertragsgemeinschaft ist nur als freiwilliger Beitritt möglich. Es gilt das „Ich trete bei“. Ich muss so viel von der Sache verstehen, dass ein freiwilliger Beitritt möglich ist. Der Vertrag ist zu verstehen als eine Mitarbeit an Entwicklungsprozessen: ich kann nicht schon vor Eintritt in die Vertragsgemeinschaft alles wissen, was sich später erst aus der gemeinsamen Entwicklung ergibt. Mitgliedschaft, Beteiligter-Werden-Können ist nur mit einem nicht durch Voraussetzungen behinderten freien Zugang zur Gemeinschaft möglich. Das englischsprachige Original der Barrierefreiheit zeigt das noch eindeutiger: access ist Zugangsmöglichkeit zu gesellschaftlicher Teilhabe. Vertragsverhältnisse sind mit Begegnungsformen zu durchziehen, die das gegenseitige Interesse fördern.

3. Inklusion: Ich bin als Leistender in eine Vertragsgemeinschaft einbezogen. Es gilt das „Ich trage bei“. Durch die verschiedenen Leistungs-Beiträge der Vertragspartner sind alle Beteiligten in die Gemeinschaft inkludiert. Verträge sind doppelte Selbstverpflichtungen, haben nichts mit Fremdverpflichtung zu tun. Jede Seite erbringt ihren Leistungsbeitrag zur Realisierung eines gemeinsamen Ziels. Der Vertrag ordnet die individuellen Willen auf dieses gemeinsame Ziel hin.

Wir stehen vor der Herausforderung, neue Sozialräume zu gestalten durch ein neues Vertragsverständnis aus Kräften der Empathie und des Interesses.

Auszüge aus dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen

Art. 13 - Zugang zur Justiz

(1) Die Vertragsstaaten gewährleisten Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen wirksamen Zugang zur Justiz, unter anderem durch verfahrensbezogene und altersgemäße Vorkehrungen, um ihre wirksame unmittelbare und mittelbare Teilnahme, einschließlich als Zeugen und Zeuginnen, an allen Gerichtsverfahren, auch in der Ermittlungsphase und in anderen Vorverfahrensphasen, zu erleichtern [...]

Artikel 18 - Freizügigkeit und Staatsangehörigkeit

(1) Die Vertragsstaaten anerkennen das gleiche Recht von Menschen mit Behinderungen auf Freizügigkeit, auf freie Wahl ihres Aufenthaltsorts und auf eine Staatsangehörigkeit [...]

Artikel 19 - Unabhängige Lebensführung und Einbeziehung in die Gemeinschaft

Die Vertragsstaaten dieses Übereinkommens anerkennen das gleiche Recht aller Menschen mit Behinderungen, mit gleichen Wahlmöglichkeiten wie andere Menschen in der Gemeinschaft zu leben, und treffen wirksame und geeignete Maßnahmen, um Menschen mit Behinderungen den vollen Genuss dieses Rechts und ihre volle Einbeziehung in die Gemeinschaft und Teilhabe an der Gemeinschaft zu erleichtern [...]

Artikel 24 - Bildung

(1) Die Vertragsstaaten anerkennen das Recht von Menschen mit Behinderungen auf Bildung. Um dieses Recht ohne Diskriminierung und auf der Grundlage der Chancengleichheit zu verwirklichen, gewährleisten die Vertragsstaaten ein integratives Bildungssystem auf allen Ebenen und lebenslanges Lernen [...]

Artikel 26 - Habilitation und Rehabilitation

(1) Die Vertragsstaaten treffen wirksame und geeignete Maßnahmen, einschließlich durch die Unterstützung durch andere Menschen mit Behinderungen, um Menschen mit Behinderungen in die Lage zu versetzen, ein Höchstmaß an Unabhängigkeit, umfassende körperliche, geistige, soziale und berufliche Fähigkeiten sowie die volle Einbeziehung in alle Aspekte des Lebens und die volle Teilhabe an allen Aspekten des Lebens zu erreichen und zu bewahren. Zu diesem Zweck organisieren, stärken und erweitern die Vertragsstaaten umfassende Habilitations- und Rehabilitationsdienste und -programme, insbesondere auf dem Gebiet der Gesundheit, der Beschäftigung, der Bildung und der Sozialdienste [...]

Artikel 27 - Arbeit und Beschäftigung

(1) Die Vertragsstaaten anerkennen das gleiche Recht von Menschen mit Behinderungen auf Arbeit; dies beinhaltet das Recht auf die Möglichkeit, den Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen, die in einem offenen, integrativen und für Menschen mit Behinderungen zugänglichen Arbeitsmarkt und Arbeitsumfeld frei gewählt oder angenommen wird. Die Vertragsstaaten sichern und fördern die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit, einschließlich für Menschen, die während der Beschäftigung eine Behinderung erwerben, durch geeignete Schritte [...]

Artikel 28 - Angemessener Lebensstandard und sozialer Schutz

(1) Die Vertragsstaaten anerkennen das Recht von Menschen mit Behinderungen auf einen angemessenen Lebensstandard für sich selbst und ihre Familien, einschließlich angemessener Ernährung, Bekleidung und Wohnung, sowie auf eine stetige Verbesserung der Lebensbedingungen und unternehmen geeignete Schritte zum Schutz und zur Förderung der Verwirklichung dieses Rechts ohne Diskriminierung aufgrund von Behinderung [...]

Artikel 29 - Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben

Die Vertragsstaaten garantieren Menschen mit Behinderungen die politischen Rechte sowie die Möglichkeit, diese gleichberechtigt mit anderen zu genießen [...]

Artikel 30 - Teilhabe am kulturellen Leben sowie an Erholung, Freizeit und Sport [...]

Artikel 33 - Innerstaatliche Durchführung und Überwachung

(1) Die Vertragsstaaten bestimmen nach Maßgabe ihrer staatlichen Organisation eine oder mehrere staatliche Anlaufstellen für Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Übereinkommens und prüfen sorgfältig die Schaffung oder Bestimmung eines staatlichen Koordinierungsmechanismus, der die Durchführung der entsprechenden Maßnahmen in verschiedenen Bereichen und auf verschiedenen Ebenen erleichtern soll. [...]

(3) Die Zivilgesellschaft, insbesondere Menschen mit Behinderungen und die sie vertretenden Organisationen, wird in den Überwachungsprozess einbezogen und nimmt in vollem Umfang daran teil.

(Der deutsche Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates ein entsprechendes Gesetz zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen beschlossen, das am 21. Dezember 2008 ausgefertigt wurde. Die Unterschrift der BRD unter die Konvention war am in New York am 30. März 2007 geleistet worden. Den Text des Gesetzes und der Konvention findet man unter <http://www.un.org/Depts/german/uebereinkommen/ar61106-dbgbl.pdf>

Dr. Michael Ross

(Berlin); * 1963, Studium der Soziologie, Volks- und Betriebswirtschaftslehre. Mehrjährige Unterrichtstätigkeit (Anthroposophie und soziale Dreigliederung) und Mitarbeit in der Selbstverwaltung in einer freien Hochschulinitiative. Seit 1996 als selbständiger Berater im Bereich betrieblicher Bildung und Unternehmenskultur tätig. Vortrags- und Seminaraktivität, diverse Publikationen. Seit 1998 als Begleiter und Auditor im Bereich Qualitätsentwicklung in sozialen und pädagogischen Institutionen tätig. Mitglied des Verfahrenskreises und Leiter der deutschen Zweigstelle der „Stiftung Wege zur Qualität“.

Vertragliche Handlungsmöglichkeiten für Menschen mit besonderen Bedürfnissen

Juristische Gesichtspunkte

Heidemarie Renk

Seitens der Sozialpolitik sind die Gestaltungsspielräume eng und im wesentlichen vorgegeben. Gleichwohl eröffnet sich dem Menschen mit Behinderung im Rahmen des persönlichen Budgets vielleicht die Möglichkeit, in stärkerem Maße als bisher selbst seine Lebensweise, insbesondere die Betreuung und Hilfe, derer er bedarf, zu gestalten. Die rechtliche Grundlage hierfür sind Verträge bürgerlichen Rechts.

Denkt man an Verträge, denkt man in erster Linie an einen zweiseitigen Vertrag. Dessen Gegenstand ist das Leistungsversprechen einer Person gegenüber einer anderen. Der Vertrag kommt dabei zustande durch übereinstimmende Willenserklärungen (Angebot und Annahme). Jedem Vertrag ist darüberhinaus eigen, dass er die Vertragspartner in ein Rechtsverhältnis bringt, das sie zu besonderem Schutz der Rechtsgüter des Vertragspartners verpflichtet, mit denen sie aufgrund des Vertrags in Berührung kommen. So muss der Maler nicht nur ordentlich streichen, sondern darf auch keine Schäden am Mobiliar des Auftraggebers anrichten.

I. Überblick über verschiedene Vertragsformen

Noch unterhalb der Ebene des rechtlich verbindlichen Vertrags liegt das Gefälligkeitsverhältnis, aus dem keinerlei Pflichten erwachsen. Ferner gibt es Verträge, die lediglich eine Leistung, aber keine Gegenleistung zum Inhalt haben, jedoch bereits Nebenpflichten beinhalten (z.B. Schenkung). Stärkere Pflichten begründet der Vertrag ohne Gegenleistung, aber mit Nebenleistungspflichten (z.B. Leihe).

Der ‚klassische‘ Vertrag ist der sog. synallagmatische Vertrag, bei dem Leistung und Gegenleistung in einem wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnis stehen (z.B. Kaufvertrag, Dienstvertrag, Werkvertrag). Dieser ist denkbar auch als Dauerschuldverhältnis (z.B. Miete).

Darüberhinaus gibt es den mehrseitigen Vertrag, bei dem sich mehrere Personen miteinander verbinden

(nicht zu verwechseln mit einem Kaufvertrag, bei dem auf Käufer- und/oder Verkäuferseite mehrere Personen stehen).

Ein mehrseitiger Vertrag zur Verfolgung eines gemeinsamen Zwecks ist der Zusammenschluss in einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR oder BGB-Gesellschaft). Bei einem solchen Zusammenschluss ist jeder Gesellschafter verpflichtet, seinen Beitrag - nicht notwendig für alle Gesellschafter gleiche Beiträge - zur Erreichung dieses Zwecks zu erbringen. Häufige Anwendungsbereiche: ärztliche Praxisgemeinschaft, Anwaltssozietät, ARGE Bau.

Die Gesellschaft bürgerlichen Rechts (§ 705 BGB) kommt zustande entweder durch einen ausdrücklichen, häufig schriftlichen Gesellschaftsvertrag. Sie kann allerdings auch konkludent, d.h. durch schlüssiges Handeln, geschlossen werden; entscheidend ist dann die erkennbar rechtsverbindlich gewollte gemeinsame Zweckverfolgung.

Die Geschäftsführung obliegt nach der gesetzlichen Grundregel allen Gesellschaftern gemeinsam; Abweichungen können in der Satzung vereinbart werden. Auf Dritte darf die Geschäftsführung nicht übertragen werden (was natürlich nicht ausschließt, dass man einen Dritten mit der Verwaltung beauftragt, soweit die Gesellschafter sich die die Geschäftsführung bestimmenden Entscheidungen vorbehalten).

Das Vermögen der Gesellschaft ist gemeinschaftliches Vermögen, das einer gesamthänderischen Bindung unterliegt. Beispiel: Ein Gesellschafter kann, wenn der Gesellschaftsvertrag dies vorsieht, seinen Gesellschafteranteil veräußern, aber er kann nicht allein über sein ihm anteilig zustehendes Gesellschaftsvermögen verfügen.

Nach klassischem Verständnis besaß die GbR keine eigene Rechtspersönlichkeit. Nach neuerer Entwicklung in der höchstrichterlichen Rechtsprechung wird sie mittlerweile allgemein als teilrechtsfähig angesehen. Das bedeutet, sie wird im Außenverhältnis als Rechtssubjekt behandelt. Sie kann z.B. als Eigentümerin in das Grundbuch eingetragen werden; sie kann vor Gericht klagen und verklagt werden. Die früher unmittelbar persönlich - und ohne Begrenzung - haftenden Gesellschafter haften heute akzessorisch, d.h. erst dann, wenn der Gläubiger eine Haftung aus dem Gesellschaftsvermögen nicht erlangen kann.

Insbesondere kann die GbR ihrerseits Verträge mit Dritten abschließen.

Eine weitere Form des Zusammenschlusses ist der Verein. Im Gegensatz zur GbR entsteht dabei eine gänzlich von den Vereinsmitgliedern selbst losgelöste juristische Person, wenn der Verein in das Vereinsregister eingetragen wird. Wird er dies nicht, gelten für ihn die Regeln der GbR.

II. Wirksamkeit eines Vertrags; Fähigkeit zum Vertragsschluss

Nach bürgerlichem Recht herrscht weitgehende Vertragsfreiheit; Grenzen werden allein durch gesetzliche

Verbote oder durch Sittenwidrigkeit gezogen. Selbst Verträge, die auf eine jedermann unmögliche Leistung gerichtet sind, sind nicht unwirksam; es entfällt bei diesen nur die Pflicht, sie zu erfüllen; ggf. aber erwächst aus solchen Versprechungen eine Schadensersatzpflicht.

Grundsätzlich ist es zentraler Bestandteil des bürgerlichen Rechts, dass sich jedermann durch Verträge verpflichten kann. Voraussetzung ist allerdings Geschäftsfähigkeit bzw. wirksame Vertretung beim Vertragsschluss.

Diese liegt bei einem Volljährigen vor, wenn er sich dauerhaft in einem die freie Willensbestimmung ausschließenden Zustand krankhafter Störung seiner Geistestätigkeit befindet (§ 104 Nr. 2 BGB). Eine nur eingeschränkte Geschäftsfähigkeit gibt es bei einem Erwachsenen nicht. Prüfungsmaßstab in Bezug auf diese Tatbestandsvoraussetzung ist die Frage, ob jemand in der Lage ist, seine Entscheidung von vernünftigen Erwägungen abhängig zu machen, also einsichtsfähig ist. Aus der Einschränkung, dass nach der Rechtsprechung bloße Willensschwäche oder leichte Beeinflussbarkeit ebensowenig genügen sollen wie das Unvermögen, die Tragweite der abgegebenen Erklärung zu erfassen, ist zu erkennen, dass die Abgrenzung im Einzelfall durchaus schwierig sein kann! Die Willenserklärung eines Geschäftsunfähigen ist grundsätzlich nichtig.

Ein Geschäftsunfähiger - Achtung: das darf nicht betrachtet werden wie eine persönliche Eigenschaft, sondern ist immer nach dem anstehenden Rechtsgeschäft zu der gegebenen Zeit zu prüfen - kann bei der Abgabe einer rechtsgeschäftlichen Erklärung vertreten werden,

- aufgrund einer Vollmacht (z.B. Vorsorgevollmacht, ausgestellt zu einem Zeitpunkt, zu dem die Entscheidungsfähigkeit noch bestand);

- aufgrund einer durch Vormundschaft errichteten Betreuung, wenn der Betreuer für den entsprechenden Rechtskreis bestellt ist.

Grundsätzlich ist die Betreuung auf die erforderlichen Rechtskreise zu beschränken, d.h. am konkreten Bedarf des Betreuten zu orientieren. Handlungsmaßstab für den Betreuer ist das Wohl des Betreuten, zu dem auch die Möglichkeit gehört, dass der Betreute im Rahmen seiner Fähigkeiten sein Leben nach seinen eigenen Wünschen und Vorstellungen gestaltet. Der Betreuer vertritt den Betreuten im jeweiligen Rechtskreis, für den die Betreuung angeordnet wurde, gerichtlich und außergerichtlich.

Die Geschäftsfähigkeit und die Errichtung einer Betreuung stehen in keinem Bedingungsverhältnis. D.h., es kann auch für einen Geschäftsfähigen eine Betreuung errichtet werden, sofern hierfür konkreter Bedarf besteht. Theoretisch können hieraus Konflikte erwachsen, weil zwei widersprüchliche Erklärungen abgegeben werden könnten, die beide zunächst einmal wirksam anzusehen wären. Da dies aber in unserem Zusammenhang keine Rolle spielen dürfte, soll diese Problematik hier nicht vertieft werden.

III. Möglichkeiten zum Vertragsschluss für Geschäftsunfähige bzw. Betreute

Ein Geschäftsunfähiger kann mithin vor dem Hintergrund der allgemeinen Vertragsfreiheit, vertreten durch seinen Bevollmächtigten oder seinen Betreuer, Verträge aller Art abschließen, insbesondere auch mehrseitige Verträge.

Grundsätzlich wäre damit dem Betreuten mithin der Abschluss eines Gesellschaftsvertrags möglich, etwa um seine Wohn- und Betreuungssituation selbst zu gestalten. Er würde dabei durch seinen gerichtlich bestellten Betreuer vertreten.

Allerdings sind bei der Vornahme von Rechtsgeschäften durch einen Betreuer gesetzliche Einschränkungen zu beachten: Der Betreuer darf bestimmte Geschäfte nur mit Genehmigung des Vormundschaftsgerichts abschließen.

Des weiteren könnte ein Betreuer Mitglied eines Vereins werden. Vertretung beim Erwerb der Mitgliedschaft ist zulässig. Grundsätzlich sind die Mitgliedsrechte selbst jedoch höchstpersönliche Rechte, bei denen eine rechtsgeschäftliche Vertretung grundsätzlich nicht möglich ist; die Vereinsatzung kann aber die Vertretung durch ein anderes Vereinsmitglied vorsehen. Gesetzliche Vertretung - wie sie durch den Betreuer wahrgenommen wird - ist demgegenüber auch insoweit zulässig.

Die Beschränkung bei der Ausübung der Rechtsgeschäfte durch einen Betreuer ist bei einem rechtsfähigen Verein ohne Bedeutung, da dieser die Rechtsgeschäfte in eigener Person vornimmt.

IV. Abschließende Überlegungen

Die rechtlichen Handlungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung sind also durchaus gegeben, auch wenn es in der Praxis gerade bei Menschen mit geistiger Behinderung bisher noch recht unüblich ist, sie in solch starkem Maß als Vertragspartner wahrzunehmen. Zu sehr ist insoweit noch das Denken vorherrschend, das den behinderten Menschen als Objekt der Fürsorge sieht, als Leistungsempfänger, nicht als (Vertrags-)Partner.

So sei zuletzt nochmals auf die UN-Konvention verwiesen, die in ihrem Art. 12 sagt, dass Menschen mit Behinderungen das Recht haben, überall als Rechtssubjekt anerkannt zu werden und gleichberechtigt mit anderen Rechts- und Handlungsfähigkeit zu genießen.

Heidmarie Renk

ist Vorsitzende Richterin am Landgericht Frankfurt/Main. Es handelt sich um die Zusammenfassung eines Vortrags, den sie am 26.10.2010 bei einem Seminar in der Lebensgemeinschaft Bingenheim gehalten hat. Kontakt: heidmarie.renk@web.de

Betrachtungen und Berichte

Das Eigenkapital der Banken

Michael Rist*

Die Finanzkrise wurde durch die meist von Banken getätigte Ausgabe nicht gedeckter Kredite ausgelöst. Sie hat sich in der Zwischenzeit als weltweite Wirtschaftskrise auf die stark verschuldeten Staaten verlagert.

Bereits in früheren Betrachtungen wurde darauf hingewiesen, dass man zwischen sogenanntem Realkredit und sogenanntem Personalkredit zu unterscheiden hat; beim Realkredit bürgt der Kreditnehmer selbst für seinen Kredit durch sein sonstiges Vermögen. Beim Personalkredit ist zunächst keine solche Bürgschaft oder Deckung vorhanden, so dass der Kreditgeber nicht durch das sonstige Vermögen des Kreditnehmers abgesichert ist. Der Kreditgeber muss also sicher sein, dass der Kreditnehmer ihm den Kredit zur vereinbarten Zeit zurückzahlt. Bleibt die Rückzahlung aus, so haftet der Kreditgeber selbst für den von ihm gegebenen Kredit. Er muss also ein Vermögen haben, das mindestens dem gegebenen Kredit entspricht, der nicht vom Kreditnehmer gedeckt ist.

Da die Banken - vor der Finanzkrise - vielfach Kredite vergaben, die durch den Kreditnehmer ungenügend oder nicht gedeckt waren, wird nun gefordert, dass die Banken mehr Eigenkapital halten müssen, um die von den Kreditnehmern nicht gedeckten Kredite selbst zu decken.

Zur Bestätigung dieser Auffassung berichtet nun Bruno Schletti (1) im Zürcher Tages Anzeiger, dass die Zürcher Kantonalbank (ZKB) an die isländischen Banken 80 Millionen Franken verloren hat, „weil die isländischen Kredite [...] die ZKB ungedeckt vergeben hat“. „Was als ‚vorausschauende Realpolitik‘ verkauft wurde, war in Tat und Wahrheit ein Millionenverlust im Geschäft mit isländischen Banken.“ Experten weisen darauf hin, dass die Höhe der Eigenmittel auch stark von der Größe der Banken und ihrer Geschäftspolitik abhängt.

Der Bankwesen-Professor Hans Geiger (2) empfiehlt dem Parlament, um Schlupflöcher in den neuen Eigenmittelbestimmungen für die Banken zu vermeiden, „die Anforderung an Eigenkapital an einfachen, robusten Messgrößen wie Bruttoertrag und Bilanzsumme aus-

zurichten“. Im Kern reiche eine simple kurze Vorschrift wie z. B.: „Das Eigenkapital beträgt mindestens 5% der Verbindlichkeiten oder 20% des jährlichen Bruttoertrags - je nachdem, was den größeren Wert ergibt.“ Der Bankenprofessor Manuel Ammann findet es sinnvoll, dass man für Großbanken beim Eigenkapital einen zusätzlichen Größenzuschlag vorsieht. Man spricht zur Zeit von 19%, was aber erst in einigen Jahren vorhanden sein muss. Der Zürcher Banken-Professor Urs Birchler kritisiert seinerseits: „Je besser eine Bank glaubhaft machen könne, dass sie so aufgestellt sei, um im Krisenfall in mehrere Einheiten aufteilbar zu sein, desto größer sei der Rabatt beim Eigenkapital.“

Entsprechend der Empfehlung von Prof. H. Geiger wäre eine kurze und robuste Anforderung an das Eigenkapital: Es dürfen keine Kredite ausgegeben werden, die nicht vom Kreditnehmer (Realkredite) oder vom Kreditgeber (Personalkredite) gedeckt sind. - Eine Bank, die keine ungedeckten Kredite vergibt, bräuchte dann keine Eigenmittelerhöhung. Die anderen Banken, die von den Kreditnehmern nicht gedeckte Kredite ausgeben wollen, müssten einfach angeben, wie hoch diese Kredite sein werden und müssten dann eine Deckung dieser Kredite durch Eigenkapital gewährleisten. Wird dann der Kredit nicht in der vereinbarten Frist zurückbezahlt, so wird das Eigenkapital des Kreditgebers entsprechend verkleinert. Bei fristgerechter Rückzahlung ergibt sich eine entsprechende Erhöhung des Eigenkapitals der Bank. Auf diese Weise könnte der Eigenmittelbedarf jeder Bank einfach festgelegt werden. Der Kreditgeber müsste nur jeweils angeben, wie hoch sein durch den Kreditnehmer nicht gedeckter Kreditbedarf sein wird. Dieses Verfahren würde auch durch die Aufsichtsbehörden einfach zu kontrollieren sein.

Literatur

- (1) Schletti, B. (2010): Die ZKB verliert in Island 80 Millionen Franken. Zürcher Tages Anzeiger vom 8. 10. 2010
- (2) Flutsch, A. (2010): Die Schlupflöcher in den neuen Kapitalvorschriften für Banken. Zürcher Tages Anzeiger vom 6. 10. 2010

* Johannes Kreyenbühl Akademie Zürich in Zusammenarbeit mit dem Förderverein Zürich für biologisch-dynamischen Landbau und assoziative Wirtschaftsordnung

Zitatauswahl zum Thema Staatsverschuldung

Unser Autor Helmut Creutz beglückwünscht uns zu der „ausgezeichneten und hochinteressanten Zusammenfassung der Ergebnisse“ des Seminars zum Thema Staatsverschuldung. Er vermisst allerdings eine stärkere Akzentuierung zweier Themen: Einmal des „Zusammenhangs von Staatsverschuldung und Überwachstum der Geldvermögen, aus dem wiederum der allgemeine Verschuldungszwang und vor allem auch der des Staates resultiert“ und zum anderen des Themas „Kreditaufnahmen und Schuldzinsen. Also der Tatbestand, dass die Kreditmittel, anstatt dem Staat und uns allen zu nutzen,

fast ausschließlich der Bereicherung der wohlhabenden Schichten gedient haben, während dem Staat unter dem Strich so gut wie nichts für Investitions- oder Personalkosten übrig blieb!“ Helmut Creutz verdeutlicht diese Anmerkung durch eine interessante Zitatauswahl. Wir möchten sie unseren LeserInnen nicht vorenthalten, da der genauere Blick auf die genannten Problemfelder eine wichtige Ergänzung für das Verständnis der Staatsverschuldung darstellt.

(1) „Wohlgemerkt: Staatliche Kreditaufnahme ist kein Selbstzweck. Aber wenn - wie heute in der Bundesrepublik - das Kapitalangebot aus privaten Ersparnissen steigt, gleichzeitig die Kapitalnachfrage [...] der Unternehmen wegen der schwachen Investitionsneigung gering bleibt, dann muss der Staat das am Markt entstehende Kapitalüberangebot aufnehmen, weil anderenfalls eine deflationäre Wirtschaftsentwicklung einsetzen würde.“ (Rüdiger Pohl, viele Jahre Mitglied des Sachverständigenrates in der Wochenzeitung „Die Zeit“, Ausgabe vom 11. Dezember 1987)

(2) „In einer langfristigen Betrachtung kann man also ganz klar sagen, dass sich diese ganze Veranstaltung nicht gelohnt hat. Denn hätten wir dauerhaft auf Kredite verzichtet, müssten wir heute keine Zinsausgaben leisten und hätten auch keine Zinsrisiken zu fürchten. Wir hätten aber für Investitionen genau so viel ausgegeben wie bisher.“ (Manfred Overhaus, Staatssekretär des Bundesfinanzministeriums auf einem Schulden-Symposium in Berlin, „DIE ZEIT“, Ausgabe vom 14. Juni 1999)

(3) „Für die Gesamtheit der elf EWU-Länder gilt, dass die Neuverschuldung gerade ausgereicht hat, die Zinslast aus der Verschuldung zu decken. Im Zeitraum 1970 bis 1998 war die Defizitquote mit 3,67 Prozent des BIP praktisch genau so hoch wie die Zinslastquote mit 3,63 Prozent.“ (Prof. Reimund Jochimsen, Direktor der Landeszentralbank von NRW im Frühjahr 1999)

(4) „Bei einer ständig steigenden Verschuldung muss auch bedacht werden, dass die Gläubiger des Staates in erster Linie oberen Einkommensschichten entstammen. So wird durch Zinszahlungen in jeder Periode Einkommen von der großen Gruppe der durchschnittlich wenig verdienenden Steuerzahler (Träger der Zinslast) zur kleinen Gruppe der im Durchschnitt hochverdienenden Zinsempfänger umverteilt, ein verteilungspolitisch fragwürdiges Ergebnis.“ (aus: Die Wirtschaft heute, Meyers Lexikonverlag Mannheim/Wien/Zürich, 1984).

Stimmen zum Weltklimagipfel in Cancún

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

Nach Ansicht des BUND ermöglichen die Beschlüsse des Weltklimagipfels von Cancún zwar die Fortsetzung der unter dem Dach der Vereinten Nationen begon-

nenen Bemühungen zum Klimaschutz. Sie lieferten jedoch noch keinen akzeptablen Beitrag zur Minderung der Treibhausgase. Zum wiederholten Mal hätten die zu einer UN-Klimakonferenz angereisten Staatschefs und Regierungsdelegationen kein ausreichendes Endergebnis zustande gebracht.

Die Tatsache, dass der Kyoto-Prozess nicht begraben wurde, und die Einrichtung eines globalen Klimaschutzfonds seien zwar kleine Schritte in die richtige Richtung. Die übrigen Vereinbarungen wie beispielsweise jene zu den konkreten CO₂-Minderungszielen und deren Verbindlichkeit seien jedoch extrem schwammig formuliert und enthielten zu viele Schlupflöcher. „Das Ergebnis von Cancún hält die Erderwärmung nicht unter zwei Grad. Daran ändern sämtliche Lippenbekenntnisse der Regierungen nichts. Die genaue Ausgestaltung eines Kyoto-Anschluss-Abkommens ist ebenfalls völlig offen. Leider haben Staaten wie die USA, Japan, Kanada, Australien und China weitere Fortschritte blockiert. Wirksamer Klimaschutz wurde erneut vertagt, diesmal ins Jahr 2011 nach Durban in Südafrika. Mit dem Warten auf die Bremsen muss endlich Schluss sein“, so der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger.

Auch die bisherigen freiwilligen Zusagen von Treibhausgas-Minderungen seitens der Industriestaaten seien nach wie vor unzureichend. Diese Staaten hätten noch immer nicht erkannt, dass große wirtschaftliche Chancen im Ausbau der erneuerbaren Energien und der Steigerung der Energieeffizienz liegen würden. Zum wiederholten Mal habe in Cancún das Denken der Öl- und Kohleindustrie die Richtlinien der Politik bestimmt. „Wenn die Lobbyinteressen der alten Industrien das Handeln oder Nichthandeln von Politikern bestimmen, wird die Welt den Klimawandel nicht bekämpfen können. Deutschland und Europa haben beim Ausbau der erneuerbaren Energien und bei der Steigerung der Energieeffizienz durchaus Erfolge vorzuweisen. Es ist höchste Zeit, dass die Europäische Union beim Klimaschutz endlich eine glaubwürdige und starke Führungsrolle übernimmt und schnellstens mindestens 30 Prozent CO₂-Minderung bis 2020 fest zusagt. Diese Rolle kann sie jedoch nicht spielen, wenn sie den Klimaschutz untergräbt, indem sie Schlupflöcher wie das Freikaufen von Klimaschutzverpflichtungen mit CO₂-Zertifikaten zulässt“, so Weiger weiter.

Quelle: <http://www.bund.net/bundnet/presse/pressemitteilungen>

Germanwatch

Die Organisation hat ein umfangreiches Hintergrundpapier vorgelegt („Cancún legt die Grundlage für eine Aufwärtsspirale im Internationalen Klimaschutz - Jetzt ist die EU am Zug. Ein Resümee des Klimagipfels in Mexiko 2010“). Das Papier kann unter <http://www.germanwatch.org/klima/c16k.pdf> im Netz heruntergeladen werden. Wir dokumentieren hier die Zusammenfassung: Der 16. Klimagipfel in Mexiko (29.11.-10.12.2010) hat mit den Cancún-Abkommen ein respektables Ergebnis erreicht. Die mexikanische Präsidentschaft unter Leitung der Außenministerin Patricia Espinosa hat sehr gute Arbeit geleistet und mit

Weitsicht und guter Kommunikation die überwältigende Mehrheit der Staatengemeinschaft in einen nach vorne weisenden Konsens geführt. - Dass es wegen des alleinigen Gegenvotums von Bolivien keine Einstimmigkeit gab, dürfte wegen der großzügigen Interpretation des „UN-Konsensus“ nicht zu Problemen führen. Inhaltlich weist der Protest Boliviens eher symbolisch auf die nach wie vor unzureichende Ambition im Klimaprozess hin. Man kann vielleicht sagen, dass mit Cancún die großen Schwellenländer ein Stück weit den Lead im globalen Verhandlungsprozess übernommen haben. Nach Mexiko tragen nämlich Südafrika (nächster Klimagipfel 2011) und Brasilien (Rio-plus-20-Gipfel 2012) zentrale Verantwortung als Gastgeber der nächsten wichtigen Gipfel.

Bereits in Kopenhagen zeichnete sich ab, dass der Ansatz des großen Wurfes in Form eines umfassenden Top-Down-Ansatzes im internationalen Klimaschutz auf absehbare Zeit gescheitert ist. Definitiv für die darauf folgenden Jahre wurde dies dadurch, dass sich die USA mit dem Scheitern ihres Klimagesetzes selbst ins Abseits der internationalen Klimapolitik gestellt haben. In Cancún wurde jetzt eine strategische Neuausrichtung der internationalen Klimapolitik gewagt. Diese besteht einerseits in der Kombination von Bottom-Up mit Top-Down-Ansätzen. (Man versucht weiter globale Ziele in einem rechtlich verbindlichen Abkommen zu vereinbaren und drängt darauf, dass die nationalen Ziele dementsprechend nachgebessert werden. Man ist aber schon zur Vereinbarung der nachgebesserten Ziele darauf angewiesen, dass national, regional und plurilateral konstruktive Dynamik von unten entsteht.) Und andererseits im schrittweisem Aufbau einer Aufwärtsspirale.

Das Comeback der internationalen Klimapolitik in Cancún kann als Grundlage dazu dienen, um international eine solche Aufwärtsspirale in Gang zu setzen. Ein solcher Erfolg war nicht nur notwendig, um neue Impulse für den Klimaschutz zu setzen. Sondern auch, um - nach dem Biodiversitätsgipfel von Nagoya im Oktober 2010 - ein zweites Mal die Handlungsfähigkeit der UN unter Beweis zu stellen. Der Erfolg von Cancún wird rückblickend allerdings maßgeblich davon abhängen, ob die intendierte Aufwärtsspirale tatsächlich in Gang gekommen ist. Alle Welt schaut dabei auf die - neben den USA - größten Klimamächte China und EU. Wird die EU im kommenden Jahr ohne Wenn und Aber ein 30%-Emissionsreduktionsziel bis 2020 (gegenüber 1990) beschließen? Wird Deutschland aufgrund der Cancún-Abkommen den Sperrvermerk im Sonderhaushalt für die internationale Klimafinanzierung auflösen? Wird China im kommenden Fünfjahresplan im März 2011 das bisher schon angekündigte Handlungspaket - zum Beispiel durch die Einführung eines Emissionshandelssystems - und die Ziele - etwa für Erneuerbare Energien - nachbessern? Wenn sich diese beiden Giganten bewegen, wäre dies das Signal, dass der Nachbesserungsprozess für die jetzt deutlich zu schwachen Ziele tatsächlich in Gang kommt. Jetzt steuern wir auf eine Temperaturerhöhung von 4 Grad Celsius zu. Mehr als 2 Grad - so die Cancún-Abkommen - sollten es aber nicht sein. Bis 2015 soll sogar geprüft werden, ob eine Verschärfung auf 1,5 Grad notwendig ist. Im kommenden Jahr soll

darüber hinaus festgelegt werden, wann der Scheitelpunkt für die globalen Emissionen erreicht werden soll und welches globale Reduktionsziel man sich für 2050 setzt.

Klimawandel kontrovers

Debatte in der Zeitschrift „Erziehungskunst“

Nach wie vor wird die Debatte um den menschengemachten Anteil des Klimawandels und die politischen Konsequenzen der Einschätzung dieser Frage teilweise erbittert geführt (vgl. hierzu den Beitrag über „Klima und Energie“ im Heft 4/2009 der Sozialimpulse).

Eine vertiefte Behandlung dieser Probleme durch Menschen, die sich jeweils auf den Ansatz der goetheanistischen Naturwissenschaft berufen, findet sich in der Print- bzw. der Online-Ausgabe der vom Bund der Freien Waldorfschulen herausgegebenen Zeitschrift „Erziehungskunst“. Dort hatte ein bekannter Klimaskeptiker aus der Szene, Michael Kalisch, unter dem Titel „Ideologie Klimaschutz“ (Heft 12/2009: 60-61) den Klimawandel als politisches Konstrukt und „die Klimadiskussion von politischen Zielsetzungen dirigiert“ gesehen. Susanna Kümmel und Albrecht Schad entgegneten im April 2010 unter dem Titel „Warum so ideologisch?“ ausführlich und fragten gleich eingangs: „Welche Politik könnte an der Proklamation des Klimawandels ein Interesse haben? War es nicht der von der Ölindustrie kommende George W. Bush, der eine Zensur über die Klimawissenschaftler verhängte, weil er doch gerade nichts vom Klimawandel wissen wollte?“

Die Kontroverse zog sich noch länger hin mit weiteren Repliken und Gegenrepliken, wobei sich auch Hans Ulrich Schmutz beteiligte. Der interessierte Leser findet alle Beiträge im Zusammenhang online unter <http://www.erziehungskunst.de/artikel/forum>

Zum Tode von Herrmann Scheer

Am 28. Oktober 2010 starb im Alter von 66 Jahren der SPD-Bundestagsabgeordnete Hermann Scheer. Sein Tod löste große Anteilnahme in der Zivilgesellschaft aus. Scheer war jemand, der immer im Einklang mit seinen Überzeugungen und Einsichten politisch agierte. Dadurch war er Querdenker auch in der eigenen Partei, etwa durch seine Kritik des Kosovo-Krieges und sein Engagement gegen Stuttgart 21. Wie kaum ein anderer hat er sich für eine Energiewende eingesetzt. Ein entsprechendes Gesetz, das weltweit als musterhaft gilt, hat er wesentlich geprägt. Als Präsident von EUROSOLAR und Vorsitzender des World Council for Renewable Energy (WCRE) kämpfte er für eine dezentrale Energieversorgung ohne Kohle und

Atom. Für seine Verdienste erhielt er den Alternativen Nobelpreis.

In einer Stellungnahme vom 10. November dankt EUROSOLAR für weltweite Anteilnahme. In dem Text heißt es: „Jeden Tag zeigt sich aufs Neue: Hermann Scheers Arbeit und Idee lebt fort. Bei der großen Kundgebung in Gorleben gedachten 35.000 Atomkraftgegner in einer Schweigeminute des ‚Propheten der solaren Revolution‘. Auch bei Veranstaltungen zu seinem letzten Buch ‚Der energet(h)ische Imperativ‘ erinnern die Menschen vielerorts daran, dass Hermann Scheer politisch praktikable Wege zur schnellen Energiewende eröffnet hat [...]

Die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke und der Protest gegen ein Endlager in Gorleben haben so viele Menschen mobilisiert wie seit Jahren nicht. In Hermann Scheers Sinne gilt es jetzt, das vorhandene bürgerschaftliche Engagement auszuweiten und für die einzige Alternative zur Atompolitik, für die Energiewende, zu mobilisieren.“ (http://www.eurosolar.de/de/index.php?option=com_content&task=view&id=1403&Itemid=254)

28.000 Unterschriften für „Schule in Freiheit“ in Berlin

Michael Wilhelmi

Dienstag, den 23.11.2010 wurden Walter Momper, dem Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses, 28.700 Unterschriften für ein freies Schulwesen von Schülern übergeben. Drei Forderungen hatte die Volksinitiative an die Bildungspolitik gerichtet:

1. Pädagogische Freiheit: Schulen sollen Inhalte und Qualitätsmaßstäbe ihrer Arbeit selbständig gestalten können.
2. Gleichberechtigte Finanzierung: Schulen in staatlicher und freier Trägerschaft sollen ohne Schulgeld zugänglich sein.
3. Selbständige Organisation: Alle Schulen, die es wollen, sollen die weitgehende organisatorische Selbständigkeit erhalten.

Diese Volksinitiative, ausgehend von Kurt Wilhelmi vom Omnibus für Direkte Demokratie, ist keine Gesetzesinitiative, sondern fordert (ab 20.000 gültigen Unterschriften) die Abgeordneten aller Parteien auf, im nächsten Jahr - vor der Landtagswahl! - Stellung zu beziehen zu einer der wichtigsten Entscheidungsfragen der Gegenwart. Die Antworten auf diese Herausforderung werden mit Spannung erwartet.

Die Dreigliederung arbeitet in den Tatsachen

Die Unruhe über die staatliche, d.h. parteiengelenkte Bildungspolitik nimmt seit den PISA-Tests von Jahr zu Jahr zu. Hier einige Stationen:

2004 übergab der Berliner Senat den größten Teil seiner Kindertagesstätten an freie Träger.

2007 forderten vier Berliner Wirtschaftsverbände mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband in einer Denkschrift „Bürgerschulen für alle“ den Senat auf, die Schulen an freie Träger zu übergeben, weil die staatliche Schulverwaltung nicht der optimale Schulträger sei. Die Gleichberechtigung im Schulwesen soll über Bildungsgutscheine erreicht werden. Das Motto der Schrift: Die Bildungsfrage ist die soziale Frage des 21. Jahrhunderts.

2010 ergab eine SPIEGEL-Umfrage, dass 43% der Eltern ihre Kinder auf eine freie Schule geben würden, wenn es denn genügend gäbe. Ihr Anteil stieg aber in den letzten Jahren nur von 7 auf 8%!

Die Berliner Volksinitiative schließt sich hier nahtlos an und wir könnten uns angesichts dieser Entwicklung fragen: Erleben wir heute immer noch eine „Ohnmacht des Geisteslebens“?

In einer RBB-Sendung „Die dritte Weltmacht“? zur Bedeutung der globalen Zivilgesellschaft zeigt Geseko v. Lüpke an vielen Beispielen den weltweiten Aufbruch der Zivilgesellschaft und spricht offen von der ‚Dreigliederung des sozialen Organismus des Universalgelehrten Rudolf Steiner‘.

Auch wir könnten uns fragen, ob angesichts der allgemeinen Verunsicherung und „Orientierungslosigkeit“ sich ein neues Zeitfenster für die soziale Dreigliederung auftut, das wir gerade im Jubiläumsjahr nutzen können.

Appell gegen die Kriminalisierung von WikiLeaks

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen, Artikel 19: „Jeder hat das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung; dieses Recht schließt die Freiheit ein, Meinungen ungehindert anzuhängen sowie über Medien jeder Art und ohne Rücksicht auf Grenzen Informationen und Gedankengut zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.“ Die taz, die Frankfurter Rundschau, der Freitag, der Tagesspiegel, Perlentaucher.de, die Berliner Zeitung, netzpolitik.org und European Center For Constitutional and Human Rights (ECCHR) haben den folgenden Appell gegen die Kriminalisierung von WikiLeaks veröffentlicht, der am 18. Dezember bereits knapp 11.000 Unterschriften trug. Der Text, den wir hier dokumentieren, kann online unterzeichnet werden unter <http://bewegung.taz.de/aktionen/4wikileaks/beschreibung>

1. Die Angriffe auf WikiLeaks sind unangebracht

Die Internet-Veröffentlichungsplattform WikiLeaks steht seit der Veröffentlichung der geheimen Botschaftsdepeschen der USA unter großem Druck. In den USA werden die WikiLeaks-Verantwortlichen als „Terroristen“ bezeichnet, es wird sogar ihr Tod gefordert.

Große internationale Unternehmen wie MasterCard, PayPal und Amazon beenden ihre Zusammenarbeit mit WikiLeaks - ohne dass eine Anklage gegen die Organisation vorliegt, geschweige denn eine Verurteilung. Gleichzeitig wird die technische Infrastruktur von WikiLeaks anonym über das Internet attackiert. Dies sind Angriffe auf ein journalistisches Medium als Reaktion auf seine Veröffentlichungen. Man kann diese Veröffentlichungen mit gutem Grund kritisieren, ebenso die mangelnde Transparenz, welche die Arbeit der Plattform kennzeichnet. Aber hier geht es um Grundsätzliches: die Zensur eines Mediums durch staatliche oder private Stellen.

Und dagegen wenden wir uns.

Wenn Internetunternehmen ihre Marktmacht nutzen, um ein Presseorgan zu behindern, käme das einem Sieg der ökonomischen Mittel über die Demokratie gleich. Diese Angriffe zeigen ein erschreckendes Verständnis von Demokratie, nach dem die Informationsfreiheit nur so lange gilt, wie sie niemandem weh tut.

2. Publikationsfreiheit gilt auch für WikiLeaks.

Die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verbriefte Publikationsfreiheit ist eine Grundlage der demokratischen Gesellschaften. Sie gilt nicht nur für klassische Medien wie Zeitungen oder Fernsehstationen. Das Internet ist eine neue Form der Informationsverbreitung. Es muss den gleichen Schutz genießen wie die klassischen Medien. Längst hätte es einen weltweiten Aufschrei gegeben, wenn die USA ein Spionage-Verfahren gegen die New York Times, einen finanziellen Kreuzzug gegen den Spiegel oder einen Angriff auf die Server des Guardian führen würden.

3. Recht auf Kontrolle des Staates

Die Kriminalisierung und Verfolgung von WikiLeaks geht über den Einzelfall hinaus. Die Veröffentlichung als vertraulich eingestuft Informationen in solchen Mengen soll verhindert werden. Denn die Menge an Dokumenten liefert der Öffentlichkeit einen weit tieferen Einblick in staatliches Handeln als bisherige Veröffentlichungen in klassischen Medien. Der Journalismus hat nicht nur das Recht, sondern die Aufgabe, den Staat zu kontrollieren und über die Mechanismen des Regierungshandelns aufzuklären. Er stellt Öffentlichkeit her.

Ohne Öffentlichkeit gibt es keine Demokratie. Der Staat ist kein Selbstzweck und muss eine Konfrontation mit den eigenen Geheimnissen aushalten. Wir, die Initiatoren und Unterzeichner, fordern, die Verfolgung von WikiLeaks, die dem Völkerrecht zuwiderläuft, zu stoppen. Wir fordern alle Staaten und auch alle Unternehmen auf, sich diesem Feldzug gegen die bürgerlichen Rechte zu widersetzen. Wir fordern alle Bürger, bekannt oder unbekannt, in politischen Positionen oder als Privatpersonen, auf, für die Einstellung der Kampagne gegen die Meinungs- und Informationsfreiheit aktiv zu werden. Wir laden alle ein, sich an dem Appell für die Medienfreiheit zu beteiligen.

Aktion ELIANT: 1 Million Unterschriften erreicht!

Weltweit haben über 1,1 Millionen Menschen dafür unterschrieben, dass rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, die Wahlfreiheit und Wahlmöglichkeiten auch für anthroposophische Dienstleistungen und Produkte sicherstellen. Aus den EU-Ländern stammen 1.001.671 Unterschriften (Stand: 13.12.2010). Damit gehört die Allianz ELIANT zu den ersten Initiativen überhaupt, die die nötige Million im Rahmen der Europäischen Bürgerinitiative (European Citizen Initiative, ECI) in Brüssel vorlegen kann.

ELIANT nutzt damit das neue Instrument für zivilgesellschaftliches Engagement in Europa, um sich für die Anliegen vieler Bürger in die politischen Prozesse der EU einbringen zu können.

Wir hoffen sehr, dass die Übergabe an die Kommission nun in den nächsten Wochen klappt. Sobald der Termin bekannt ist, werden wir Sie über die nächsten Schritte informieren. Bis zur definitiven Übergabe in Brüssel kann noch jeder Interessierte weiter mit unterschreiben und auch weitere Unterschriften sammeln. Denn je mehr Unterschriften wir haben, umso größer ist unser politisches Gewicht, um für die Anliegen der ELIANT-Charta eintreten zu können.

Für die Träger der Allianz ELIANT : Dr. rer. nat. Andreas Biesantz, Dr. jur. Jürgen Erdmenger, Nikolai Fuchs, Dr. med. Michaela Glöckler, Thomas Göing, Günther Schulz, Heike Sommer, Christof Wiechert. Allianz ELIANT, 194, Rue du Trône, B-1050 Brussels, E-Mail: info@eliant.eu, www.eliant.eu

Weiter gegen Stuttgart 21

Faktenschlichter fordern Bau- und Vergabestopp

Die Faktenschlichter des Aktionsbündnisses gegen Stuttgart 21 bewerteten die Faktenschlichtung bei einer Pressekonferenz am 9.12. als klaren Nachweis dafür, dass S21 alles andere als ein Zukunftsprojekt sei. Insbesondere der Stresstest und die geforderten Nachbesserungen würden sich bei realistischer Fakten- und Kostenschätzung als Bumerang erweisen, der das Projekt endgültig zu Fall bringe. Das Bündnis forderte daher von Landesregierung und Bahn einen sofortigen Bau- und Vergabestopp, bis der Nachweis der Leistungsfähigkeit des Projekts erbracht sei und kündigte an, dass der Widerstand gegen S21 nach einer Weihnachtspause ungebremst weitergehe. Am Samstag, dem 11.12., werde es am Hauptbahnhof noch vor Weihnachten eine weitere Großdemo geben. Die protestierenden Bürgerinnen und Bürger würden

dann nach der Weihnachtspause den Widerstand gegen S 21 gestärkt fortsetzen.

Heiner Geißler habe die gravierenden Mängel von Stuttgart 21 nach Ansicht der Faktenschlichter des Aktionsbündnisses klar erkannt. Die von ihm als notwendig benannten Auflagen wie Erhalt der Frischluftschneise, Baumfällverbot, Stresstest und Zubauten für S21 seien ein wenig überzeugender Versuch, das Projekt zu retten. Den Einschätzungen Geißlers, es sei zu spät, um das Projekt S 21 zu stoppen, folgten die Gegner nicht. Sie wiesen vielmehr darauf hin, dass der in der Öffentlichkeit vielfach erweckte Eindruck, die Befürworter des Kopfbahnhofkonzepts K21 hätten S21plus zugestimmt, nicht richtig sei, denn bloße Korrekturen am Projekt erhöhten dessen Akzeptanz nicht. Die Faktenschlichter gegen S21 haben lediglich mitgeteilt, dass die Empfehlungen Heiner Geißlers notwendig seien, da grundlegende Kritikpunkte wie die nicht nachgewiesene Leistungsfähigkeit von S21, die Gefährdung der Geologie und des Mineralwassers, Fragen der Sicherheit und des Rettungskonzeptes nicht gelöst seien.

Zentral für die Faktenschlichter des Aktionsbündnisses ist der Stresstest. Dessen Ergebnisse dürften von der Landesregierung nicht länger als unbedeutend angesehen werden und der Test dürfe nicht im stillen Kämmerlein ohne kritische Begleitung durchgeführt werden. Die neue Transparenz und Offenheit der Faktenschlichtung müsse beim Stresstest fortgeführt werden. Gefordert wurde deshalb die Einsetzung eines Lenkungskeises aus Experten von Projektträgern und Projektgegnern, die den Test von der Aufgabenstellung über die Durchführung bis hin zur Ergebnisbewertung gemeinsam vornehmen. Durch klare Kriterien vorweg könne es hinterher nicht zu einem Streit über die Aussagekraft der Ergebnisse kommen.

Den Stresstest ernst nehmen hieße nach Ansicht der Faktenschlichter des Aktionsbündnisses zudem die Anordnung eines sofortigen Bau- und Vergabestopps. Es sei ein Widerspruch gewesen, mit dem Test keine Aussetzung der Maßnahmen wie z.B. Vergaben des Tunnelbaus für den Bahnhof, Beginn des Baus des Technikgebäudes etc. zu verbinden. Die Bahn und das Land seien nun in der Verantwortung, diesen Widerspruch zu beheben und klar und deutlich zu erklären, keine Fakten zu schaffen, die einem Ergebnis des Stresstestes im Wege stünden.

Die Faktenschlichter des Aktionsbündnisses kommen zum Ergebnis, dass die erforderlichen Nachbesserungen insgesamt rund 600 Mio. Euro kosten werden. Hinzu kommen die von der Bahn herausgerechneten Kosten und die von den Wirtschaftsprüfern als „zu optimistisch“ gewerteten Einsparungen. S 21 werde folglich rund 5,5 Mrd. Euro teuer. Auch aus diesem Grund werde der Widerstand gegen das unsinnige Projekt nun weitergehen. Die Projektträger müssten erkennen, dass jede Bauphase von Protesten begleitet sein wird. Es sei illusionär zu glauben, die 15jährige Operation am offenen Herzen der Stadt könnte gegen den Willen der Bevölkerung durchgeführt werden.

Das detaillierte Resümee aus der Faktenschlichtung fiel seitens der S21-Gegner vielschichtig aus:

- *Bestgeplant?* Erst im Zuge der Schlichtung machten sich die Planer daran, ein Fahrplan- und Betriebskonzept für die Rushhour zu entwickeln. Ergebnis: Der geplante Tiefbahnhof kann allerhöchstens so viele Züge bewältigen wie der bestehende Kopfbahnhof - vor der Modernisierung. Bislang fehle der Nachweis, dass die in der Planfeststellung geforderte Leistungsfähigkeit überhaupt erreicht werde.

- *Alternativlos?* Mit bundesweiter medialer Aufmerksamkeit wurde bewiesen, dass Kopfbahnhof 21 (K21) als Alternativkonzept funktioniert. K21 ist stufenweise umsetzbar, kostet nur die Hälfte, eröffnet die städtebaulichen Chancen schon heute, vermeidet alle Risiken für Geologie, Mineralwasser und Park. K21 ist ökologischer und leistungsfähiger als S21.

- *Bestgerechnet?* Die Finanzierungsverträge sind rechtswidrig, da die Bahn schon 2008 vor der Vertragsunterzeichnung durch das Land falsche Zahlen angegeben hatte. Damit die politische Schallgrenze von 4,5 Mrd. Euro nicht durchbrochen wird, wurden die 2009 ermittelten Kosten von 4,9 Mrd. Euro auf gut 4 Mrd. schön gerechnet. Die Wirtschaftsprüfer haben beim Faktencheck bestätigt, dass nur mögliche Einsparchancen, aber keine Kostenrisiken beziffert wurden und Nachtragskosten nicht enthalten sind.

- *Schlüsselprojekt?* Das Bahnprojekt hat geringe Effekte für die Wirtschaft im Land und es wird kaum nennenswerter Verkehr auf die Schiene verlagern. Begrenzte finanzielle Ressourcen machen deren effektiven Einsatz aber schlichtweg notwendig.

- *Ökologisch?* Das Fällen der Bäume und die Beseitigung des Gleisfelds werden sich negativ auf das Stadtklima auswirken. Tausende neu gepflanzte junge Bäume sind auf 50 bis 80 Jahre hinaus kein Ersatz für die zweihundert Jahre alten Bäume des Schlossgartens.

- *Keine Risiken?* Das versammelte Expertenwissen der Schlichtung konnte eine Gefährdung des Stuttgarter Mineralwassers und das Aufquellen des Gipskeupers nicht völlig ausschließen.

- *Europäische Magistrale?* Bahn-Technikvorstand Kefer hat eingeräumt: Die viel beschworene Achse Paris - Bratislava ist für die Steigerung des Schienenverkehrs bundesweit und in Europa bedeutungslos. Stuttgart 21 ist regionales Verkehrsprojekt und letztlich ein Stuttgarter Städtebauprojekt.

Dr. Brigitte Dahlbender - Werner Wölfle, Bündnis 90/GRÜNE - Hannes Rockenbach, SÖS - Gangolf Stocker, Leben in Stuttgart - Peter Conradi, Architekt - Matthias Lieb, VCD

Quelle: <http://kopfbahnhof21.de>

Literatur- hinweise

Wegweiser Solidarische Ökonomie

Ein Reader von Elisabeth Voß, Netz für
Selbstverwaltung und Selbstorganisation

Inhaltsübersicht: Zu Verständnis und Begriff Solidarischer Ökonomie - // Weltbilder und Menschenbilder für eine andere Welt // Aspekte Solidarischen Wirtschaftens - Nutzen statt Gewinn - Arbeit - Eigentum und Demokratisierung der Wirtschaft - Lokal sozial und ökologisch Handeln // Zur Geschichte Solidarischer Ökonomien in Deutschland // Praxisbeispiele Solidarischer Ökonomien // Anders Arbeiten, anders Wohnen - Selbstverwaltete Betriebe und Kooperationen - Hausprojekte - Wagenburgen - Kommunen, Ökodörfer und andere selbstorganisierte Lebensgemeinschaften // Frauenbetriebe und -projekte // Was Menschen zum Leben brauchen - Widerstand gegen Privatisierungen - Energie - Wasser und Abwasser - Gesundheit, Leben und Sterben - Erziehung und Bildung // Gartenbau, Landwirtschaft und Ernährung // Genossenschaften // Wissenschaft - Medien - Soziokultur // Solidarisch Wirtschaften mit und ohne Geld - Solidarische Finanzierung - Tauschringe und Regionalwährungen - Umsonstökonomie und freie Kooperationen // Vernetzungszusammenhänge, Verbände und Unterstützungsstrukturen // Eine Welt - Die Unsichtbaren - Konsum: fair, ethisch und ökologisch - Solidarische Entwicklungszusammenarbeit - Blick über die Grenzen.

Über ihren methodischen Ansatz schreibt die Autorin: „In diesem Wegweiser habe ich die Bandbreite der benannten Ansätze bewusst sehr weit gehalten. Die LeserInnen mögen selbst beurteilen, ob im Einzelfall wirklich der Mensch im Mittelpunkt des Wirtschaftens steht, ob es sich vielleicht nur um egozentrischen Eskapismus handelt, oder ob sich unter einem sozial-ökologischen Mäntelchen letztlich doch nur profanes Gewinnstreben versteckt. Grundsätzlich möchte ich alle Versuche anderen Wirtschaftens ernst nehmen, die Motive der Akteure respektieren, ihre Praxis mit Interesse befragen und zunächst von ihrer Redlichkeit ausgehen. In der Vielfalt der Ansätze sehe ich einen großen Reichtum, darum erlebe ich es als störend und zutiefst unsolidarisch, wenn VertreterInnen einzelner Richtungen selbstgewiss behaupten, ihr Weg sei der einzig richtige und besser als andere.“

Elisabeth Voß arbeitet als Betriebswirtin, Publizistin, Projektentwicklerin und Beraterin und ist seit 20 Jahren Redaktionsmitglied und Autorin der Zeitschrift CON-TRASTE.

E. Voß, NETZ f. Selbstverwaltung u. Selbstorganisation: Wegweiser Solidarische Ökonomie, AG SPAK Verlag Neu-Ulm 2010, ISBN 978-3-930830-50-3, 92 S., EUR 9. Linkliste zum Buch: www.solioeko.de/voss

Bernhard Steiner:

Geld und Karma

Von der Krise zur
Neuordnung des Geldwesens

Mit diesem Buch liefert Bernhard Steiner einen wichtigen Beitrag zum tieferen Verständnis der Finanzkrise und zu den Handlungsrichtungen, die aus den gegenwärtigen Problemen herauszuführen vermögen.

Die Behandlung des Themas ist alles andere als akademisch. Man merkt dem Buch den Erfahrungshintergrund und die persönliche Betroffenheit an. Der Autor schreibt einleitend über seine Jugend in Argentinien, wo er in den 1970er Jahren die dortige Hyperinflation kennengelernt hat, während die aus der Schweiz stammende Familie gleichzeitig den Franken als Hartwährung zur Verfügung hatte. Ein anderes Erfahrungsfeld ergibt sich aus seiner langjährigen Tätigkeit in der bio-dyn-Szene, wo sich ihm die Frage aufdrängt, wieso die Preisentwicklung landwirtschaftlicher Produkte nicht mit der allgemeinen Preisentwicklung mithalten könne (S.13).

In seinem Vorwort hat Götz Werner in sehr konzentrierter Form den Wert des Buches herausgearbeitet: „Unsere Zeit, die von Krisen und Katastrophen des Geld- oder Finanzwesens geprägt ist, verlangt nach einer, auch dessen tiefere Hintergründe in den Blick nehmenden, Auseinandersetzung mit dem Thema Geld. Wir dürfen unser Interesse nicht nur auf die vordergründige Technik dieses Feldes oder auf mehr oder weniger moralisierenden Außenregelungen menschlichen Verhaltens (Bonibeschränkungen, einschränkende Strafbelastungen des Geld- oder Kapitalverkehrs) ausrichten, sondern müssen zunehmend auch die geistig-sozialen Hintergründe des Geschehens, das heißt uns selbst als Verursacher der oft erschreckenden Folgeerscheinungen in Rechnung stellen lernen. [...] Das in diesem Buche angesprochene Thema ‚Geld und Karma‘ trägt vieles zu dieser Fragestellung Gehöriges zusammen und beginnt, den Zusammenhang unseres verursachenden Verhaltens mit den als ‚Glück‘ oder ‚Unglück‘ erlebten Folgen aufzuhellen. Es macht deutlich, dass und wie wir uns - als Gesellschaft und als individuelle Menschen in ihr - im Geldwesen stets selbst begegnen. Damit wird letztlich aufgezeigt, an welcher Stelle dieses Geldwesen wirksam geändert - oder zu sich selbst geführt - werden kann. Es wird Bestandteil menschlich-gesellschaftlicher Selbsterkenntnis. Diese kann nie abgeschlossen sein; sie ist ein dauerhafter Prozess.“

Bernhard Steiner gelingt es, die spirituelle und menschlich-soziale Bedeutung der Phänomene zu dechiffrieren. Er sieht das Geld im Kontext mit der modernen Ökonomie - und diese mit der menschlichen Bewusstseinsentwicklung. Das Buch enthält zahlreiche anregende Überle-

gungen auch zu scheinbar nur geldtechnischen Fragen wie Geldschöpfung und Geldmengensteuerung.

Inhaltsübersicht: Die Schlange und der eiserne Stab // Wesen des Geldes - Geld und Ware (die drei Geldfunktionen, Tauschmittelfunktion, Geldmenge und Geldschöpfung, Geld als Wertspeicher, Geld und Arbeit, von der Selbstversorgung zur Fremdversorgung) // Geld und Karma - das Prinzip des Ausgleichs (Wesensverwandtschaft zwischen dem Ätherischen, der Zeit und dem Geld, Imagination, Inspiration und Intuition) // Die Dynamik des sozialen Schwellenübertritts (Verselbstständigung der Seelenkräfte und Verhältnis des Menschen zu seinen Seelenkräften, Trennung von Realwirtschaft und Geldwirtschaft, Wesen der Spekulation, „Abstraktwerden“ des Geldes und seine Folgen) // Die Rolle des Geldes in den globalen Spaltungsprozessen - eine symptomatologische Betrachtung (Ost-West-Konflikt, Nord-Süd-Konflikt, Einkommens- und Vermögensspreizung in der Globalisierung) // Elemente sozialer Heilung - Die Überwindung des Utilitarismus // Heilkräfte im menschlichen Organismus (Mercurius im Menschen, Ich als Mitte, Dreigliederung des sozialen Organismus und seine zweifache Mitte, Assoziation als Prozess sozialer Herzbildung, moderne Geldschöpfung als alchemistischer Prozess, Zinsfrage) // Von Mars zu Merkur („Marshälfte“ und „Mercurhälfte“ der Erdenentwicklung, Grundeinkommen, gerechter Preis und demokratischer Rechtsstaat, Die Bildung der Mitte zwischen Ost und West, IWF und Weltbank - veranlagte, aber nicht entwickelte Assoziationen, Veränderungsbedarf bei Steuersystem, Finanzierung und Geldschöpfung; bedingungsloses Grundeinkommen, soziales Hauptgesetz und Trennung von Einkommen und Arbeit) // Die Idee von Reinkarnation und Karma muss Lebenswirklichkeit werden, die neue „Golddeckung“ der Währung, die Verwandlung von Steinen in Brot.

Das Buch sei hiermit nachdrücklich empfohlen. Bernhard Steiner: Geld und Karma. Von der Krise zur Neuordnung des Geldwesens, Pforte-Verlag, Dornach 2010, 150 Seiten, Broschur, ISBN: 978-3-85636-198-3, EUR 12.

Ernst-Christian Demisch / Klaus Rohrbach (Hrsg.):

Aspekte der Globalisierung

Materialien und Beispiele für den
Geographieunterricht der 12. Klasse
an Waldorfschulen, Band 1

Ernst-Christian Demisch / Klaus Rohrbach: Vorwort // Ernst-Christian Demisch: „Wie verbinde ich mich mit der Welt?“ (Anmerkungen zur pädagogischen Situation der Oberstufe) // Gunter Keller: Was ist Globalisierung? In diesem Beitrag geht es darum, ein Verständnis dafür zu entwickeln, dass es sich bei der globalen Transformation um einen komplexen, widersprüchlichen und multidimensionalen Prozess handelt, der die Dimensionen Natur, Wirtschaft, Politik, Kultur und das Individuum umfasst. // Gunter Keller: Der Homo Oeconomicus und die Dreigliederung des sozialen Organismus im Zeitalter der Globalisierung: In diesem Kapitel wird das

Konzept der Sozialen Dreigliederung von Rudolf Steiner skizziert und gezeigt, dass es ein Instrument liefern kann, damit der Prozess der Globalisierung gegliedert, strukturiert und besser verstanden werden kann. // Klaus Weißinger: Die Rolle des Geldes in der globalisierten Welt. Die gegenwärtige Finanzkrise, welcher sich kaum ein Land entziehen kann, zeigt in frappierendem Maß, wie sehr die Weltwirtschaft vom Umgang mit dem Geld abhängig ist. Was Geld eigentlich ist, lässt sich nicht so leicht sagen. Welche Rolle spielt es im Lebensalltag, in der deutschen Wirtschaft, im globalen Wirtschaftsgeschehen? In diesem Beitrag wird das Thema „Geld aus wirtschaftsgeographischer und wirtschaftskundlicher Sicht dargestellt. Dabei wird das gegenwärtige Geldsystem auch kritisch hinterfragt und es werden einige Lösungsansätze umrissen. Erfahrungsgemäß haben Schüler der 12. Klasse ein reges Interesse daran, mit mehr Bewusstsein die Rolle des Geldes in der globalisierten Welt zu durchschauen. // Wolfgang Debus: Erdöl - Treibstoff der Globalisierung: Dieser Beitrag soll inhaltliche Einblicke aus einer vierwöchigen Geographieepoche der 12. Klasse bieten, in der eine einhalbwöchige Bearbeitung des Themas „Erdöl“ im Mittelpunkt steht. Am Beispiel des Erdöls werden weltwirtschaftliche Prinzipien und Verflechtungen, aktuelle politische Ereignisse, industrielle und gesellschaftliche Prozesse, plattentektonische Zusammenhänge in ihrer Komplexität und Bedeutung dargestellt. Dabei wird auf die Verwendungsgeschichte, die heutige globale Verwendung des Erdöls, die Entstehung von Standard Oil als erstes globales Monopol, den heutigen Weg des Öls von der Quelle bis zum Verbraucher und auf die aktuellen Hintergründe der Preisgestaltung, auf Reserveangaben und Mengenprognosen eingegangen. // Klaus Rohrbach: „Tödliche Hilfe“ oder „Eine Bank für die Armen“: Der Beitrag soll anhand von zwei Biographien Probleme und Möglichkeiten moderner Entwicklungshilfe darstellen. Bangladesch gilt als eines der ärmsten Länder der Welt. Brigitte Erler vom deutschen Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit initiierte voller Idealismus zahlreiche Projekte in diesem Land - und musste auf ihrer Dienstreise dorthin erfahren, dass alle komplett gescheitert waren. Erler zog die Konsequenz und kündigte! - Muhammad Yunus, ein Wirtschaftsprofessor, verstand die Not in seinem Land Bangladesch nicht und wurde wieder zum Studenten, der sich von den Armen belehren ließ. Dann gründete er die Grameen-Bank und erfand das Modell der Kleinkredite. Und hatte Erfolg! Sein Wirken wurde schließlich mit dem Friedensnobelpreis geehrt. // Astrid Lütje: Wirtschaftliche Öffnung und gesellschaftlicher Wandel in der VR China seit 1949. Der Beitrag behandelt in drei Kapiteln den Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft, die Frage der nationalen Identität der Chinesen und einen Ausblick auf die Aufgabe Chinas in der zu künftigen Welt. Er beinhaltet Hintergrundwissen und Unterrichtsmaterialien für die Wirtschafts- und Kulturgeographie-Epochen der 11. und 12. Klasse.

Der Reader wird von der Pädagogischen Forschungsstelle Kassel vertrieben. Umfang: 255 Seiten, Format: 24 x 17 cm, Broschiert, Erscheinung: 2010, ISBN: 978-3-940606-63-1, EUR 24. Weitere Themengebiete der Buchreihe Unterrichtsfächer GESTALTEN + ENTDECKEN findet man unter: www.lehrerseminar-forschung.de/www.waldorfbuch.de

Initiativen, Termine und Ankündigungen

„überLeben - überGrenzen“

6. Stuttgart Open Fair 2011

28. - 30. Januar 2011 in Stuttgart:

Schlossplatz - Forum 3 - Laboratorium

Johannes Lauterbach

Die Vernetzung von 60 verschiedenen zivilgesellschaftlichen Initiativen organisiert bereits zum sechsten Mal das Festival „Stuttgart Open Fair“ (SOFa) mit dem WeltSTATMarket in der Innenstadt und einem thematisch breiten Workshop-Programm. Letztes Jahr kamen mehr als 12.000 BesucherInnen auf den Stuttgarter Schlossplatz und ins Forum 3 und erlebten Einblicke in eine andere, gerechtere Welt - eine Welt, in der BürgerInnen mitbestimmen, Banken dem Allgemeinwohl dienen, alle Menschen am Wohlstand beteiligt und die natürlichen Lebensgrundlagen bewahrt werden.

Anlass ist das 10. Weltsozialforum, das im Februar in der westafrikanischen Stadt Dakar im Senegal stattfinden wird. 100.000 Menschen aus aller Welt versammeln sich dort, um zu zeigen: „Eine andere Welt ist möglich!“ Ein Teilschwerpunkt des SOFa-Festivals mit dem Titel „überLeben - überGrenzen“ ist daher Afrika. Sowohl die von westlichen Konzernen betriebene Strategie der Ausbeutung von Ressourcen als auch die Ausgrenzung von Migrantinnen und Migranten in Deutschland werden unter die Lupe genommen. Aber auch die Ausgrenzung der BürgerInnen und die Lebendigkeit sozialer Bewegungen in Stuttgart werden in den Blick genommen.

Wie jedes Jahr sollen sich an den Diskussionen und Aktionen möglichst viele Betroffene aktiv beteiligen können: Als Vertreterin einer sozialen Bewegung aus Nairobi (Kenia) ist die Aktivistin Wangui Mbatia eingeladen. Sie wird vom Aufbau des „People's Parliament“ berichten, das bereits einige Kampagnen - beispielsweise gegen die Erhöhung der Maismehlpriese - angestoßen hat. In Kenia gibt es mehrere solcher Parlamente von unten mit insgesamt etwa 7.000 bis 10.000 Beteiligten, die sich erfolgreich und unabhängig von den herrschenden Strukturen organisiert haben. Wangui Mbatia wird ihre Erfahrungen in die Stuttgarter Diskussionen um ein „Recht auf Stadt“ einbringen, die im Zusammenhang

mit dem umstrittenen Großprojekt Stuttgart 21 geführt werden.

Als weitere Referenten am SOFa-Festival ist der Professor für Entwicklungspolitik, Theo Rauch, eingeladen sowie der kanadische Träger des alternativen Nobelpreises, Pat Mooney, der sich kritisch mit den Folgen der Nanotechnologie auseinandersetzt. Außerdem kommt der Brasilianer Chico Whitaker nach Stuttgart. Er ist Mitbegründer des Weltsozialforums und vertritt wie kaum ein zweiter dessen Grundsätze des offenen Raums („open space“), der Platz für persönlichen Austausch lässt und jeden Menschen einlädt, an der gemeinsamen Entwicklung aktiv teilzuhaben.

Freitag, 28. Januar, 19 Uhr, Forum 3: Eröffnung mit Chico Whitaker, Wangui Mbatia, Pat Mooney und Stuttgarter AktivistInnen. Musik: Benkadi. Buffet.

Samstag, 29. Januar, 10 - 18 Uhr, Schlossplatz: WeltSTATMarket. Mit über 40 Infoständen, Jugendtheaterprojekt, Installationen, Straßenaktionen, veganen, bio-regio-fairen und afrikanischen Spezialitäten. Buntes Bühnenprogramm ab 12.30 im beheizten Festzelt: mit unseren internationalen Gästen, Stuttgarter Akteuren. Musik: Banda Maracatú, Benkadi, AFREAX, Jugend Klezmer Band, Volxtanz, u.v.m.

Samstag, 29. Januar, 11 - 19.30 Uhr, Forum 3: Workshops - Vorträge - Filme - Diskussionen, 26 Veranstaltungen zu den Themen: Anders besser leben - Entwicklungspolitik überdenken - Teilhabe leben: Wirtschaft und Geld im Dienst des Lebens - lebendige Demokratie - Leben in der Stadt - Grenzen setzen: Umwelt - Ressourcen - Menschenrechte.

Samstag, 29. Januar, 20 Uhr, Forum 3: World Café und Presseclub, Jazz von Multiple Joys, Imbiss.

Sonntag, 30. Januar, 11 - 14 Uhr, Laboratorium: Musikalisch-politischer Brunch. Rückblicke - Ausblicke - Gespräche. Jazz for two. Buffet.

Freitag 28. Januar, 20.30 Uhr, Laboratorium: Konzert mit Weltmusik von Kaira Tiló. Eintritt frei, Kostenbeitrag für Buffets.

Aktuelle Auskunft und Kontakt: SOFa-Sekretariat, Colibri e. V., Carol Bergin/Johannes Lauterbach, Nauklerstraße 13, 72074 Tübingen, Tel. 07071 - 255608, JohannesLauterbach@gmx.net, www.stuttgart-open-fair.de

Vier Treffen zum Thema: Dreigliederungsimpuls heute

Aufbauend auf eigener Erfahrung soll hier der Versuch unternommen werden, sozialen Gesetzmäßigkeiten und Phänomenen auf die Spur zu kommen. Ort: Die Christengemeinschaft Gemeinde Wangen, Rittelmeyerweg 1, 88239 Wangen.

Lebendiges Christentum heute

Sonntag den 16.1.2011, 11.15 Uhr. Der Zeitgeist. Das soziologische Grundgesetz.

Sonntag 13.2. 2011, 11.15 Uhr. Das Gespräch. Das soziale Urphänomen.

Sonntag 13. März, 11.15 Uhr. Sorge um den Alltag. Das soziale Hauptgesetz.

Sonntag 10. April 11.15 Uhr. Gestaltung von Gesellschaft und Gemeinschaft. Die Dreigliederung des sozialen Organismus.

Einführung Ingrid Feustel, Tel. 07522 - 20363, E-Mail: Ingrid_Feustel@web.de

Zwei Seminare

Auf der Suche nach dem Grenzland zwischen Natur- und Geisteswissenschaft, 14.-16.1.2011

Friedemann Uhl

Für die meisten Wissenschaftler ist heute die Grenze zwischen Natur und Geist nur noch von historischer Bedeutung. Da für sie alles naturwissenschaftlich erklärbar und in der Evolution im Kampf ums Dasein durch Zufall entstanden ist, werden auch die Moral-, Wert- und Rechtsvorstellungen nur als „Mechanismen“ des sozialen Lebens interpretiert. Eine produktive Sozialwissenschaft, die beansprucht, im Grenzland zwischen Natur und Geist wirklichkeitsgemäße Aussagen zu machen, muss ihre methodischen Grundlagen reflektieren und darstellen können. Ziel des Seminars ist, die Tragweite eines Vergleichs zwischen Natur- und Sozialorganismus zu verstehen. Dazu muss jeder Organismus für sich begriffen werden: Für die Naturkunde werden wir uns in der naturkundlichen Sammlung des Lorenz Oken Instituts den biologischen Organismusbegriff veranschaulichen. Im Übertrag von der Natur werden wir dann den „sozialen Organismus“ nach Rudolf Steiner erarbeiten und sehen, inwiefern ein solcher Vergleich sinnvoll und möglich ist und welche Perspektiven sich daraus ergeben. Voraussetzungen: Keine.

Expeditionen in die Wirklichkeit, 11.-13.2.2011

In den bisherigen Seminaren haben wir viele soziale Gesetzmäßigkeiten kennen gelernt, darunter organische, essentielle, funktionelle und seelische Dreigliederungen, die für ein realistisches Verständnis der sozialen Frage benötigt werden. Im kommenden Semester sollen unter dem Thema: „Menschenbild und Gesellschaftsordnung“ weitere Erkenntnisgrundlagen und besonders die sozialwissenschaftliche Methode erarbeitet werden. Diese wollen wir an Hand einer „Typologie der Ideologien“ entlang ihres historischen Stammbaumes entwickeln. Die Betrachtung werden wir dann am Beispiel der Vereinfachungen der Grundgedanken der Dreigliederung, wie sie sich in ihrer 90jährigen Geschichte in Theorie und Praxis immer wieder darstellt, vertiefen. Ziel des Seminars ist es, die Fähigkeit zu einem immanent-kritischen

Denken zu schulen. Das beinhaltet die unterschiedlichen Standpunkte so zu verstehen wie den eigenen, aus ihnen argumentieren zu lernen und sie ganz aus sich selbst heraus kritisch bewerten zu können. Die immanent-kritische Methode der geisteswissenschaftlichen Soziologie bildet dann die entscheidende Fähigkeit, um soziale Wirklichkeit vorurteilsfrei wahrzunehmen und ihre Entwicklung dementsprechend produktiv gestalten zu können. Voraussetzungen: Empfohlen ist einer der vorhergehenden Kurse.

Ort der Veranstaltungen: Jugendgästehaus Sternwarte, Todtmoos-Schwarzenbach / Sammlung Biologische Station, Herrschried. Kosten: EUR 65 (Kost und Logis). EUR 150 für Vollverdiener (Sonderabsprachen können getroffen werden). Kontakt: Friedemann Uhl, friedemann.uhl@gmx.de, Tel. 0179 - 206 2744

Die dritte Weltmacht?

Zur Bedeutung der globalen Zivilgesellschaft

Der Radio- und Fernsehmacher

Geseko von Lüpke im Sozialwissenschaftlichen Forum Berlin, 29.1.2011

Johannes Mosmann

Vor wenigen Jahren war der Begriff „Zivilgesellschaft“ noch eine Vokabel im Fachchinesisch der Soziologen. Dies ist seit den Demonstrationen vor dem Ausbruch des zweiten Golf-Krieges anders: Da benannte die „New York Times“ die weltweiten Zivilbewegungen erstmals als eine „Dritte Weltmacht“ - stark genug, um globale Veränderungen zu bewirken. Mittlerweile gilt die internationale Zivilbewegung als stärkste und größte soziale Bewegung in der Menschheitsgeschichte, die weiterhin in exponentieller Weise wächst und mittlerweile viele Millionen Organisationen weltweit umfasst. Sie ist geeignet, unsere bisherigen politischen Konzepte umzuschreiben und eröffnet neue Perspektiven für eine nachhaltige Zukunft. Ihre Modellprojekte rund um den Globus zeigen längst auf, dass eine „andere Welt möglich“ ist.

Der Vortrag skizziert die Geschichte und die Grundgedanken der globalen zivilgesellschaftlichen Bewegung und stellt am Beispiel der PreisträgerInnen des Alternativen Nobelpreises, der 2010 sein 30. Jubiläum feierte, ihre wichtigsten Vertreter vor. Dabei soll der wiederentdeckte anthroposophische Ansatz der „Dreigliederung“ als Ansatz für eine zukunftsfähige Welt besondere Aufmerksamkeit bekommen. Im Anschluss an den Vortrag kann jeder, der möchte, seine eigene Initiative vorstellen, damit neue Kontakte für neue Projekte entstehen können.

Zeit: 29.1.2011, 16 - 20 Uhr. Ort: FORUM Berufsbildung, Charlottenstraße 2, 10969 Berlin. Eintritt frei, Spenden erbeten. Kontakt: Johannes Mosmann, Telefon 030 - 2630 5202, institut@dreigliederung.de, www.dreigliederung.de. Veranstalter: Sozialwissenschaftliches Forum Berlin.

„Wir haben es satt“

Demonstration für eine gerechtere Agrarpolitik

Während der „Internationalen Grünen Woche“ in Berlin treffen sich am 22.01.2011 auf Einladung der Bundesregierung Landwirtschaftsminister aus aller Welt und internationale Agrarkonzerne. Parallel dazu ruft ein breites Bündnis von Verbänden, Bäuerinnen und Bauern, Stiftungen etc., darunter auch die Zukunftsstiftung Landwirtschaft, zu einer Demonstration auf, um sich für eine gerechtere Agrarpolitik einzusetzen. Unter dem Motto „Wir haben es satt“ werden unter anderem der Ausstieg aus der Agro-Gentechnik und ein Ende der Förderung von Tierfabriken und Dumping-Exporten gefordert. Die Demo beginnt um 12 Uhr am Berliner Hauptbahnhof/Washingtonplatz und endet mit einer Abschlusskundgebung und Rock for Nature am Brandenburger Tor. Nähere Informationen erhalten Sie unter www.wir-haben-es-satt.de oder Tel. 030 - 2160 8621.

Quelle: Infobrief Saatgutfonds. GLS Treuhand Zukunftsstiftung Landwirtschaft, Christstr. 9, 44789 Bochum, Telefon: 0234 - 5797-172, Fax: -188, www.saatgutfonds.de, www.zs-l.de, Ansprechpartner: Oliver Willing, E-Mail: willing@zs-l.de. Spenden für den Saatgutfonds / Zukunftsstiftung Landwirtschaft sind erbeten auf das Konto 30 005412 bei der GLS-Gemeinschaftsbank, BLZ 430 609 67, Stichwort Spende SGF.

Die Demokratische Bank

Chance für ein neues Verständnis von / und neuen Umgang mit / Geld?

**Studien - & Forschungstage Soziale Skulptur, Humboldt-Haus in D-88147 Achberg
6. - 9. Januar 2011**

Christian Felber / Rainer Rappmann

Mit Christian Felber, Prof. Dr. Margrit Kennedy, Prof. Bernd Senf, Johannes Stüttgen, Dr. Eva-Maria Hubert, Prof. Dr. Roland Geitmann.

Die Demokratische Bank ist ein Projekt, das von Christian Felber im Rahmen von Attac Österreich in die Wege geleitet wurde. Sie soll 2012 ihren Betrieb aufnehmen. In der am Gemeinwohl orientierten Bank soll weder spekuliert noch mit Wertpapieren gehandelt noch sollen Fonds vertrieben werden können. Sie wandelt die Einlagen der Sparer in möglichst günstige Kredite für die Wirtschaft um und orientiert sich bei den Zinsen am ökologischen und sozialen Mehrwert. Die Bank soll nach dem Vorbild der guten alten Genossenschaftsbank organisiert sein, im Besitz der Genossen sein, d.h. tendenziell der Allgemeinheit. Langfristig ist in jeder der rund 2.300 österreichischen Gemeinden eine Zweigstelle geplant. Alle Sparer, Kreditnehmer, und Gesellschafter lenken die Geschicke der Bank auf möglichst (direkt-)demokratischem Weg. Die Studien- und Forschungstage zur Demokratischen Bank werden aus verschiedenen, alternativen Gesichtspunkten heraus untersuchen, was sie der DB noch mit auf den Weg

geben wollen und können. Etwa ist die Frage ganz grundsätzlich zu stellen, ob Geld überhaupt zu einem dienenden und nicht mehr „verdienenden“ Medium gemacht werden kann.

Darüber hinaus wird auch die Funktion des Zinses und seine mögliche Umwidmung in eine Kreditgebühr, die weder der Bank Gewinne noch dem Sparer ein Einkommen verschafft, erörtert. Am Rande einer DB liegen auch Fragen nach der Geldschöpfung, dabei nach der Rolle des Staates (bzw. des Gemeinwesens) und der Zentralbank. Wie kann auf diesen Ebenen Mitbestimmung gewährleistet und geregelt sein? - Abrundend: Was passiert mit den Finanzmärkten, wenn es eine DB gibt? Und schließlich: Wie können Banken in ein Instrument für nachhaltige Entwicklungen umgestaltet werden? Alle Teilveranstaltungen sind öffentlich. Sie können mit einem Beitrag von EUR 20 bzw. EUR 12 (ermäßigt) besucht werden. Tagesplan: morgens 9.30 - 13 h, nachmittags 15 - 18.30 h, abends 20 - 22.30 h mit je einer Pause von ca. ½ h, Donnerstagabend: Christian Felber, Freitagvormittag: Dr. Hubert, Freitagnachmittag und Freitagabend: Johannes Stüttgen, Samstagvormittag: Prof. Geitmann, Samstagnachmittag: Prof. Kennedy, Samstagabend: Prof. Senf, Sonntagvormittag: Abschlussplenum / Resumée.

Anmeldung / Veranstalter: Verein Soziale Skulptur, c/o Rainer Rappmann, Hüttenweiler 8, D-88239 Wangen/Allgäu Tel: 07528 - 7734 / fax 6028 Internet: www.fiu-verlag.com (u.a. Versandbuchhandel für alle Publikationen). Der Studienbeitrag beträgt EUR 140, Ermäßigung bis EUR 90 nach Rücksprache. Er ist vorab auf das Konto des Veranstalters Nr. 22 66 008 bei der Voba Allgäu/West (BLZ 650 920 10) zu überweisen. Beginn: 6. 1. 2011, 18.30 h. Ende: 9. 1. 2011, 14.00 h. Info zu Übernachtung & Verpflegung via internet: www.humboldthaus.de oder via Tel. 083 80 - 335. Tagungsort: Humboldt-Haus, Panoramastr. 30, D-88147 Achberg bei Lindau/B.

Von Brennpunkten zu Leuchtpunkten

Landwirtschaftliche Tagung

**2. bis 5. Februar 2011 am
Goetheanum, Dornach/Schweiz**

Zukunftswerkstatt Landwirtschaft. Unter Mitwirkung von: Vandana Shiva - Indien, Claus Otto Scharmer - USA, Nicanor Perlas - Philippinen, Elmar Lampson - Deutschland, Masha Dimitri - Schweiz

Die traditionelle, alte Landwirtschaft, die über Jahrtausende den Mutterboden aller gesellschaftlichen Entwicklung abgegeben hat, ist am Ersterben. In dem Moment, wo wir als selbstbewusste, moderne Menschen aus freiem Entschluss existenziell in die Arbeit mit der Erde als biologisch-dynamische Bauern und Bäuerinnen einsteigen, entsteht ein Brennpunkt. Wir wollen mit dem biologisch-dynamischen Impuls die Zukunft auf die Erde bringen. Die Brennpunkte, die wir, die unsere

Höfe und unsere Bewegung sind, tragen in sich das Potenzial, auch Leuchtpunkte zu sein. Leuchtpunkte, wo die von uns gestaltete Zukunft ganz gegenwärtig ist. Wie schaffen wir es, aus dem Brennen ein Leuchten zu machen? Die gemeinsame Arbeit, wo jeder ganz Mit-Träger ist, wollen wir in „Zukunftslaboren“ in dialogischer Form angehen. Die neue Form der Tagung ist eine große Werkstatt - Wir laden Sie alle ein, mit uns den Sprung in die Zukunft zu wagen. Was ist Ihre brennendste Frage? Tagungsinhalt ist das, was Sie betrifft - bringen Sie es mit!. Für den Vertreterkreis der Sektion für Landwirtschaft am Goetheanum: Ueli Hurter, Jean-Michel Florin, Thomas Lüthi, Ilisabé Zucker

Nähere Infos und Anmeldung: Goetheanum, CH-4143 Dornach, Fax + 41 (0) 61-706 44 46, Tel. + 41 (0) 61-706 44 44, E-Mail tickets@goetheanum.org, http://www.sektion-landwirtschaft.org/uploads/media/Anmeldetalon_D_01.pdf

Kosmos Rudolf Steiner

5. Februar - 22. Mai 2011,
Kunstmuseum Stuttgart

In der großen Sonderausstellung „Kosmos Rudolf Steiner“ stellt das Kunstmuseum Stuttgart umfassend unter den Motiven „Rudolf Steiner - Die Alchemie des Alltags“ und „Rudolf Steiner und die Kunst der Gegenwart“ die kultur- und kunstgeschichtliche Bedeutung Steiners dar. Informationen über Öffnungszeiten, Kataloge, Veranstaltungen, Führungen usw. siehe <http://www.kunstmuseum-stuttgart.de>. Eröffnung der Ausstellung am Freitag, 4. Februar 2011, 18 Uhr.

Aufruf für faire Volksabstimmungen in Baden-Württemberg

Stuttgart 21 ist in aller Munde. Seit Wochen demonstrieren Zehntausende für oder gegen das Projekt. Diese Bewegung zeigt: Es gibt Handlungsbedarf in Sachen Bürgerbeteiligung. Der folgende Aufruf kann online unterschrieben werden unter: <http://www.mitentscheiden.de/demokratiemachtschule.html>:

„Ich fordere den Landtag von Baden-Württemberg auf, Volksbegehren und Volksabstimmungen in Baden-Württemberg endlich bürgerfreundlich zu gestalten. Die direkte Demokratie ist eine wichtige Ergänzung zur repräsentativen Demokratie. Baden-Württemberg hinkt im Vergleich zu anderen Bundesländern weit hinterher!“

Ich unterstütze die Vorschläge von Mehr Demokratie in Baden-Württemberg für eine bürgerfreundliche direkte Demokratie auf Landesebene: 1. Senkung der Unterschriftenhürde für Volksbegehren: Es soll ausrei-

chen, wenn fünf Prozent aller Stimmberechtigten ein Volksbegehren unterzeichnen, nicht mehr wie bisher 16 Prozent. 2. Freie Unterschriftensammlung: Bürger sollen für eine Unterschrift unter ein Volksbegehren nicht mehr aufs Amt gezwungen werden. 3. Verlängerung der Sammlungsfrist: Eine Initiative soll sechs Monate Zeit haben, um die Unterschriften für ein Volksbegehren zu sammeln. 4. In der Abstimmung soll die Mehrheit der abgegebenen Stimmen entscheiden. Die Ja-Stimmen sollen nicht mehr einem Drittel der Stimmberechtigten entsprechen müssen, damit die Abstimmung überhaupt gültig ist (Abschaffung des Zustimmungsquorums über einfache Gesetze).

Veranstaltungen im Forum 3

Gymnasiumstraße 21, 70173 Stuttgart

Jens Loewe, Ulrich Morgenthaler und Siegfried Woitinas: Bewusstseinsentwicklung und Demokratie. Freitag, 14. Januar, 20.00 Uhr

Dr. Christoph Strawe: Jahresrückblick 2010 - Jahresausblick 2011, Freitag, 21. Januar, 20.00 Uhr

Chico Whitaker, Wangui Mbatia, Pat Mooney, Theo Rauch, u.a.: Stuttgart Open Fair 2011: ÜberLeben - ÜberGrenzen, Freitag, 28. bis Sonntag, 30. Januar

Pim van Lommel und Sabine Mehne: Endloses Bewußtsein, Montag, 31. Januar 2011, 20.00 Uhr

Richard Appel: Der Mensch und die Elementarwesen in der Stadt, Freitag, 4. Februar, 19.00(!) Uhr

Siegfried Woitinas: Mein Weg zu Rudolf Steiner - ganz persönlich, Montag, 7. Februar, 20.00 Uhr

Wolfgang Findeisen: Die Zukunft der Erde und die Aufgabe des Menschen, Freitag, 11. Februar, 20.00 Uhr

Landtagskandidat/-innen: Landtagswahl! - Entscheidungswahl? Dienstag, 22. Februar, 19.00(!) Uhr

Anna Cecilia Grün und Ulrich Morgenthaler: Leben in Beziehung mit geistigen Wesen, Freitag, 25. Februar, 20.00 Uhr

Franck Biancheri: Was uns bis 2020 bevorsteht, Freitag, 4. März, 20.00 Uhr

Gabriele Reinwald und Martin Rausch: Die Kraft der Empathie, Freitag, 18. März, 20.00 Uhr

Siegfried Woitinas: Gehirn, Geist und Bewusstsein, Montag, 21. März, 20.00 Uhr

Wolfram Klein, Christoph Strawe. Moderation: Ulrich Morgenthaler: Visionen gesellschaftlicher Zukunft, Freitag, 25. März, 19.00 Uhr (!)

Weitere Infos: www.forum3.de/vortraege

Aufruf zum Kosten- Ausgleich

Etat 2011 der Initiative Netzwerk Dreigliederung

Christoph Strawe

21 Jahre ist die Initiative Netzwerk Dreigliederung nun alt. Als wir sie 1989 ins Leben gerufen haben, waren die Erwartungen sicher höher, als das, was wir letztlich erreichen konnten. Dennoch sind unsere Arbeit und unsere Initiativen wichtig gewesen. Wir haben dafür gesorgt, dass kontinuierlich und im engsten Kontext mit den sozialen Fragen und Bewegungen der Zeit an Themen der sozialen Dreigliederung gearbeitet wurde, dass Dreigliederung ein Arbeitsansatz geblieben und nicht zur bloßen historischen Reminiszenz hinabgesunken ist. Wir haben ein Netzwerk von Beziehungen zwischen engagierten, interessierten und kompetenten Menschen bilden und entwickeln können. All das hat eine Bedeutung nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft, so schwach unsere Kräfte angesichts der großen Aufgaben auch geblieben sein mögen. Ohne die Mithilfe so vieler Freundinnen und Freunde auch in finanzieller Hinsicht wäre das nicht möglich gewesen. Ihnen allen danke ich dafür wieder sehr herzlich und werbe dafür, auch im kommenden Jahr die Kosten der Arbeit unserer Initiative mitzutragen.

Das Kostenausgleichsverfahren

Seit dem Beginn unserer Tätigkeit finanzieren wir uns über ein Kostenausgleichsverfahren. Dieses Verfahren entspricht dem Charakter des Netzwerks als einer Initiative ohne feste Vereinsform und damit ohne Mitgliedsbeiträge und Spenden. Das Kostenumlageverfahren schafft eine konkrete finanzielle Mitverantwortung der Beteiligten für jeweils einen bestimmten Zeitraum.

Grundlage ist jeweils ein Jahresetat, der dem Einzelnen hilft, seinen eigenen Beitrag zu kalkulieren. Aufgrund der vorausgesehenen Ausgaben wird das Defizit geschätzt, das durch das Umlageverfahren gedeckt werden muss. Daraus ergibt sich ein Richtsatz als eine allgemeine Orientierungsgröße. Real funktioniert das Ganze nur,

wenn das Solidarprinzip wirkt, da jeder seinen Beitrag nach dem eigenen Vermögen und Ermessen bestimmt und damit den Richtsatz auch unterschreiten kann. Wer mehr hat, muss also mehr als den Richtsatz geben, damit die Sache funktioniert.

Vor allem für neue TeilnehmerInnen am Umlageverfahren schildere ich hier noch einmal die Details: Zu finanzieren sind die Sachkosten der Sozialimpulse - Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus - und ein entsprechender Einkommensbeitrag, ohne den die durch die Beteiligten gewollte und für notwendig erachtete Dreigliederungsarbeit des Büros bzw. der Redaktion nicht möglich wäre. Der Etat ist so strukturiert, dass zuerst die Sachkosten der Zeitschrift und die dafür ausgewiesenen Kostenausgleichsbeiträge dargestellt werden.

Für die restlichen Kosten errechnet sich ein Defizit. Dieses teilen sich diejenigen, die über die reinen Sachkosten der Hefte hinaus zur Finanzierung der Initiative Netzwerk Dreigliederung beitragen wollen. Im ersten Quartal des neuen Jahres bekommen alle, die sich im Vorjahr an der Umlage beteiligt haben, die Abrechnung über die Einnahmen und Ausgaben und zugleich eine Bescheinigung über den im vergangenen Jahr übernommenen Anteil an den Selbstkosten der Initiative Netzwerk. Verbleibt ein Defizit, so besteht keine „Nachschusspflicht“, es bleibt deshalb nur der Weg der Einsparungen. Größere Überschüsse wurden bisher nicht erzielt, diese könnten aber - anders als Spenden - zurückgefordert werden, wenn man sie nicht als Beitrag für das folgende Jahr stehen lassen möchte.

Ergebnis 2010 und Etat 2011

Wir können feststellen, dass die - vielleicht etwas zu ehrgeizigen - Etatziele für 2010 zwar nicht ganz erreicht worden sind, wir aber durch kleinere Einsparungen dennoch auch in diesem Jahr wieder ein halbwegs ausgeglichenes Ergebnis vorweisen können. Die Etatansätze für 2011 sind gleich von vornherein geringfügig niedriger angesetzt.

Ich bitte Sie herzlich, dabei mitzuhelfen, die gesteckten Ziele für 2011 zu erreichen! Überweisungen bitte auf das Treuhandkonto Czesla, Konto Nr. 1161625 bei der BVW Bank, BLZ 60050101. Den Beitrag für die Zeitschrift (Richtsatz EUR 20,-) können Sie in Ihren Kostenausgleichsbeitrag einkalkulieren. Wir rechnen diese EUR 20,- dann für den Rundbrief an, so dass Sie nicht zwei Überweisungen tätigen müssen.

Wenn Sie Wert auf eine Kostenausgleichsbestätigung legen, ist es wichtig, dass der Überweisungstext eine klare Zuordnung ihrer Zahlung ermöglicht; besonders bei Einrichtungen ist das oft ein Problem.

Einzugsermächtigung - Bitte um Überprüfung

Wenn Sie in Deutschland wohnen, können Sie den Betrag auch per Lastschrift einziehen lassen. Das ist vor allem dann sinnvoll, wenn Sie uns über mehrere Jahre immer den gleichen Kostenbeitrag zukommen lassen möchten. Die Einzugsermächtigung muss den Betrag, die Kontonummer, Bank und Bankleitzahl enthalten.

Etat 2011

Kostenblock	Einnahmen	Ausgaben
Rundbrief	12.000 EUR	12.000 EUR
Sach- und Bürokosten, auch für Öffentlichkeitsarbeit		1.500 EUR
Reise-, Verpflegungs- und Unterbringungskosten		500 EUR
Gehaltsanteile und Honorare		23.000 EUR
Zusammen	12.000 EUR	37.000 EUR
Erwartete Unterdeckung		25.000 EUR

Dieser Betrag muss durch das Kostenausgleichsverfahren aufgebracht werden. Bei angenommenen 250 TeilnehmerInnen am Kostenausgleich würde das einen Mittelwert von 100 EUR bedeuten.

Sie können dazu das Formular unten auf der Seite verwenden oder die Ermächtigung formlos schriftlich erteilen.

Bitte vergewissern Sie sich nötigenfalls, ob Sie eine Einzugsermächtigung bereits erteilt haben: Leider erleben wir immer wieder, dass Menschen der Meinung sind, ihr Beitrag werde abgebucht, während in Wirklichkeit gar keine Einzugsermächtigung bei uns vorliegt. Wenn Sie unsicher sind, fragen Sie einfach bei uns an.

Auslandsüberweisungen

Seit Beginn des Jahres 2008 gibt es den einheitlichen europäischen Zahlungsraum (SEPA, Single Euro Payments Area). Durch ihn sind Überweisungen nicht nur innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten, sondern auch von und nach Island, Liechtenstein, Norwegen und der Schweiz gleich günstig und schnell wie Inlandsüberweisungen. Dies gilt allerdings nur, wenn bei der Überweisung die IBAN Nummer in Verbindung mit dem BIC (Bank Identifier Code) verwendet wird. Die IBAN-Nummer des Treuhandkontos Czesla: DE 65 6005 0101 0001 1616 25 (BIC/SWIFT-Code: SOLA DE ST).

Für die Schweiz gibt es auch noch ein PostFinance-Konto des Instituts für soziale Gegenwartsfragen e.V., von dem wir für das Netzwerk spezifizierte Überweisungen an

das deutsche Netzwerkkonto weiterleiten können. Die Kontonummer lautet: 85-602381-6 (BIC: POFICHBEXXX, IBAN: CH20 0900 0000 8560 2381 6). Wem das alles zu kompliziert ist, kann natürlich auch einen Geldschein per Brief schicken.

Steuerliche Behandlung

Steuerlich ist der Kostenbeitrag **keine Spende**. Die Kostenbeiträge können bzw. sollten bei Menschen, Firmen und Institutionen, für welche die Beteiligung am Netzwerk in einem Zusammenhang mit ihrer beruflichen, gewerblichen Tätigkeit steht, vielmehr als Werbungskosten bzw. als Betriebsausgaben steuerlich abgezogen werden.¹ Denn die am Netzwerk beteiligten Menschen, Firmen und Institutionen bilden faktisch eine Ge-

sellschaft bürgerlichen Rechts (GbR), die den Charakter einer reinen „Innengesellschaft“ - hat. Das bedeutet, dass sie nach außen hin (z.B. einem Finanzamt gegenüber) nicht selbstständig auftritt. Jeder Gesellschafter kann im Rahmen dieser Innengesellschaft die Verantwortung für einen nach eigenem Ermessen anzusetzenden Kostenbeitrag übernehmen.

Finanzierung der Zeitschrift

Wir verschicken wegen des damit verbundenen Aufwands in der Regel keine Mahnungen. Prüfen Sie daher bitte selbst, ob Sie Ihren Beitrag für 2010 bereits bezahlt haben. Ihren Beitrag können Sie selbst festsetzen. Der Richtsatz von EUR 20,- ist nur als Orientierung zu verstehen. Gerne sende ich Ihnen auch Probehefte zum Weitergeben.

¹ Wenn Sie hier ein Problem haben, dürfen Sie mich gerne wegen anderer Möglichkeiten, Dreigliederungsarbeit zu fördern, ansprechen.

Absender:
 Name, Vorname
 Straße
 Land/Ort/PLZ
 Tel./Fax/E-Mail

An die Initiative
 Netzwerk Dreigliederung
 Libanonstraße 3
 D-70184 Stuttgart

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich die Initiative Netzwerk Dreigliederung als Selbstkostenbeitrag bis auf Widerruf jährlich EUR von meinem Konto einzuziehen. Davon sollen EUR auf die Zeitschrift Sozialimpulse entfallen.

Konto-Nr:
 Bankinstitut:
 Bankleitzahl:
 Ort/Datum Unterschrift

Lieferbare Rundbriefe

Bestellungen gegen Kostenbeitrag
(Inland EUR 3,50 erbeten, Ausland 5,-)
bei Initiative Netzwerk Dreigliederung,
Libanonstr. 3, 70184 Stuttgart,
netzwerk@sozialimpulse.de

3/92: Treuhandanstalt / Bildungsgutschein

2/94: Dreigliederungsbewegung und das
„Superwahljahr“ / Die europäische Integrations-
bewegung

3/97: Sternenwelt und soziale Gestaltung /
Arbeitslosigkeit

4/97: Medien / die vierte Gewalt?

1/98: Wirtschaftliche Zusammenarbeit als Hilfe
zur Entwicklung? / Aktion mündige Schule

2/98: Die neue Rolle des Staates

3/98: Dreigliederungsbewegung 1917 - 1922 /
Goethe und die Politik

4/98: Euro / Sozialziele und Verfassung

1/99: Wie weiter mit den Sozialsystemen?

2/99: Kosovo / Grundgesetz

3/99: Leitbildarbeit / Grundrechte in Europa

1/00: Individualisierung der globalen Verantwortung /
Demokratiebewegung / Bodenrecht

2/00: Quo vadis Europa?
Vorschläge für eine Charta der Grundrechte

3/00: Gestaltungsfelder in
Aufgabengemeinschaften

4/00: Dreigliederung und Einzeleinrichtung

4/01: Zur Weltlage nach dem 11. September /
Die soziale Frage als regionale Frage /
Kommunale Auswirkungen von GATS

1/02: „Eine andere Welt ist möglich“
(WSF Porto Alegre) / Dreigliederung und
Viergliederung

2/02: Die Welt ist keine Ware. Dienstleistungen
und geistiges Eigentum

3/02: Tendenzen: Rio + 10 / Globalisierung, Initiation
und Dreigliederung / Das Verschwinden des
physischen Eigentums

4/02: Vom Ganzen her denken. Konzeptuelle
Bausteine einer menschengerechten Globalisierung

1/03: Krieg und Frieden / Cross-Border-Leasing /
Europäischer Verfassungsvertrag

2/03: eGovernment und eDemokratie / Amerikas
globale Verantwortung / Gesundheitswesen

3/03: Wie die WTO in Cancún
entgleiste / Zivilgesellschaft / Freiheit als
Gestaltungsprinzip des geistig-kulturellen Lebens

4/03: Nach Cancún: Wie weiter mit der Landwirtschaft /
Freiheit und Selbstverwaltung / Aufgaben und
Perspektiven der Dreigliederungsarbeit

1/04: Geist oder Empire? / Das Weltsozialforum
als offener Raum

2/04: Zur Auseinandersetzung um die
EU-Verfassung

3/04: Vernetzung als Organisationsform
des sozialen Lebens / Public Public Partnership

2/05: Nach dem NEIN: Wie weiter mit Europa?

1/07: Neoliberalismus und Russland /
Menschlicher und sozialer Organismus

2/07: Bodenrecht / EU zwischen Russland
und USA / G8-Gipfel

4/07: Helmut Zanders Missverstehen der
sozialen Dreigliederung / Russland / Christentum
und Reinkarnationsgedanke

1/08: Entwicklungslinien im Verhältnis von Arbeit,
Lohn und Preis / Marx heute, was bleibt von der
Mehrwerttheorie?

2/08: Die Krise der Finanzmärkte

3/08: Die Zukunft der Selbstverwaltung

4/08: Nachhaltige Entwicklung

1/09: Impulse der sozialen Dreigliederung im
21. Jahrhundert / Obama / Militarisierung

4/09: Klima und Energie / Wirtschafts-,
Öko- und Kulturkrise / Burnout

1/10: Jenseits des Nationalstaats /
Der wirtschaftliche Wert des Bodens /
Mensch, Materie und Geist heute

2/10: Methodische Grundlagen
sozialer Dreigliederung / Profilbildung
und Führung in der Schulentwicklung

2/10: Öffentliche Verschuldung - Rettungsanker oder
Katastrophe / Öl und Bewusstseinswandel / Spanien
in der Krise / Stuttgart 21